

Organisation der BIZ per 31. März 2010

Die BIZ: Aufgabe, Tätigkeit, Führungsstruktur und Jahresabschluss

Aufgabe der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) ist es, Zentralbanken und Finanzbehörden in ihrem Streben nach Währungs- und Finanzstabilität zu unterstützen, die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich zu fördern und den Zentralbanken als Bank zu dienen.

Im Licht der Aufgabe der BIZ blickt dieses Kapitel auf die Tätigkeit der Bank und der bei ihr angesiedelten Gremien im Geschäftsjahr 2009/10 zurück, beschreibt die Organisations- und Führungsstrukturen, die ihre Arbeit stützen, und legt den Jahresabschluss für dieses Geschäftsjahr vor.

In großen Zügen erfüllt die BIZ diese Aufgabe, indem sie:

- Den Austausch unter Zentralbanken fördert und ihre Zusammenarbeit erleichtert
- Den Dialog mit anderen Gremien unterstützt, die Verantwortung für die Förderung der Finanzstabilität tragen
- Forschungsarbeiten zu Grundsatzfragen durchführt, mit denen Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen des Finanzsystems konfrontiert sind
- Als erste Adresse für Finanzgeschäfte von Zentralbanken fungiert
- Als Agent oder Treuhänder im Zusammenhang mit internationalen Finanztransaktionen wirkt

Die BIZ fördert die internationale Zusammenarbeit und Koordination im Finanz- und Währungsbereich durch die Organisation von Treffen von Zentralbankvertretern und durch den Basler Prozess; sie beherbergt internationale Ausschüsse und normgebende Instanzen und fördert deren Zusammenwirken. Namentlich ist das Financial Stability Board (FSB) bei der BIZ angesiedelt, die sein Mandat unterstützt. Dieses Mandat besteht darin, auf internationaler Ebene die Arbeit nationaler Finanzbehörden und internationaler normgebender Instanzen zu koordinieren, um so die Umsetzung wirksamer Grundsätze im Regulierungs-, Aufsichts- und in sonstigen Bereichen des Finanzsektors zu entwickeln und zu fördern.

Die Forschungs- und Statistikabteilung der BIZ kommt den Bedürfnissen von Währungsbehörden und Aufsichtsinstanzen nach Daten und wirtschaftspolitischen Erkenntnissen entgegen.

Die Bankabteilung der BIZ erbringt erstklassige Bank-, Agent- und Treuhänderdienstleistungen, die der Aufgabe der BIZ entsprechen.

Die Tagungsprogramme und der Basler Prozess

Die BIZ fördert die internationale Zusammenarbeit im Finanz- und Währungsbereich hauptsächlich auf zweierlei Weise:

- Indem sie als Gastgeber für die alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen und sonstige Treffen von Zentralbankvertretern fungiert

- Durch den Basler Prozess, der die Zusammenarbeit der bei der BIZ in Basel angesiedelten Ausschüsse und normgebenden Instanzen erleichtert

Zweimonatliche Sitzungen und andere regelmäßige Beratungen

Bei den zweimonatlichen Sitzungen, die in der Regel in Basel stattfinden, diskutieren die Präsidenten und andere hochrangige Vertreter der Zentralbanken die aktuellen Entwicklungen und die Aussichten für die Weltwirtschaft und die Finanzmärkte. Außerdem tauschen sie Gedanken und Erfahrungen zu aktuellen Themen von besonderem Interesse für Zentralbanken aus. Neben den alle zwei Monate stattfindenden Sitzungen ist die Bank regelmäßig Gastgeber für Treffen, zu denen Vertreter aus dem öffentlichen und privaten Sektor oder aus wissenschaftlichen Kreisen eingeladen werden.

Die wichtigsten zweimonatlichen Treffen der Zentralbankpräsidenten und anderer hochrangiger Vertreter der BIZ-Mitgliedszentralbanken sind die Weltwirtschaftssitzung und die Sitzung der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken.

Mitglieder der Weltwirtschaftssitzung sind die Präsidenten von 30 BIZ-Aktionärszentralbanken in den wichtigsten fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften, die zusammen 82% des weltweiten BIP ausmachen. Die Gouverneure weiterer 15 Zentralbanken nehmen als Beobachter teil.¹ Hauptaufgabe der Weltwirtschaftssitzung bisher war es, die Entwicklungen im Wirtschafts- und Finanzbereich zu beobachten und die Risiken und Chancen in der Weltwirtschaft und im globalen Finanzsystem zu beurteilen.

Im Geschäftsjahr 2009/10 betraute der Verwaltungsrat der BIZ die Weltwirtschaftssitzung mit einer neuen Aufgabe, als er eine wichtige Änderung der Steuerung der Aktivitäten der wichtigsten Zentralbankausschüsse beschloss. Die Verantwortung für die Abgabe von Empfehlungen an diese Ausschüsse – den Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS), den Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS) und den Märkteausschuss –, die jahrzehntelang bei den G10-Gouverneuren gelegen hatte, wurde mit Wirkung vom Januar 2010 an die Weltwirtschaftssitzung übertragen. Somit legt die Weltwirtschaftssitzung nun die Arbeitsprioritäten für diese Ausschüsse fest; auf Vorschlag des Vorsitzenden des neuen Wirtschaftlichen Konsultativausschusses (s. unten) ernennt sie ferner die Ausschussvorsitzenden und genehmigt Änderungen der Zusammensetzung und der Organisation der Ausschüsse. Darüber hinaus nimmt die Weltwirtschaftssitzung nun die Berichte der Ausschussvorsitzenden entgegen und entscheidet über deren Veröffentlichung.

¹ Die Mitglieder der Weltwirtschaftssitzung sind die Zentralbankpräsidenten von Argentinien, Australien, Belgien, Brasilien, China, Deutschland, Frankreich, der SVR Hongkong, Indien, Indonesien, Italien, Japan, Kanada, Korea, Malaysia, Mexiko, den Niederlanden, Polen, Russland, Saudi-Arabien, Schweden, der Schweiz, Singapur, Spanien, Südafrika, Thailand, der Türkei, den USA und dem Vereinigten Königreich sowie der Präsident der Europäischen Zentralbank und der Präsident der Federal Reserve Bank of New York. Als Beobachter dabei sind die Präsidenten der Zentralbanken von Algerien, Chile, Dänemark, Finnland, Griechenland, Irland, Israel, Neuseeland, Norwegen, Österreich, den Philippinen, Portugal, Rumänien, der Tschechischen Republik und Ungarn.

Angesichts des großen Teilnehmerkreises der Weltwirtschaftssitzung setzte der Verwaltungsrat eine neue, informelle Gruppe ein, den Wirtschaftlichen Konsultativausschuss, der innerhalb der Weltwirtschaftssitzung Vorschläge zur Diskussion und Entscheidung erarbeiten soll. Der Wirtschaftliche Konsultativausschuss zählt 18 Mitglieder: die im Verwaltungsrat einsitzenden Zentralbankpräsidenten, die Zentralbankpräsidenten Indiens und Mexikos sowie den Generaldirektor der BIZ.

Jean-Claude Trichet, Präsident der EZB und Vorsitzender der Weltwirtschaftssitzung in ihrer früheren Funktion, wurde vom Verwaltungsrat als Vorsitzender des Gremiums in seiner neuen Funktion bestätigt und zudem zum Vorsitzenden des neuen Konsultativausschusses ernannt.

In den Sitzungen der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken, in denen der Verwaltungsratspräsident der BIZ den Vorsitz innehat, stehen ausgewählte Fragen von allgemeinem Interesse für die Mitgliedszentralbanken auf der Tagesordnung. Themen des Jahres 2009/10 waren:

- Systemrisiken an den Märkten für außerbörsliche Derivate: Analyse und Vorgehensweisen
- Systemisches Finanzrisiko: Bestimmungsfaktoren, Messung, Instrumente
- Die umfassende Reaktion des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (BCBS) auf die weltweite Bankenkrise
- Grundsatzpolitische Maßnahmen in Bezug auf Kapitalzuflüsse
- Zinsänderungsrisiko im Finanzsystem

Bei der Überprüfung der Führung der kooperativen Aktivitäten der BIZ vereinbarten der Verwaltungsrat und die Weltwirtschaftssitzung ferner, dass die Sitzung der Präsidenten aller BIZ-Aktionärszentralbanken für die Koordination der Arbeit der Central Bank Governance Group (die die Tätigkeit des Central Bank Governance Forum überwacht) und des Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics (IFC) zuständig bleiben soll, insbesondere da der Mitgliederkreis dieser beiden Gruppen über denjenigen der Weltwirtschaftssitzung hinausgeht.

Was den BCBS betrifft, so finden bei der Bank regelmäßige Sitzungen der Gruppe der Zentralbankpräsidenten und Leiter der Bankenaufsichtsinstanzen statt, die die Arbeit des BCBS beaufsichtigt. Dieses Führungsgremium trat im Berichtszeitraum zweimal zusammen, um das umfassende Reformpaket zu genehmigen, mit dem die Regulierung, die Aufsicht und das Risikomanagement im Bankensektor gestärkt werden sollen.

Die BIZ organisiert periodisch informelle Gespräche von Vertretern des öffentlichen und des privaten Sektors, bei denen die gemeinsamen Anliegen beider Seiten hinsichtlich des Aufbaus eines soliden, gut funktionierenden internationalen Finanzsystems im Mittelpunkt stehen. Zudem organisiert die Bank für hochrangige Mitarbeiter der Zentralbanken weitere regelmäßige Sitzungen und Ad-hoc-Treffen, zu denen auch andere Finanzbehörden, der private Finanzsektor und wissenschaftliche Kreise eingeladen werden. Dazu gehören:

- Die Seminare zur Geldpolitik, die teils in Basel, teils auf regionaler Ebene unter der Ägide einer Reihe von Zentralbanken in Asien, Mittel- und Osteuropa sowie Lateinamerika stattfinden

- Die Sitzung der Stellvertretenden Gouverneure der Zentralbanken aufstrebender Volkswirtschaften
- Die hochrangig besetzten Treffen, die das Institut für Finanzstabilität (FSI) in verschiedenen Weltregionen für Stellvertretende Zentralbankpräsidenten und andere hochrangige Aufsichtsbeamte organisiert

Der Basler Prozess

Der Basler Prozess unterstützt unmittelbar die Arbeit der bei der BIZ angesiedelten internationalen Sekretariate, u.a. des Financial Stability Board (FSB), das auf globaler Ebene die Arbeit der nationalen Finanzbehörden und internationalen normgebenden Gremien koordiniert. Ein weiterer Aspekt der unterstützenden Rolle der BIZ ist das Mandat ihres Instituts für Finanzstabilität (FSI), das die Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors in aller Welt bei der Stärkung der Überwachung ihrer Finanzsysteme unterstützen soll.

Merkmale des Basler Prozesses

Der Basler Prozess beruht auf vier wichtigen Grundlagen: i) Synergien dank gemeinsamem Standort, ii) Flexibilität und Offenheit des Informationsaustausches, iii) Unterstützung durch das Fachwissen der BIZ im Bereich Wirtschaftsforschung und ihre Erfahrung im Bankgeschäft sowie iv) Förderung des Bekanntheitsgrads der geleisteten Arbeit.

Synergien. Die Bank stellt das Sekretariat für neun Gremien, einschließlich des FSB, die zum Streben nach Stabilität im Finanzbereich beitragen. Die folgenden sechs bestimmen ihre Arbeitsthemen und die Organisation ihrer Tätigkeit weitgehend selbstständig:

- Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (BCBS), der sich mit der Aufsicht auf der Ebene der einzelnen Finanzinstitute und ihrem Verhältnis zur systemorientierten Aufsicht befasst
- Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (CGFS), der Fragen der systemweiten Finanzstabilität nachgeht
- Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (CPSS), der die Infrastruktur für Zahlungsverkehr, Clearing und Abwicklung analysiert und Normen dafür setzt
- Der Märkteausschuss, der sich mit der Funktionsweise der Finanzmärkte beschäftigt
- Die Central Bank Governance Group, die sich mit Fragen der Organisationsstruktur und Führung von Zentralbanken befasst
- Das Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics (IFC), das statistische Fragen von besonderem Interesse für Zentralbanken untersucht, einschließlich Fragen zur Wirtschafts-, Währungs- und Finanzstabilität

Im Gegensatz zu diesen sechs Gremien hat das FSB seine eigenen Führungsstrukturen und Berichtslinien; dies gilt auch für die beiden übrigen bei der BIZ angesiedelten Gremien: die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (IADI) und die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (IAIS).

Durch die räumliche Nähe dieser Gremien und den sich daraus ergebenden Gedankenaustausch entstehen beträchtliche Synergien.

Flexibilität. Diese Gremien sind dank ihrer überschaubaren Größe flexibel und offen für einen Informationsaustausch, was wiederum eine besser koordinierte Arbeit mit Blick auf Finanzstabilitätsthemen ermöglicht und Überschneidungen oder Lücken in ihren Arbeitsprogrammen vermeiden hilft. Gleichzeitig ist die von ihnen geleistete Arbeit weit umfangreicher, als es ihre Größe vermuten lässt, denn sie können auf der Kompetenz und Erfahrung der Zentralbankgemeinschaft und der Regulierungs- und Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors aufbauen.

Unterstützung durch Fachwissen und Erfahrung der BIZ. Die Arbeit der in Basel ansässigen Ausschüsse wird durch die Wirtschaftsforschung der BIZ und durch ihre Erfahrung im Bankgeschäft gestützt. Letztere ergibt sich aus den Arbeitsbeziehungen der Bankabteilung zu Marktteilnehmern und der Umsetzung von Aufsichtsstandards und Finanzkontrollen im Rahmen der Durchführung ihrer Bankgeschäfte.

Größerer Bekanntheitsgrad. Das FSI fördert den Bekanntheitsgrad der Arbeit der normgebenden Instanzen.

Tätigkeit der bei der BIZ ansässigen Gremien im Geschäftsjahr 2009/10

Die folgenden Seiten geben einen Überblick über die wichtigsten Aktivitäten der neun bei der BIZ ansässigen Gremien.

Financial Stability Board

Das Financial Stability Board (FSB) wurde durch die G20-Erklärung vom 2. April 2009 als Nachfolgeorganisation des Forums für Finanzstabilität (Financial Stability Forum, FSF) ins Leben gerufen. Die Gründungsurkunde, die seine Ziele, sein Mandat, seinen Mitgliederkreis und seine organisatorischen Verfahren formell bestätigt, trat am 25. September 2009 in Kraft, als sie von den Staats- und Regierungschefs der G20 am Gipfel in Pittsburgh genehmigt wurde.

Das FSB fördert die internationale Finanzstabilität, indem es die Arbeit nationaler Finanzbehörden und internationaler normgebender Instanzen bei der Entwicklung wirksamer Grundsätze in der Regulierung und Aufsicht und in sonstigen Bereichen des Finanzsektors koordiniert. Es trägt dazu bei, dass durch eine kohärente sektor- und länderübergreifende Umsetzung gleiche Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Zur Aufgabe des FSB gehört insbesondere:

- Schwächen des internationalen Finanzsystems zu beurteilen, zu ermitteln, welche Maßnahmen Regulierungs-, Aufsichts- und ähnliche Instanzen zu deren Behebung ergreifen könnten, und die Ergebnisse dieser Maßnahmen zu überprüfen

- Die Koordination und den Informationsaustausch unter den für Finanzstabilität zuständigen Gremien zu fördern
- Marktentwicklungen und ihre Implikationen für die Aufsichtspolitik zu beobachten und entsprechende Empfehlungen abzugeben
- Empfehlungen zur Einhaltung von Aufsichtsstandards zu formulieren und die bewährte Praxis zu überwachen
- Gemeinsame strategische Überprüfungen der Arbeit internationaler normgebender Instanzen mit Blick auf grundsätzliche Regelungen vorzunehmen, damit diese Arbeit frühzeitig, koordiniert und prioritätengerecht erfolgt und auf die Schließung von Lücken ausgerichtet ist
- Richtlinien für Aufsichtszusammenschlüsse festzulegen und die Aufsichtszusammenschlüsse zu unterstützen
- Notfallpläne für ein grenzüberschreitendes Krisenmanagement zu unterstützen, insbesondere in Bezug auf Unternehmen, die für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsam sind
- Gemeinsam mit dem IWF Frühwarnübungen durchzuführen

Das FSB umfasst hochrangige Vertreter von Finanzministerien, Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors in 24 Ländern und Territorien (einschl. aller Länder der G20) sowie von der EZB und der Europäischen Kommission. Zu den Mitgliedern des FSB zählen außerdem Vertreter von internationalen Finanzorganisationen – BIZ, IWF, OECD und Weltbank – sowie von internationalen normgebenden Instanzen und Zentralbankgremien – BCBS, CGFS, CPSS, International Accounting Standards Board (IASB), IAIS und International Organization of Securities Commissions (IOSCO). Vorsitzender des FSB ist Mario Draghi, Gouverneur der Banca d'Italia.

Das FSB nimmt seine Aufgaben über Plenarsitzungen seiner Mitglieder und folgende Gremien wahr:

- Einen Lenkungsausschuss unter dem Vorsitz von Mario Draghi
- Einen Ständigen Ausschuss für die Beurteilung von Schwächen des Finanzsystems unter dem Vorsitz von Jaime Caruana, dem Generaldirektor der BIZ
- Einen Ständigen Ausschuss für Zusammenarbeit im Aufsichts- und Regulierungsbereich unter dem Vorsitz von Adair Turner, dem Vorsitzenden der britischen Finanzaufsichtsbehörde
- Einen Ständigen Ausschuss für die Umsetzung von Standards unter dem Vorsitz von Tiff Macklem, dem Stellvertretenden Finanzminister Kanadas

In seinen Plenarsitzungen – im Juni und September 2009 und im Januar 2010 – brachte das FSB die Reform der internationalen Aufsichtspolitik zur Stärkung der Finanzstabilität voran, indem es klare Grundsätze und Zeitpläne für die Umsetzung definierte. Im FSB-Bericht *Improving financial regulation* vom September 2009 wurde ein Reformprogramm in folgenden Schlüsselbereichen festgelegt:

Verschärfung der globalen Eigenkapital- und Liquiditätsregelungen für Banken

Das FSB und der BCBS in Zusammenarbeit mit dem IWF bewerten gemeinsam die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Umsetzung der BCBS-Reformvorschläge in den Bereichen Eigenkapital und Liquidität. Der BCBS wird diese

Beurteilung bei der Festlegung der angemessenen Übergangsbestimmungen berücksichtigen.

Stärkung der globalen Liquidität

Neben den vom BCBS vorgeschlagenen Liquiditätsreformen für Banken koordiniert das FSB die Erarbeitung internationaler Maßnahmen, um systemweiten, grenzübergreifenden Liquiditätsrisiken und den speziellen Problemen, die sich dadurch für aufstrebende Volkswirtschaften ergeben, entgegenzuwirken.

Verringerung des Moral Hazard von für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsamen Finanzinstituten

Das FSB wird bis Ende Oktober 2010 ein Maßnahmenpaket zur Verminderung der „too big to fail“-Probleme, die solche Finanzinstitute bereiten, erarbeiten. Diese Arbeit deckt drei Bereiche ab: die Verringerung der Wahrscheinlichkeit und der Auswirkungen eines Ausfalls eines für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsamen Instituts, bessere Möglichkeiten für eine geordnete Liquidierung zahlungsunfähiger Institute und die Stärkung der Kerninfrastruktur und -märkte. Eine vorläufige Beurteilung und eventuelle Handlungsmöglichkeiten werden im Juni 2010 am G20-Gipfel vorgestellt.

Verbesserung der Rechnungslegungsstandards

Das FSB fördert weiterhin Arbeiten zur Verbesserung der Bewertung und Risikovorsorge und zur Durchsetzung von hohen einheitlichen Rechnungslegungsstandards weltweit. Dazu gehört auch die Überwachung der Umsetzung der im April 2009 vom FSF abgegebenen Empfehlungen; diese fordern die Rechnungslegungsgremien auf, im Rahmen von Bestrebungen zur Verbesserung der Transparenz und der Rechnungslegungsverfahren und eines gleichzeitigen Abbaus von Prozyklizität Möglichkeiten zu prüfen, wie die potenzielle negative Dynamik der Fair-Value-Methode gemildert werden könnte.

Verbesserung der Vergütungspraxis

Im April 2009 veröffentlichte das FSF Grundsätze für eine solide Vergütungspraxis in wichtigen Finanzinstituten (*Principles for sound compensation practices*). Daran knüpfte das FSB im September 2009 an, indem es Umsetzungsstandards für diese Grundsätze erließ. Eine im März 2010 veröffentlichte gegenseitige Prüfung des FSB hielt fest, dass die Mitglieder zwar große Fortschritte bei der Übernahme der Grundsätze und Standards in die inländischen Regulierungs- und Aufsichtssysteme gemacht hätten, dass aber die effektive Umsetzung bei Weitem noch nicht abgeschlossen sei. Eine Folgeprüfung zur Vergütung wird im zweiten Quartal 2011 durchgeführt werden.

Ausdehnung der Überwachung des Finanzsystems

Die Arbeiten, die eine angemessene Überwachung und Regulierung sämtlicher für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsamen Aktivitäten – auch jener von Hedge-Fonds und Ratingagenturen – sicherstellen sollen, schreiten voran. Das

FSB begrüßte den Bericht des Gemeinsamen Forums vom Januar 2010 über die verschiedenen Arten und die Reichweite von Regulierungen; dieser Bericht enthält Empfehlungen zur Beseitigung derzeitiger Lücken in der Aufsicht und zur sektorübergreifenden Vereinheitlichung der Ansätze. Das FSB wird die Erarbeitung von Regelungen für die im Bericht ermittelten Probleme verfolgen und für Fragen, die zwar aufgegriffen, aber noch nicht angegangen wurden, Maßnahmen vorschlagen.

Stärkung des Marktes für außerbörsliche Derivate

Die Standards werden verschärft, um die Systemrisiken zu beschränken. Zu den ergriffenen Maßnahmen gehören Deckungskapitalanforderungen, die den Risiken von außerbörslichen Derivaten Rechnung tragen, und die Schaffung weiterer Anreize für den Wechsel zu zentralen Gegenparteien und gegebenenfalls zu organisierten Börsen. Das FSB hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die bis Oktober 2010 Bericht darüber erstatten soll, welche grundsätzlichen Optionen verfügbar sind, um die Standardisierung von außerbörslichen Derivaten voranzutreiben und ein klares Verfahren zu entwickeln, um zwingende Clearing- und Handelsanforderungen auf globaler Ebene kohärent durchzusetzen.

Neulancierung der Verbriefung auf solider Basis

Der öffentliche Sektor muss Rahmenbedingungen schaffen, die für Disziplin am sich erholenden Verbriefungsmarkt sorgen. Das FSB prüft derzeit, welche weiteren Schritte in Bereichen wie Transparenz, Offenlegung und Anpassung der Anreize erforderlich sind.

Förderung der Einhaltung internationaler Standards

Das FSB fördert einen Qualitätswettbewerb unter den Ländern, indem es alle dazu anhält, eine verstärkte Einhaltung internationaler Standards in ihrem Finanzsektor durchzusetzen. Die FSB-Mitgliedsländer werden mit gutem Beispiel vorangehen, indem sie u.a. Standards im Finanzsektor festlegen und ihren Einhaltungsgang offenlegen. Sie unterziehen sich zur Einschätzung ihres Einhaltungsgangs thematischen Prüfungen sowie gegenseitigen Prüfungen einzelner Länder. Die gegenseitige Prüfung der Vergütungspraxis im März 2010 war die erste solche Prüfung.

Das FSB ermutigt zudem alle Länder, die internationalen Standards im Finanzsektor einzuhalten. Im Rahmen dieser Bemühungen wurde im März 2010 auch eine Initiative lanciert, um nicht kooperative Länder zu ermitteln und ihnen zu helfen, sich verstärkt an diese Standards zu halten.

Sonstige Arbeiten

Im November 2009 veröffentlichte das FSB Berichte zu drei weiteren Themen:

- In einer Mitteilung über Strategien zur Rücknahme der außerordentlichen finanziellen Stützungsmaßnahmen wurden Grundsätze dahingehend aufgestellt, dass solche Ausstiegsstrategien im Voraus angekündigt werden und flexibel, transparent und glaubwürdig sein müssen. Die Mitteilung umfasst einen Bericht von Mitarbeitern der IADI und des IWF über Strategien für die Auflösung vorübergehender Einlagensicherungen

- Ein gemeinsamer Bericht des IWF, der BIZ und des FSB, *Guidance to assess the systemic importance of financial institutions, markets and instruments: initial considerations*, umreißt für die Beurteilung der Systemrelevanz von Finanzinstituten, -märkten und -instrumenten konzeptionelle und analytische Ansätze, die von den nationalen Instanzen angewandt werden können. Er erläutert eine mögliche Form für allgemeine Richtlinien, die genügend flexibel sein würden, um für verschiedenste Länder und unter verschiedensten Rahmenbedingungen zu gelten
- Ein gemeinsamer Bericht des IWF und des FSB, *The financial crisis and information gaps*, identifiziert Informationslücken und legt Vorschläge für die Verbesserung der Datenerhebung dar, um die Entstehung von Risiken im Finanzsektor besser zu erfassen, die Daten zu internationalen Netzwerkverbindungen im Finanzsektor zu verbessern, die Anfälligkeit der Binnenwirtschaft für Schocks zu überwachen und die Kommunikation amtlicher Statistiken zu optimieren. Das FSB hat eine Arbeitsgruppe gebildet, die sich mit seinem Beitrag zur Umsetzung befassen wird
FSB: www.financialstabilityboard.org

Basler Ausschuss für Bankenaufsicht

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht (Basel Committee on Banking Supervision, BCBS) unter dem Vorsitz von Nout Wellink, dem Präsidenten der De Nederlandsche Bank, setzt sich dafür ein, aufsichtliche Kenntnisse und die Qualität der Bankenaufsicht weltweit zu verbessern. Er unterstützt Aufsichtsinstanzen, indem er ein Forum für den Austausch von Informationen über nationale Aufsichtsregelungen bietet, die Wirksamkeit der Aufsichtsmethoden in Bezug auf das internationale Bankgeschäft verbessert und Mindestaufsichtsstandards festlegt.

Reaktion auf die Finanzkrise

Das Reformprogramm des Basler Ausschusses steht im Mittelpunkt der weltweiten Bemühungen, das Systemrisiko zu verringern und ein nachhaltigeres Wirtschaftswachstum zu fördern. Eine wesentliche Lehre aus der Finanzkrise besteht darin, dass die Kapital- und Liquiditätspolster im Bankensystem vergrößert werden müssen: Die Qualität und die Höhe des Eigenkapitals müssen erhöht werden, die Verschuldungsquote muss als Sicherheitsnetz für die risikobasierten Eigenkapitalanforderungen und als Bremse für die branchenweite Verschuldung fungieren, und ein globaler Liquiditätsstandard muss eingeführt werden, um die Widerstandsfähigkeit gegenüber Liquiditätsschocks bei bilanzwirksamen und außerbilanziellen Finanzinstrumenten zu stärken.

Eine weitere wichtige Lehre aus der Finanzkrise ist, dass sich die Aufsicht nicht nur auf die Solidität einzelner Banken, sondern auf breiter gefasste Finanzstabilitätsziele konzentrieren muss. Dies bedeutet, dass der auf Einzelinstitute ausgerichtete Aufsichtsansatz durch einen systemorientierten Ansatz ergänzt werden muss. Zur Einschränkung des prozyklischen Verhaltens der Finanzmärkte fördert der Basler Ausschuss Kapitalerhalt, antizyklische Kapitalpolster und stärker zukunftsgerichtete Verlustrückstellungen. Zudem schlägt

er eine Reihe von Maßnahmen gegen die systemweiten Verflechtungen international tätiger Banken und den Moral Hazard vor, der durch diese Verflechtungen entsteht.

Im Juli 2009 billigte der Ausschuss ein definitives Maßnahmenpaket zur Verschärfung der seit 1996 geltenden Vorschriften über das Handelsbuch und zur Verbesserung der drei Säulen der Rahmenvereinbarung Basel II.

Im Dezember 2009 gab er ein umfassendes Reformpaket zur Konsultation heraus. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen für einen Ausbau der weltweiten Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften sollen Wahrscheinlichkeit und Schwere der Anspannungen im Wirtschafts- und Finanzsektor deutlich gemindert werden. Der Basler Ausschuss wird im ersten Halbjahr 2010 eine Folgeneinschätzung dieser Vorschläge durchführen. Der Ausschuss hat sich zum Ziel gesetzt, bis Ende 2010 eine vollständig kalibrierte Reihe von Standards bereitzustellen. Die Einführungsphase wird zwei Jahre dauern, um einen reibungslosen Übergang zu gewährleisten.

Bankkapital: Verbesserung der Qualität

Ein wesentlicher Bestandteil der Vorschläge vom Dezember 2009 ist die Verbesserung der Qualität, Zusammensetzung und Transparenz der Eigenkapitalbasis. Indem die Vorschläge Stammaktien und einbehaltene Gewinne als wichtigste Form des Kernkapitals in den Mittelpunkt stellen, soll dafür gesorgt werden, dass alle großen, international tätigen Banken besser in der Lage sind, Verluste aufzufangen – ob als fortzuführendes oder in Liquidation befindliches Unternehmen. Der Basler Ausschuss ist im Begriff, die anderen Elemente der Kapitalstruktur zu harmonisieren.

Zu den Vorschlägen vom Dezember 2009 gehört auch eine Überprüfung der Fragen im Zusammenhang mit Instrumenten des bedingten Kapitals und Wandelkapitals: der Kriterien, nach denen sich beurteilen lässt, wie weit sie Verluste auffangen können, und der grundsätzlichen Rolle dieser Instrumente sowohl im Rahmen der Eigenkapitalanforderungen als auch als Polster.

Bankkapital: Ausweitung der Risikodeckung

Während der Krise wurden die meisten Verluste der Banken im Handelsbuch verzeichnet, denn dort wurde der Großteil der Fremdfinanzierung der Branche aufgebaut. Das Maßnahmenpaket des Basler Ausschusses vom Juli 2009 sah höhere Eigenkapitalanforderungen vor, um das Kreditrisiko komplexer Handelsgeschäfte zu erfassen, und führte eine explizite Value-at-Risk-Anforderung ein, die zu einer Eindämmung der prozyklischen Tendenz der Mindestkapitalanforderungen beitragen soll.

Die Verbesserungen von Basel II vom Juli 2009 verschärfte die Mindestkapitalanforderungen (Säule 1), indem die Risikogewichte für doppelstöckige Verbriefungen – sog. CDO aus ABS (Collateralised Debt-Obligations aus Asset-backed Securities) – erhöht wurden. Der Ausschuss wandte zudem strengere Standards auf kurzfristige Liquiditätsfazilitäten für außerbilanzielle Anlagevehikel an.

Die Vorschläge vom Dezember 2009 umfassten eine Verschärfung der Eigenkapitalanforderungen für das Ausfallrisiko bei Derivaten, Pensions-

geschäften (Repo-Geschäften) und Wertpapierfinanzierungsgeschäften. Diese Verbesserungen werden zudem weitere Anreize schaffen, Positionen in außerbörslichen Derivaten auf zentrale Gegenparteien und Börsen zu übertragen.

Bankkapital: Einführung einer zusätzlichen Verschuldungsquote

Mit dem Maßnahmenpaket vom Dezember 2009 wurde eine Verschuldungsquote als zusätzliches Maß zur risikobasierten Rahmenvereinbarung Basel II eingeführt mit dem Ziel, zu einer Behandlung im Rahmen der Säule 1 zu wechseln, die auf angemessener Prüfung und Kalibrierung beruht. Diese zusätzliche Quote könnte zur Eindämmung des Aufbaus übermäßiger Fremdfinanzierung im Bankensystem, zur Einführung zusätzlicher Schutzmechanismen gegen Versuche, die risikobasierten Eigenkapitalanforderungen zu umgehen, und zur Einbeziehung des Modellrisikos beitragen. Um die Vergleichbarkeit zu gewährleisten, werden die Einzelheiten der Verschuldungsquote auf internationaler Ebene harmonisiert und um allfällige Differenzen in der Rechnungslegung bereinigt. Die Verschuldungsquote wird so kalibriert, dass sie als zuverlässige zusätzliche Messgröße zu den risikobasierten Eigenkapitalanforderungen dient und dabei den künftigen Änderungen der Rahmenvereinbarung Basel II Rechnung trägt.

Bankkapital: Verringerung der Prozyklizität

Einer der stärksten destabilisierenden Einflüsse der Krise war Prozyklizität – die Verstärkung finanzieller Schocks innerhalb des gesamten Finanz- und Wirtschaftssystems. Die Prozyklizität entstand über verschiedene Kanäle, u.a. auch über Rechnungslegungsstandards sowohl für zum Marktwert bewertete Anlagen als auch für bis zur Fälligkeit gehaltene Kredite, die Usancen für die Bereitstellung von Sicherheitsmargen und den Auf- und Abbau von Verschuldung bei Finanzinstituten, Unternehmen und Verbrauchern.

Der Ausschuss hat Maßnahmen vorgeschlagen, damit der Bankensektor als Stoßdämpfer anstatt als Überträger von Risiken dient: In guten Zeiten sollen Kapitalpolster aufgebaut werden, auf die in Stressperioden zurückgegriffen werden kann, und Rückstellungen sollen zukunftsgerichtet gebildet, d.h. auf der Basis der erwarteten Verluste berechnet werden.

Die Aufstockung der Polster würde durch Kapitalerhaltungsmaßnahmen erzielt werden, u.a. durch Limits für übermäßige Dividendenzahlungen, Aktienrückkäufe und Vergütungen. Der Ausschuss prüft außerdem einen Mechanismus, durch welchen Kapitalpolster durch eine Verknüpfung mit Kreditvariablen antizyklisch angepasst würden.

Durch einen Wechsel zur Bildung von Rückstellungen in Höhe der erwarteten Verluste könnten die eigentlichen Verluste transparenter erfasst werden und wären weniger prozyklisch als das derzeitige Rückstellungsmodell der tatsächlich eingetretenen Verluste.

Bankkapital: Bekämpfung der Systemrisiken und Verflechtung

Um die Aufsichtsinstanzen bei der Messung der Systemrelevanz bestimmter Banken zu unterstützen und um die Wahrscheinlichkeit und die Auswirkungen des Ausfalls einer systemrelevanten Bank zu verringern, prüft der Ausschuss

das Konzept eines Kapitalzuschlags für diese Banken und entsprechende Aufsichtsmaßnahmen.

Verbesserung des Liquiditätsrisikomanagements und der Aufsicht

Das unzureichende und ineffiziente Management des Liquiditätsrisikos spielte bei der Finanzkrise eine zentrale Rolle. Um zur Behebung des Problems beizutragen und einheitliche Erwartungen der Aufsichtsinstanzen zu fördern, hat der BCBS – gestützt auch auf sein 2008 veröffentlichtes Papier *Principles for sound liquidity risk management and supervision* – sich in jüngster Zeit auf weitere Verbesserungen der Widerstandsfähigkeit international tätiger Banken gegenüber Liquiditätsanspannungen sowie auf vermehrte internationale Harmonisierung der Überwachung des Liquiditätsrisikos konzentriert.

Für diese Banken führte das Konsultationspapier vom Dezember 2009 eine globale Mindestliquiditätsquote ein, die auch einen 30-tägigen Deckungsgrad vorsah. Diese Quote würde durch eine längerfristige strukturelle Quote und ein Mindestinstrumentarium zur Ermittlung und Analyse von Trends bei Liquiditätsrisiken auf Banken- und Systemebene gestärkt werden.

Verbesserung des Risikomanagements

Die Verbesserungen von Basel II vom Juli 2009 umfassten zusätzliche Richtlinien im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens (Säule 2), um die durch die Krise aufgedeckten Schwachstellen im Risikomanagement zu beheben. Die Richtlinien, die sofort wirksam wurden, bezogen sich auf:

- Führungsstrukturen und Risikomanagement auf Institutsebene
- Das Risiko von außerbilanziellen Positionen und Verbriefungsgeschäften
- Klumpenrisiken
- Anreize für Banken, das Risiko und den Ertrag langfristig besser zu steuern

Die zusätzlichen Richtlinien beziehen die obenerwähnten Grundsätze für eine solide Vergütungspraxis des FSF vom April 2009 mit ein. Zudem veröffentlichte der Basler Ausschuss im Januar 2010 eine Untersuchungsmethodik für Aufsichtsinstanzen, um eine solide Vergütungspraxis in Banken zu fördern.

Im Mai 2009 gab der Ausschuss das Konsultationspapier *Principles for sound stress testing practices and supervision* heraus, um durch die Krise aufgedeckte Schwachstellen in den Stresstests zu beheben.

Stärkung der Führungsstrukturen

Im März 2010 gab der Basler Ausschuss im Konsultationspapier *Principles for enhancing corporate governance* eine Reihe von Best-Practice-Grundsätzen für Führungsstrukturen heraus. Dabei wurden die wesentlichen Mängel aufgegriffen, die in der Finanzkrise zutage getreten waren. Auch die Aufsichtsinstanzen spielen in diesem Bereich eine wichtige Rolle. Gemäß den Grundsätzen des Basler Ausschusses sind sie gehalten, Richtlinien oder Vorschriften für die Umsetzung der bewährten Praxis zu erlassen und die Praxis und Politik einer Bank gemäß den Grundsätzen des Ausschusses regelmäßig zu prüfen.

Rechnungslegung für Finanzinstrumente

Die Anwendung der Fair-Value-Methode auf eine breitere Palette von Finanzinstrumenten und die Erfahrungen aus der Krise haben ganz deutlich gezeigt, wie wichtig ein solides Risikomanagement und wirksame Kontrollverfahren sind. Daher gab der Basler Ausschuss im April 2009 im Papier *Supervisory guidance for assessing banks' financial instrument fair value practices* entsprechende Richtlinien für Banken heraus. Das Dokument enthält zudem Empfehlungen für die Aufsichtsinstanzen im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungsverfahrens (Säule 2).

Im August 2009 veröffentlichte der Basler Ausschuss die *Guiding principles for the replacement of IAS 39*, eine Reihe allgemeiner Grundsätze, die dem International Accounting Standards Board (IASB) helfen sollen, Probleme im Zusammenhang mit Rückstellungen, der Fair-Value-Bewertung und der zugehörigen Offenlegung anzugehen. Diese Grundsätze werden dem IASB behilflich sein, Standards zu erarbeiten, die den Nutzen und die Relevanz der Finanzausweise für die wichtigsten Interessengruppen verbessern. Darüber hinaus empfahl die G20 vor Kurzem, dass das IASB und das Financial Accounting Standards Board der USA auf eine Konvergenz zwischen den International Financial Reporting Standards und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Rechnungslegung der USA (US GAAP) hinarbeiten. Die allgemeinen Leitgrundsätze des Ausschusses werden diese gemeinsamen Bestrebungen voranbringen; sie werden auch dafür sorgen, dass Rechnungslegungsreformen allgemeinere Fragen in Sachen Prozyklizität und Systemrisiko nicht außer Acht lassen.

Verbesserung der Transparenz

Das Basel-II-Maßnahmenpaket vom Juli 2009 umfasste Verbesserungen im Rahmen der Marktdisziplin (Säule 3) zur Verschärfung der Offenlegungsanforderungen bei Verbriefungen, außerbilanziellen Positionen und Handelsgeschäften. Dank dieser zusätzlichen Anforderungen wird die Marktunsicherheit über die Solidität der Bankbilanzen im Verhältnis zu Kapitalmarktgeschäften abgebaut werden können.

Erleichterung der Liquidierung international tätiger Banken

Im März 2010 veröffentlichte der Basler Ausschuss seinen Schlussbericht mit Empfehlungen seiner Arbeitsgruppe zur Liquidierung international tätiger Banken (*Report and recommendations of the Cross-border Bank Resolution Group*). In der Finanzkrise wurden Lücken bei den Methoden und Instrumenten aufgedeckt, die für den komplexen und multidimensionalen Prozess der geordneten Liquidierung einer international tätigen Bank erforderlich sind. Der Bericht, der im September 2009 zuerst zur Konsultation herausgegeben wurde, enthält zehn Empfehlungen zu drei Themen: Stärkung der nationalen Liquidierungsbefugnisse und ihre internationale Umsetzung, konzernspezifische Notfallpläne, Verminderung der Ansteckungseffekte.

Einrichtung und Verbesserung von Einlagensicherungssystemen

Im Juni 2009 veröffentlichten der Basler Ausschuss und die IADI Grundsätze für wirksame Einlagensicherungssysteme (*Core Principles for Effective*

Deposit Insurance Systems). Das Dokument trägt der Notwendigkeit einer effizienten Einlagensicherung Rechnung, um in einer Krise das Vertrauen der Öffentlichkeit zu wahren. Die Grundsätze stellen eine wichtige Referenz für die Errichtung oder die Reform von Einlagensicherungssystemen dar, da sie Fragen wie Deckungsgrad, Mittelbeschaffung und die rasche Rückerstattung beleuchten.

Erweiterung des Mitgliederkreises des Ausschusses

Im Jahr 2009 leiteten der Basler Ausschuss und sein Führungsgremium – die Gruppe der Zentralbankpräsidenten und Leiter der Bankenaufsichtsinstanzen – Maßnahmen ein, damit der Ausschuss seinen weltweiten Auftrag besser erfüllen kann. Sie beschlossen, die Anzahl der Mitgliedsländer und damit den Mitgliederkreis des Ausschusses zu erweitern und Vertreter der SVR Hongkong und Singapurs sowie der noch nicht vertretenen G20-Länder Argentinien, Australien, Brasilien, China, Indien, Indonesien, Korea, Mexiko, Russland, Saudi-Arabien, Südafrika und Türkei zum Beitritt einzuladen. Dem Basler Ausschuss gehören nun 27 Mitgliedsländer an, die von 44 Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen vertreten werden.

Basler Ausschuss: www.bis.org/bcbs

Ausschuss für das weltweite Finanzsystem

Der Ausschuss für das weltweite Finanzsystem (Committee on the Global Financial System, CGFS) unter dem Vorsitz von Donald L. Kohn, dem Stellvertretenden Vorsitzenden des Board of Governors des Federal Reserve System, überwacht die Entwicklungen an den Finanzmärkten und analysiert ihre Auswirkungen auf die Finanzstabilität. Zu den Mitgliedern des CGFS gehören Stellvertretende Gouverneure und andere hochrangige Vertreter von 23 Zentralbanken aus fortgeschrittenen und aufstrebenden Volkswirtschaften sowie der Volkswirtschaftliche Berater der BIZ.

Die Analyse der Reaktionen des privaten und öffentlichen Sektors auf die Finanzkrise prägte die Arbeit des Ausschusses im Berichtszeitraum. Verschiedene Arbeitsgruppen des CGFS untersuchten insbesondere spezifische Aspekte des internationalen Bankgeschäfts und der Refinanzierungsmärkte. Die Berichte dieser Gruppen wurden im ersten Halbjahr 2010 veröffentlicht:

- Eine gemeinsame Arbeitsgruppe des CGFS und des Märkteausschusses untersuchte die Entwicklung internationaler Refinanzierungsmärkte in der Krise und Möglichkeiten, die Widerstandsfähigkeiten dieser Märkte zu verbessern
- Eine Arbeitsgruppe des CGFS untersuchte die Veränderungen der Refinanzierungsstrategien und des Liquiditätsmanagements international tätiger Banken angesichts der Finanzkrise
- Eine Arbeitsgruppe des CGFS analysierte die Rolle der Praxis bei der Bereitstellung von Sicherheitsmargen und Festsetzung der Sicherheitsabschläge bei außerbörslichen Derivaten und Wertpapierleihegeschäften und empfahl spezifische Maßnahmen zur Milderung der aus solchen Praktiken entstehenden Prozyklizität

Zudem untersuchte der CGFS die Auswirkungen der Entwicklung einer systemorientierten Aufsichtspraxis und von entsprechenden Aufsichtsinstrumenten für Zentralbanken.

Der Ausschuss schloss eine Überprüfung der Verbesserungen der Statistiken zum Kreditrisikotransfer ab. Im März 2010 bildete der CGFS überdies eine Ad-hoc-Gruppe, um verschiedene Anträge auf Verbesserungen der unter seiner Leitung erhobenen BIZ-Statistiken zu prüfen.

Neben diesen speziellen Initiativen setzte der CGFS seine erweiterte Überwachung fort, u.a. von:

- Bilanzproblemen von großen Banken und den Auswirkungen auf das Kreditangebot
- Bedingungen an den Refinanzierungsmärkten und Auswirkungen der unkonventionellen Maßnahmen der Zentralbanken
- Auswirkungen der steigenden Staatsverschuldung und wachsenden Bedenken der Märkte hinsichtlich des Länderrisikos auf das Finanzsystem

CGFS: www.bis.org/cgfs

Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme

Der Ausschuss für Zahlungsverkehrs- und Abrechnungssysteme (Committee on Payment and Settlement Systems, CPSS) ist um die Stärkung der Finanzmarktinfrastuktur bemüht und setzt sich in diesem Zusammenhang für die Förderung sicherer und effizienter Zahlungsverkehrs-, Verrechnungs- und Abwicklungssysteme ein. Im Berichtszeitraum wurde der Mitgliederkreis des Ausschusses auf 25 Zentralbanken sowohl in entwickelten als auch aufstrebenden Volkswirtschaften erweitert. Vorsitzender des CPSS ist William C. Dudley, Präsident und Chief Executive Officer der Federal Reserve Bank of New York.

Der CPSS überprüfte seinen früheren Bericht *Recommendations for central counterparties*, um Richtlinien zu liefern, wie die Empfehlungen auf zentrale Gegenparteien, die außerbörsliche Derivate abrechnen, angewendet werden sollen. Die Überprüfung wurde gemeinsam mit dem Technical Committee der International Organization of Securities Commissions (IOSCO) durchgeführt. Als die Empfehlungen im Jahr 2004 zum ersten Mal veröffentlicht wurden, richteten sie sich an zentrale Gegenparteien von börsengehandelten Derivaten. Die jüngste Einrichtung von zentralen Gegenparteien für außerbörsliche Derivate wie Credit-Default-Swaps machte eine Überprüfung mit Blick darauf erforderlich, wie sich die Unterschiede zwischen börsengehandelten und außerbörslichen Derivaten auf die Umsetzung dieser Empfehlungen auswirken. Der CPSS und die IOSCO geben zudem Empfehlungen zur Gestaltung und zum Betrieb eines zentralisierten Transaktionsregisters an Märkten für außerbörsliche Derivate heraus.

Ferner nahmen der CPSS und die IOSCO eine umfassende Überprüfung aller drei Reihen ihrer zentralen Standards in Angriff: *Core principles for systemically important payment systems* (2001), *Recommendations for securities settlement systems* (2001) und die schon genannten *Recommendations for*

central counterparties (2004). In diese Überprüfung soll die seit der Veröffentlichung der Standards und insbesondere in der Finanzkrise gesammelte Erfahrung einfließen. Die Standards und die damit einhergehenden Richtlinien sollen klar definiert, erweitert und gegebenenfalls verschärft werden. In einem Konsultationspapier sollen darüber hinaus die neuen Leitlinien für zentrale Gegenparteien und zentrale Transaktionsregister für außerbörsliche Derivate einbezogen werden.

Der Ausschuss förderte weiterhin die Zusammenarbeit zwischen Nichtmitgliedszentralbanken und leistete logistische und fachliche Unterstützung für Workshops und Seminare über Zahlungsverkehrsfragen, die gemeinsam mit regionalen Zentralbankgruppen organisiert wurden.

CPSS: www.bis.org/cpss

Märkteausschuss

Der Märkteausschuss unter dem Vorsitz von Hiroshi Nakaso, Assistant Governor der Bank of Japan, dient hochrangigen Vertretern von 21 Zentralbanken als Forum für die gemeinsame Beobachtung der Entwicklungen an den Finanzmärkten und für die Beurteilung der Auswirkungen dieser Entwicklungen auf das Funktionieren der Märkte und die Zentralbankgeschäfte.

Die Erholung der globalen Finanzmärkte nach der Krise, die mit einer ungleichmäßigen Erholung der Realwirtschaft und in einigen Ländern mit zunehmenden haushaltspolitischen Problemen einherging, prägte die Diskussionen des Ausschusses im Berichtszeitraum. Der Ausschuss untersuchte die Faktoren, die zur Belebung der Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte führten, sowie die Rolle der staatlichen Stützungsmaßnahmen. Insbesondere die Umsetzung der unkonventionellen Maßnahmen der Zentralbanken – ob zur Begrenzung der Marktverwerfungen oder zur Lockerung der geldpolitischen Bedingungen – war weiterhin ein zentrales Thema bei den Beratungen des Ausschusses. Allerdings verlagerte sich der Schwerpunkt im Laufe der Zeit auf die Vorbereitung eines künftigen Ausstiegs. Dank der verhältnismäßig ruhigen Situation im Berichtszeitraum blieb dem Ausschuss zudem mehr Zeit, längerfristige strukturelle Fragen wie die Folgen der vorgeschlagenen Reformen der Märkte für außerbörsliche Derivate zu diskutieren.

Außerdem beteiligte sich der Ausschuss zusammen mit dem CGFS an zwei Arbeitsgruppen. Eine untersuchte die konzeptionellen und praktischen Probleme im Zusammenhang mit unkonventionellen Maßnahmen der Zentralbanken, die andere überprüfte die Funktionsweise und Widerstandsfähigkeit von grenzüberschreitenden Refinanzierungsmärkten in der jüngsten Krise. Die letztere Gruppe veröffentlichte im März 2010 einen entsprechenden Bericht. Der Ausschuss aktualisierte sein Kompendium über die geldpolitische Strategie und die Marktgeschäfte von Zentralbanken (*MC compendium: monetary policy frameworks and central bank market operations*) und beteiligte sich an der Vorbereitung der 3-jährlichen Zentralbankerhebung der BIZ über das Geschäft an den Devisen- und Derivatmärkten, die 2010 wieder durchgeführt wird.

Märkteausschuss: www.bis.org/markets

Central Bank Governance Group

Die BIZ unterstützt Forschungsarbeiten zur Gestaltung der Zentralbank als staatliches Entscheidungsgremium, indem sie die Central Bank Governance Group bei sich aufnimmt. Vorsitzender dieser Gruppe ist Stanley Fischer, Gouverneur der Bank of Israel. Die Gruppe und das Central Bank Governance Network – ein informelles Netzwerk, das den Informationsfluss über Führungs- und Organisationsfragen in Zentralbanken zwischen diesen Institutionen und der BIZ verbessert – bilden zusammen das Central Bank Governance Forum, für das die BIZ das Sekretariat stellt.

Im Berichtszeitraum veröffentlichte die Gruppe den Bericht *Issues in the governance of central banks*. Er gibt einen Überblick über die aktuellen Führungs- und Überwachungsmechanismen in Zentralbanken weltweit und erörtert Fragen, die sich stellen, wenn über Mandat, Struktur und Betrieb der Zentralbank entschieden werden soll.

Abgesehen von diesem Bericht lag der Schwerpunkt der Arbeiten auf den Implikationen für die Führungsstruktur, die sich aus den sich wandelnden Verantwortlichkeiten der Zentralbank im Zusammenhang mit der Finanzstabilität ergeben: den systemorientierten Aufsichtsaufgaben, welche die Zentralbank wahrnehmen könnte, und der Beziehung zwischen solchen Aufgaben und der Führungsstruktur der Zentralbank. Zudem deckte die BIZ weiterhin den Bedarf der einzelnen Zentralbanken an Informationen über Führungs- und Überwachungsmechanismen ab. Zentralbanken können über eine kennwortgeschützte Website auf diese Informationen zugreifen.

Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics

66 Zentralbanken sowie internationale und regionale Gremien, die sich offiziell mit Zentralbankfragen befassen, sind Vollmitglieder des Irving Fisher Committee on Central Bank Statistics (IFC) unter dem Vorsitz von Manuel Marfán, dem Vizepräsidenten des Banco Central de Chile. Dieser Ausschuss bildet ein Forum für Zentralbankvolkswirte und -statistiker, in welchem sie über statistische Themen im Zusammenhang mit Währungs- und Finanzstabilität diskutieren können.

Im August organisierte der Ausschuss zehn Sitzungen anlässlich des 57. zweijährlichen Weltkongresses des International Statistical Institute, der in Durban, Südafrika, stattfand. Bei dieser Veranstaltung betreute der Ausschuss zudem gemeinsam mit der South African Reserve Bank ein Seminar für die Zentralbanken der Southern African Development Community. Thema waren die statistischen Anforderungen zur Unterstützung der regionalen wirtschaftlichen und finanziellen Integration angesichts der globalen Finanzkrise. Darüber hinaus organisierte der Ausschuss zwei regionale Workshops zur Inflationsmessung: den einen für die asiatischen Zentralbanken, die an das Research and Training Center der South East Asian Central Banks (SEACEN) angeschlossen sind, und den anderen für die Zentralbanken des Gulf Cooperation Council. Zudem organisierte er in Zusammenarbeit mit Eurostat und der International Association of Official Statistics eine Konferenz zu

methodischen Fragen im Zusammenhang mit Indizes für Wohnimmobilienpreise.

IFC: www.bis.org/ifc

Internationale Vereinigung der Einlagensicherungen

Die internationale Vereinigung der Einlagensicherungen (International Association of Deposit Insurers, IADI) trägt durch Förderung der internationalen Zusammenarbeit und als Forum für weitreichende internationale Kontakte zwischen Einlagensicherungsinstitutionen und anderen interessierten Kreisen zur Stabilität des Finanzsystems bei. Zu den wichtigsten Tätigkeiten der IADI gehören:

- Das Bewusstsein für gemeinsame Interessen und Anliegen im Zusammenhang mit der Einlagensicherung zu fördern
- Empfehlungen für leistungsfähigere Einlagensicherungssysteme abzugeben
- Den Austausch von Fachwissen im Einlagensicherungsbereich mittels Schulungs-, Kontakt- und Weiterbildungsangeboten zu erleichtern
- Empfehlungen zur Einrichtung oder Verbesserung leistungsfähiger Einlagensicherungssysteme abzugeben

Derzeit wirken 78 Institutionen aus aller Welt in der IADI mit, darunter 60 Einlagensicherungsmitglieder. Zu den übrigen Mitwirkenden gehören eine Anzahl von Zentralbanken und andere Institutionen, die sich für die Einrichtung oder den Betrieb leistungsfähiger Einlagensicherungssysteme einsetzen wollen.

Eines der wichtigsten Ziele der IADI ist die Verbesserung der Leistungsfähigkeit von Einlagensicherungssystemen durch die Erarbeitung von Grundsätzen und Praxisempfehlungen.

Im Juni 2009 veröffentlichten die IADI und der BCBS in Zusammenarbeit mit dem European Forum of Deposit Insurers (EFDI) die erste internationale Reihe von *Core Principles for Effective Deposit Insurance Systems*. Diese Grundsätze sollen den Ländern als Referenz zur Stärkung bestehender und zur Entwicklung neuer Einlagensicherungssysteme dienen. Die IADI, der BCBS und der IWF arbeiten derzeit an der Entwicklung von Grundsätzen für Einlagensicherungssysteme und der dazugehörigen Methodik, die im Rahmen des Financial Sector Assessment Program (FSAP) des IWF zur Beurteilung und Verbesserung der nationalen Einlagensicherungen und vom FSB für gegenseitige Prüfungen angewendet werden können. Das EFDI, die Europäische Kommission und die Weltbank sind an diesem Projekt, das bis Ende 2010 abgeschlossen werden sollte, ebenfalls beteiligt. Nach Fertigstellung der Methodik will das FSB die Grundsätze in sein *Compendium of Standards* aufnehmen.

Auf Ersuchen des FSB bereiteten die IADI und der IWF eine gemeinsame Mitteilung zu Strategien für die Auflösung befristeter Einlagensicherungen vor. Identifiziert wurden darin spezifische Maßnahmen, die von verschiedenen Ländern angesichts der Finanzkrise zur Verbesserung von Einlagensicherungssystemen umgesetzt worden waren, sowie die bislang zur Aufhebung vor-

übergewandter Maßnahmen und zur Auflösung von Vollgarantien eingeleiteten Schritte.

Die IADI arbeitete weiterhin eng mit dem FSI an der gemeinsamen Entwicklung von Schulungsprogrammen und Konferenzen für Einlagensicherungsinstitutionen, die Finanzaufsicht und Zentralbanken weltweit. Die IADI veranstaltete zusammen mit dem FSI und dem BCBS im September 2009 bei der BIZ seine achte Jahreskonferenz. Thema waren die Grundsätze für effektive Einlagensicherungssysteme. Die Veranstaltung bot eine Plattform, um die Anwendungsmöglichkeiten der Grundsätze im Rahmen der Aufsicht und Einlagensicherung, die Voraussetzungen für effektive Systeme, die einzelnen Grundsätze und die entsprechenden Erfahrungen der Marktvertreter sowie die nächsten Schritte – die Umsetzung und Beurteilung – zu prüfen. Während der Konferenz organisierte die IADI eine internationale Ausstellung mit Schulungs- und Forschungsmaterial.

Darüber hinaus ging die IADI mit dem FSI eine Partnerschaft ein, um den IADI-Mitgliedern gemeinsame Seminare, z.B. über Fragen im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Bankenliquidierung, sowie Konferenzen und E-Learning anzubieten.

Der Forschungs- und Richtlinienausschuss (Research and Guidance Committee, RGC) der IADI hat zusammen mit der Währungs- und Wirtschaftsabteilung der BIZ eine weltweite Datenbank für Einlagensicherungssysteme entwickelt. Diese ist ein wesentliches Element der Forschungsprioritäten der IADI. Die Datenbank wird die Umfragedaten der IADI zu Einlagensicherungssystemen weltweit verwalten. Die IADI erhob vor Kurzem Daten über Interventionen zum Schutz von Einlegern durch höhere Deckungslimiten oder Pauschalgarantien (*Survey on interventions to protect depositors through higher coverage limits or blanket guarantees*) sowie über strategische Fragen zu Auszahlungssystemen und -verfahren (*Survey on strategic questions on payout systems and processes*). Der RGC veröffentlichte ferner Empfehlungspapiere zu Führungsmechanismen, Bewusstsein der Öffentlichkeit und Refinanzierung. Zwei Papiere (*Deposit insurance coverage* und *Organizational risk management for deposit insurers*) sowie vier Forschungspläne wurden zur öffentlichen Stellungnahme herausgegeben.

Auch in ihrem achten Tätigkeitsjahr bot die IADI wieder zahlreiche Foren für Einlagensicherungsinstitutionen und andere Teilnehmer des finanziellen Sicherheitsnetzes an, darunter ein Kapazitätsaufbauprogramm und ein Schulungsprogramm für Führungskräfte, um Schwächen der Einlagensicherung (Umgang mit Forderungen, Instrumente für rasche Auszahlungen, grenzübergreifende Fragen und Liquidierung von Problembanken) aufzugreifen. Auf der Tagesordnung des Schulungsseminars für die Liquidierung von Banken standen u.a. der Mindestkostentest für die Entscheidung über eine Liquidierungsalternative, die Liquidierung von Großbanken und kleineren Instituten sowie der Einsatz von Überbrückungsbanken und Zwangsverwaltung in einer geordneten Liquidierung.

Die sieben regionalen Ausschüsse und zwölf Partnergremien der IADI organisierten Veranstaltungen für Fachleute wie die Konferenz zur rechtlichen Situation und zur Best Practice in Sachen Bankinsolvenz in der Karibik, Seminare

zum Verständnis der Grundlagen islamischer Bankgeschäfte und Einlagensicherung (Naher Osten, Nordafrika und Asien), zur Rolle der Einlagensicherung in der aktuellen Krise (Lateinamerika) und zur Gestaltung von Einlagensicherungssystemen (Afrika) sowie verschiedene informelle regionale Konferenzen.

IADI: www.iadi.org

Internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden

Die internationale Vereinigung der Versicherungsaufsichtsbehörden (International Association of Insurance Supervisors, IAIS), die seit 1998 bei der BIZ angesiedelt ist, ist die internationale normgebende Instanz für die Aufsicht über das Versicherungswesen. Die IAIS fördert die weltweite Finanzstabilität durch Verbesserung der Aufsicht über das Versicherungswesen, Erarbeitung einschlägiger Standards, internationale Zusammenarbeit, die auf Informationsaustausch beruht, und gegenseitigen Beistand.

Sie war aktiv an der Beurteilung der Auswirkungen der Finanzkrise auf die Versicherungsbranche und an den Maßnahmen zu den vom FSB und von der G20 empfohlenen Aufsichtsreformen beteiligt. Mit der Einrichtung ihres Financial Stability Committee bezweckte die IAIS in erster Linie, Fragen der Finanzstabilität zu diskutieren und die Teilnahme der IAIS am FSB zu unterstützen. Zu den Tätigkeiten des Ausschusses gehören die Berichterstattung zu Systemrisiken und zum Versicherungssektor, die Prüfung systemorientierter Aufsichtsinstrumente und die Erarbeitung von Vorschlägen zur systemorientierten Überwachung.

Das Gemeinsame Forum – die gemeinsame Arbeitsgruppe des BCBS, der IOSCO und der IAIS – veröffentlichte im Januar 2010 den Bericht *Review of the differentiated nature and scope of financial regulation*. Neue Arbeiten des Gemeinsamen Forums auf der Grundlage dieses Berichts werden derzeit geprüft.

Rechnungslegung

Die IAIS hat großes Interesse daran, Finanzausweise von hoher Qualität zu gewährleisten, die ein aussagekräftiges, wirtschaftlich solides Bild von der Finanzlage der Versicherungsunternehmen abgeben. Sie verfolgt aufmerksam die internationalen Entwicklungen im Bereich der Rechnungslegung, die das diesbezügliche Basismodell für beaufsichtigte Versicherungsunternehmen am ehesten beeinflussen werden. Die IAIS wird weiterhin aktiv am Projekt des International Accounting Standards Board (IASB) zur Bilanzierung von Versicherungsverträgen mitwirken.

Im Jahr 2009 genehmigte die IAIS ein Themenpapier zu den Rollen von und den Beziehungen zwischen dem Aktuar und dem externen Revisor bei der Vorbereitung und Prüfung von Finanzausweisen (*The roles of and relationship between the actuary and the external auditor in the preparation and audit of financial reports*). In diesem Papier, das die Frage aus der Perspektive der Versicherungsaufsicht beleuchtet, werden die Rollen und Aufgaben, die Kommunikation, die Berichterstattung, die Beziehung zwischen dem externen Revisor und der Versicherungsaufsicht, Berufsstandards sowie Qualifikationen und Vorschriften erörtert.

Angemessene Eigenkapitalausstattung und Solvenz

Im Oktober 2009 genehmigte die IAIS sowohl Standards als auch Richtlinien für die Struktur der Eigenmittel zu Solvenzzwecken (*The structure of capital resources for solvency purposes*). Das Richtlinienpapier legt eine Reihe von Ansätzen dar, die eine Aufsichtsinstanz zur Ermittlung der Eigenmittel anwenden könnte.

Führungsstruktur und Compliance

Im Juli 2009 gab die IAIS ein Themenpapier zu Führungsstrukturen (*Corporate governance*) heraus, das sie gemeinsam mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ausgearbeitet hat. In diesem Papier werden Führungsstrukturen, Aufgaben des Verwaltungsrats, Kontrollfunktionen, die Rolle der Aktuare und Revisoren, Offenlegung und Transparenz, Beziehungen mit Interessengruppen und das Zusammenspiel mit Aufsichtsinstanzen erörtert.

Konzernweite Aufsicht

Im Oktober 2009 genehmigte die IAIS das Richtlinienpapier *The use of supervisory colleges in group-wide supervision*. Darin werden Aufsichtszusammenschlüsse als Mechanismus zur Erleichterung der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches zwischen beteiligten Aufsichtsinstanzen und der Koordination der konzernweiten Aufsicht diskutiert. Dieses Papier ergänzt das 2008 genehmigte Papier über Funktion und Aufgaben einer konzernweiten Aufsicht (*The role and responsibilities of a group-wide supervisor*).

International tätige Versicherungskonzerne

Im Januar 2010 genehmigte der IAIS-Exekutivausschuss die Erarbeitung des *Common Framework for the Supervision of Internationally Active Insurance Groups* („ComFrame“). ComFrame wird eine multilaterale Rahmenvereinbarung sein, die über die Aufsichtsverfahren einzelner Länder und Regionen hinausgeht. Sie wird Parameter für die Beurteilung der Konzernstrukturen und des Konzerngeschäfts aus Sicht des Risikomanagements bereitstellen, quantitative und qualitative Anforderungen definieren, die spezifisch und gezielt formuliert sind, aber nicht auf festen Regeln beruhen, und die notwendigen Bereiche der Zusammenarbeit und Koordination unter den Aufsichtsinstanzen abdecken. ComFrame sollte zu mehr Kohärenz und zu einer besseren Vergleichbarkeit und Abstimmung im Hinblick auf die Aufsicht jedes einzelnen Landes über international tätige Versicherungskonzerne führen. Die IAIS wird ComFrame in den nächsten drei Jahren weiterentwickeln. Danach wird sie eine Folgeneinschätzung durchführen.

Rückversicherung

Weltweit tätige Rückversicherungsgesellschaften sind für das effiziente Funktionieren der Versicherungsmärkte wichtig. Sie mindern das Risiko von Erstversicherern und schützen dadurch Kunden; damit tragen sie zur Finanzstabilität insgesamt bei.

Der jährliche *Global Reinsurance Market Report* der IAIS stützt sich auf spezifische Daten, die von mehr als 50 führenden, weltweit tätigen

Rückversicherungsgesellschaften bereitgestellt werden. Diese Unternehmen unterstützen die IAIS aktiv in ihrem Bestreben, eine bessere Kenntnis, Regulierung und Beaufsichtigung dieser wichtigen Branche im Finanzbereich zu fördern. Aus dem Bericht 2009 geht hervor, dass der Rückversicherungsmarkt trotz der anhaltenden Finanzmarkturbulenzen erneut solide und widerstandsfähig war. Im Juni 2009 veröffentlichte die IAIS die erste Halbjahresausgabe des Berichts *Developments in (re)insurance securitisation*. Dieser Bericht über (Rück-)Versicherungsverbriefungen ergänzte den Jahresendbericht durch eine qualitative Analyse der Hauptmerkmale, -funktionen und -entwicklungen am Verbriefungsmarkt für Versicherungen.

Multilaterales Memorandum of Understanding

Das multilaterale Memorandum of Understanding (MMoU) der IAIS ist eine Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit Blick auf eine effizientere grenzüberschreitende Versicherungsaufsicht. Zudem soll es zu den weltweiten Bemühungen um eine Verbesserung der Regulierung von für die Stabilität des Finanzsystems bedeutsamen Finanzinstituten beitragen. Das MMoU trat im Juni 2009 in Kraft. Bis März 2010 hatten insgesamt acht Versicherungsaufsichtsinstanzen die Vereinbarung unterzeichnet. 16 weitere Kandidaturen werden derzeit geprüft.

Schulung

Jedes Jahr organisiert die IAIS 10–12 regionale Seminare und Workshops, um den Versicherungsaufsichtsinstanzen bei der Umsetzung der Grundsätze und Standards behilflich zu sein. Diese Schulungen werden in Zusammenarbeit mit dem FSI, den nationalen Versicherungsaufsichtsbehörden und anderen Institutionen durchgeführt. Das FSI hat darüber hinaus begonnen, Online-Lehrgänge im Bereich der Versicherungsaufsicht anzubieten.

IAIS: www.iaisweb.org

Institut für Finanzstabilität

Zur Erfüllung seines Auftrags, die Finanzstabilität weltweit zu fördern, verfolgt das Institut für Finanzstabilität (Financial Stability Institute, FSI) der BIZ ein zweigleisiges Programm zur Verbreitung von Aufsichtsstandards und Praxisempfehlungen.

Treffen, Seminare und Konferenzen

Die erste Schiene des FSI-Programms sind seine etablierten und hochrangig besetzten Treffen, Seminare und Konferenzen für Aufsichtsinstanzen des Banken- und des Versicherungssektors. Im Jahr 2009 organisierte das FSI 52 solche Veranstaltungen an verschiedenen Orten der Welt – viele davon in Zusammenarbeit mit regionalen Gruppierungen von Aufsichtsinstanzen. Angesichts der jüngsten Finanzkrise und der Anpassung der zentralen Standards durch normgebende Gremien legte das FSI besonderen Wert auf Fragen, die in direktem Zusammenhang mit der Aufsichtsreform im Finanzsektor stehen. Über 2 000 Vertreter von Zentralbanken sowie Banken- und

Versicherungsaufsichtsinstanzen nahmen 2009 an den Veranstaltungen des FSI teil. Fortgeführt wurden auch die hochrangig besetzten Treffen der Stellvertretenden Zentralbankgouverneure und der Leiter von Aufsichtsinstanzen, die in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Nahen Osten organisiert wurden. Im Berichtszeitraum konzentrierten sich diese Treffen neben den ständigen aufsichtsrelevanten Fragen wie der Umsetzung von Basel II auf die Finanzkrise und regulatorische Maßnahmen wie einen systemorientierten Ansatz bei der Regulierung und Überwachung.

FSI Connect

Die zweite Schiene des FSI-Programms ist FSI Connect, ein Online-Informations- und -Lerntool für Aufsichtsinstanzen des Finanzsektors, unabhängig vom jeweiligen Erfahrungs- bzw. Kenntnisstand der Benutzer. Es enthält über 175 Lehrgänge zu einer großen Auswahl von Themen. Mehr als 200 Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen sind Abonnenten von FSI Connect. Das entspricht über 8 000 Benutzern. Die zweite Entwicklungsphase von FSI Connect wurde 2009 fortgesetzt: Im Oktober wurden die ersten 10 Lehrgänge lanciert, die sich speziell mit Themen der Versicherungsaufsicht beschäftigen. Zudem wird an der Entwicklung von Lehrgängen für die IADI gearbeitet.

Forschung und Statistik

Die BIZ führt Forschungsarbeiten und Analysen zu Themen durch, die für Zentralbanken und in zunehmendem Maße auch für die Finanzaufsicht von Interesse sind. Ein Großteil der Ergebnisse dieser Arbeit fließt in die regelmäßigen Veröffentlichungen der Bank wie den *Jahresbericht*, den *Quartalsbericht* und die Reihen der *BIS Papers* und *BIS Working Papers* sowie in externe Fachpublikationen und in Beiträge auf der Website der Bank (www.bis.org) ein. Darüber hinaus liefert die Forschungsabteilung Hintergrundmaterial für die Sitzungen der Zentralbankvertreter und erbringt Sekretariats- und Analyseedienstleistungen für die verschiedenen Gremien, die bei der BIZ in Basel angesiedelt sind.

Die BIZ sammelt, aggregiert, analysiert und verbreitet zudem Statistiken für Zentralbanken und die breitere Öffentlichkeit zu zentralen Elementen des internationalen Finanzsystems. Das FSB und der IWF haben an die G20 Empfehlungen im Zusammenhang mit Datenlücken und der Finanzkrise abgegeben. Die Diskussionen in verschiedenen Foren in Bezug auf die Nachbereitung dieser Empfehlungen zeigten, wie wichtig die Tätigkeit der BIZ im statistischen Bereich ist und dass diese Tätigkeit in den Schlüsselbereichen verstärkt werden muss.

Forschungsschwerpunkte

Entsprechend den Aufgaben der Bank konzentriert sich die Forschungsarbeit der BIZ auf Fragen der Währungs- und Finanzstabilität. Wie im Vorjahr waren auch in diesem Geschäftsjahr die globale Finanzkrise, ihre Ursachen, Dynamik und Konsequenzen ein zentrales Thema. In einer ersten Forschungsreihe

wurden mithilfe der BIZ-Statistiken zum internationalen Bankgeschäft die Turbulenzen durchleuchtet. Diese Statistiken waren die einzige Quelle, die zur Erkennung der US-Dollar-Knappheit an den internationalen Märkten beitragen konnte. Die Engpässe wiederum zeigten die Abhängigkeit der Banken von kurzfristigen Refinanzierungen in verschiedenen Währungen und die sich daraus ergebenden Verwerfungen an den Märkten für Devisenswaps. Mithilfe der BIZ-Statistiken konnten zudem die geografischen Veränderungen im internationalen Bankgeschäft im Zusammenhang mit der Krise aufgezeigt werden.

Eine zweite Forschungsreihe befasste sich mit den kurzfristigen staatlichen Maßnahmen gegen die Krise, u.a. den Stützungsprogrammen und den unkonventionellen geldpolitischen Maßnahmen. Diese Arbeit wurde durch Forschung zum Transmissionsmechanismus der Geldpolitik, insbesondere zu den Auswirkungen von Zinsänderungen bei Risikoübernahme, abgerundet.

In einem dritten Forschungsbereich wurden die langfristigen Maßnahmen innerhalb der Aufsichtssysteme untersucht. Diese Maßnahmen umfassten Vorschläge zur Einführung einer stärker auf das System bezogenen Ausrichtung: Methoden zur Messung des Systemrisikos, Kalibrierung von Aufsichtsinstrumenten in Bezug auf die Systemrelevanz von Finanzinstituten und Einführung von antizyklischen Kapitalanforderungen.

Die BIZ-Mitarbeiter untersuchten zudem mögliche Verbesserungen der Finanzinfrastruktur, u.a. auch den Einsatz von zentralen Gegenparteien für Derivate sowie Mechanismen, um die Verbriefung auf eine solidere Basis zu stellen.

Die Forschungsabteilung der BIZ organisiert Konferenzen und Workshops, bei denen in der Regel wichtige Entscheidungsträger, führende Wissenschaftler und Marktteilnehmer zusammenkommen. Die BIZ-Jahreskonferenz wurde zum wichtigsten Austragungsort für solche Treffen. Im Juni 2009 befasste sich die achte BIZ-Jahreskonferenz mit den Wechselbeziehungen zwischen Finanzsystem und Wirtschaft, einem bereits vor zwei Jahren aufgegriffenen Thema, das im Lichte der neuen aus der Krise gewonnenen Erkenntnisse noch einmal analysiert wurde. Im September organisierten die BIZ und die EZB gemeinsam eine Konferenz zur Geldpolitik und Finanzstabilität.

Internationale Finanzstatistiken

Die Finanzkrise hat gezeigt, dass der Bankensektor erhebliche Systemrisikofragen aufwirft. Die BIZ-Statistiken zum internationalen Bankgeschäft haben sich bei der Beobachtung und Analyse der Schwächen im Finanzsektor als besonders hilfreich erwiesen. Die Daten werden von der BIZ in Zusammenarbeit mit Zentralbanken erhoben. Sie erfassen das internationale Geschäft von rund 7 000 Banken aus etwa 40 Ländern. Im Berichtszeitraum begannen zwei weitere Zentralbanken mit der Meldung entsprechender Daten, nämlich Südafrika und Zypern. Bestrebungen sind im Gange, damit die wenigen G20-Zentralbanken, die noch keine Daten melden, bald zum Kreis der BIZ-Berichtsländer gehören.

Die Statistiken sind einerseits auf der traditionellen Basis des Sitzlandes verfügbar, wie es dem Ansatz der Zahlungsbilanzstatistiken entspricht, andererseits auf konsolidierter Basis. Bei Letzterer werden die grenzüberschreitenden

Engagements international tätiger Banken mit Hauptsitz in einem bestimmten Land erfasst. Die Datenreihen ergänzen sich und bieten wichtige Aufschlüsse- lungen nach Währung, Laufzeit und Instrument sowie nach Sektor und Land der Gegenpartei.

Die 2010 stattfindende 3-jährliche Zentralbankerhebung über das Geschäft an den Devisen- und Derivatmärkten wurde gemeinsam mit den über 50 teil- nehmenden Zentralbanken vorbereitet. Sie wird das durchschnittliche Tages- geschäft an den globalen Märkten im April 2010 sowie die im Juni 2010 ausstehenden Beträge messen.

Datenbank

Die BIZ bietet ferner eine zentralisierte Speicherstelle für statistische Daten, die beinahe alle BIZ-Mitgliedszentralbanken abdeckt (die BIZ-Datenbank). Über diese Datensammelstelle tauschen die teilnehmenden Institute wichtige Wirtschaftsdaten aus. Angesichts der Aufmerksamkeit, die den Fragen der Finanzstabilität geschenkt wird, wurden Maßnahmen eingeleitet, um den Erfassungsbereich dieser Daten in mehreren Bereichen zu verbessern. Als Folge von Empfehlungen des FSB und des IWF hat sich eine wachsende Zahl von Zentralbanken bereit erklärt, ihre gemeldeten nationalen Daten zu Preisen von Wohnimmobilien auf der BIZ-Website zu veröffentlichen.

Internationale Initiativen im Bereich Statistik

Die BIZ hat ihre aktive Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organi- sationen und nationalen und internationalen Statistikgremien fortgesetzt. Die BIZ ist zusammen mit der EZB, Eurostat, dem IWF, der OECD, der UNO und der Weltbank Mitglied der Inter-Agency Group on Economic and Financial Statistics. Dieses Gremium wurde beauftragt, eine Anzahl der vom FSB und vom IWF an die G20 abgegebenen Empfehlungen in Bezug auf Datenlücken und die Finanzkrise weiter zu bearbeiten. Es betreibt zudem gemeinsam mit dem IWF die neu eingerichtete Datenwebsite Principal Global Indicators. Die Arbeitsgruppe über Wertpapierdatenbanken, der die BIZ, die EZB und der IWF angehören, veröffentlichte im Mai 2009 den ersten Teil eines *Handbook on securities statistics*, in dem die Emission von Schuldtiteln behandelt wird.

Die BIZ ist in einer Reihe internationaler Ausschüsse vertreten, die sich mit Statistik befassen, darunter: dem Balance of Payments Committee des IWF, der Reference Group on Financial Soundness Indicators des IWF, dem Statistics Committee und der Working Group on Financial Statistics der OECD, der Statistical Commission der UNO sowie dem Statistischen Ausschuss der EZB und seinen verschiedenen Arbeitsgruppen. All diese Gremien beschäftig- ten sich im Berichtszeitraum mit den Datenlücken, die durch die Finanzkrise aufgedeckt wurden.

Die BIZ unterhält zusammen mit dem IWF, der OECD und der Weltbank den Joint External Debt Hub, der die Daten zur Auslandsverschuldung auf der Basis von Gläubiger- und Schuldnerdaten konsolidiert. Sie ist am Projekt Statistical Data and Metadata Exchange (SDMX) beteiligt, das technische

Standards und inhaltliche Richtlinien für die Verbreitung statistischer Daten erarbeitet und unterhält. Die BIZ und eine Reihe von Zentralbanken haben begonnen, SDMX einzusetzen, um ihre Statistiken in standardisierten elektronischen Formaten auf ihren Websites bereitzustellen. SDMX wird zudem für den gesamten Datenaustausch zwischen der BIZ und den Zentralbanken eingesetzt, die sich am internationalen Finanzstatistikprogramm und der BIZ-Datenbank beteiligen.

Sonstige von der BIZ unterstützte Zentralbankinitiativen

Die BIZ unterstützt regionale Zusammenschlüsse und Schulungsinitiativen von Zentralbanken wie auch die Zusammenarbeit unter Zentralbanken in den Bereichen Fälschungsbekämpfung, Informationstechnologie und interne Revision.

Regionale Zusammenschlüsse von Zentralbanken und Schulungsinstitute von Zentralbanken

Die BIZ unterstützt die Aktivitäten regionaler Zusammenschlüsse von Zentralbanken, indem sie Referenten mit einschlägiger Erfahrung zu deren Sitzungen entsendet. Solche Referenten, u.a. auch aus den Sekretariaten der in Basel angesiedelten Gremien und aus den BIZ-Repräsentanzen, wurden folgenden Organisationen zur Verfügung gestellt:

- Centro de Estudios Monetarios Latinoamericanos (Kapitalflüsse, Zahlungsverkehrssysteme, Währungsreservenmanagement)
- South East Asian Central Banks (Inflationsmessung, Zahlungsverkehrssysteme, Wirtschafts- und Geldpolitik)
- Macroeconomic and Financial Management Institute of Eastern and Southern Africa (Offenmarktgeschäfte, Zahlungsverkehrssysteme, Währungsreservenmanagement)
- Gulf Cooperation Council (Inflationsmessung)
- Centre Africain d'Etudes Supérieures en Gestion (Master-Programm im Bank- und Finanzwesen)

BIZ-Experten unterstützten zudem Veranstaltungen folgender Organisationen:

- Joint Vienna Institute
- Institut bancaire et financier international der Banque de France
- Centre for Central Banking Studies der Bank of England
- Studienzentrum Gerzensee der Schweizerischen Nationalbank

Ende 2009 lief das Mandat der BIZ, die Koordinierung der technischen Zusammenarbeit und der Schulung für Zentralbanken früherer Planwirtschaften zu unterstützen, offiziell aus.

Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung

Die Zentralbank-Arbeitsgruppe für die Fälschungsbekämpfung (Central Bank Counterfeit Deterrence Group, CBCDG) untersucht Gefahren für die Sicherheit von Banknoten und schlägt den Noteninstituten gemeinsame Problemlösungen vor. Die CBCDG hat fälschungssichere Merkmale entwickelt, die dafür

sorgen, dass die Banknotenbilder nicht mithilfe von Farbkopierern und Digitalgeräten (PC, Drucker oder Scanner) reproduziert werden können. Die BIZ unterstützt die Arbeit der CBCDG und tritt gelegentlich in vertraglichen Vereinbarungen als ihr Agent auf.

Ausschuss der EDV-Fachleute

Der Ausschuss der EDV-Fachleute (Group of Computer Experts, GCE) setzt sich aus Vertretern einer Anzahl BIZ-Mitgliedszentralbanken in Industrieländern und an Finanzplätzen zusammen. Er bietet ein zweimal pro Jahr stattfindendes Forum für den Austausch technischer und organisatorischer Erfahrungen im Bereich Informationstechnologie (IT) an.

Im Mittelpunkt der beiden Treffen des GCE im Berichtszeitraum standen folgende Themen: die anhaltenden Auswirkungen der Finanzkrise auf die IT-Organisation von Zentralbanken, der zunehmende Einsatz von Virtualisierung, um die Anzahl der Server wie auch die damit verbundenen Kosten und den entsprechenden Raumbedarf zu senken, sicherer Fernzugang und die Vorbereitungen auf eine Pandemie. Die Sitzungen befassten sich ferner mit der Einführung von „Green IT“ und der anhaltenden Migration von Großrechnern auf dezentrale Verarbeitungssysteme.

Außerdem trifft sich die Arbeitsgruppe für Sicherheitsfragen (Working Party on Security Issues, WPSI) halbjährlich, um Themen im Bereich IT-Sicherheit zu diskutieren. Die Sicherheitsgefahren haben sich im Berichtszeitraum nicht verringert. Die IT-Systeme der Zentralbanken sind gezielteren Angriffen ausgesetzt. Der Informationsaustausch unter den Zentralbanken soll eine effizientere Warnung vor solchen Angriffen und entsprechende Schutzvorkehrungen fördern. Aus Sicht der WPSI werden sich die Zentralbanken weiterhin auf die Bereiche sichere Kommunikation und Notfallpläne konzentrieren.

Interne Revisoren der Zentralbanken

Die internen Revisoren einer Anzahl Zentralbanken in Industrieländern pflegen einen regelmäßigen Wissens- und Erfahrungsaustausch. Im Juni 2009 wurde die 23. Jahrestagung der Leiter der internen Revision gemeinsam von der BIZ und der Schweizerischen Nationalbank veranstaltet. Zu den behandelten Themen zählten Trends und Wandel der internen Kontrollen, Outsourcing, Talentmanagement in der internen Revision, Organisation der Compliance-Funktionen sowie Enterprise Risk Management. Außerdem ist die BIZ zweimal im Jahr Gastgeber des Treffens der Arbeitsgruppe für IT-Revisionsmethoden.

Für die Leiter der internen Revision von Zentralbanken und Währungsbehörden im Asien-Pazifik-Raum sowie in Lateinamerika und in der Karibik hat die Interne Revision der BIZ zudem Netzwerke für den Informationsaustausch geknüpft. Im September 2009 fand das sechste Treffen der Leiter der internen Revision von Zentralbanken und Währungsbehörden im Asien-Pazifik-Raum statt, das von der Bank of Thailand organisiert wurde. Diskutiert wurden die

Revision des Dealing-Room-Geschäfts, Betrugsverhütung und der Einsatz von konstanten Revisionsmethoden.

Finanzdienstleistungen der Bank

Die BIZ bietet ein breites Spektrum von speziellen Finanzdienstleistungen an, die den Zentralbanken und anderen Währungsbehörden die Verwaltung ihrer Währungsreserven erleichtern sollen. Rund 130 solche Institutionen sowie mehrere internationale Organisationen nutzen diese Dienstleistungen.

Bei diesem Kreditgeschäft, das durch ein rigoroses internes Risikomanagement gestützt wird, stehen Sicherheit und Liquidität im Mittelpunkt. Der Best Practice entsprechend werden das Kredit-, Liquiditäts- und Marktrisiko der Bank von einem separaten Risikocontrolling überwacht, das direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor untersteht. Die operationellen Risiken der Bank werden von der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko kontrolliert.

Umfang der Dienstleistungen

Um den unterschiedlichen und sich ständig wandelnden Bedürfnissen der Zentralbanken gerecht zu werden, stellt die Bank eine in Bezug auf Währungen, Liquidität und Laufzeiten breit gefächerte Palette von Anlageprodukten bereit. Neben herkömmlichen Geldmarktanlagen wie Sicht- und Kündigungskonten sowie Termineinlagen bietet die Bank handelbare Instrumente (Fixed-Rate Investments, FIXBIS; Medium-Term Instruments, MTI) mit Laufzeiten von einer Woche bis zu fünf Jahren und strukturierte Produkte mit eingebetteten Optionen an. Außerdem gewährt die BIZ Zentralbanken kurzfristige Liquiditätsfazilitäten und Kredite, die in der Regel besichert sind. Sie nimmt ferner Aufgaben als Treuhänder oder Pfandhalter wahr (s. weiter unten).

Im Auftrag ihrer Kunden tätigt die Bank auch Devisen- und Goldgeschäfte und bietet ihnen damit Zugang zu einer umfangreichen Liquiditätsbasis, beispielsweise im Zusammenhang mit der regelmäßigen Neuausrichtung des Reservenportfolios oder erheblichen Veränderungen der Währungsallokation. Zu den Devisendienstleistungen der BIZ gehören Kassageschäfte in den wichtigsten Währungen und in Sonderziehungsrechten (SZR) sowie Swaps, Termingeschäfte, Optionen und Doppelwährungseinlagen. Ferner bietet die Bank Golddienstleistungen wie Sichtkonten, Termineinlagen, Sonderdepots, Legierungsabscheidung, Erhöhung des Feingehalts und Transportdienste an.

Das Angebot der BIZ umfasst zudem Asset-Management-Dienstleistungen mit Staatspapieren und erstklassigen festverzinslichen Instrumenten. Dabei wird entweder zwischen dem betreffenden Kunden und der BIZ ein individueller Portfolioauftrag ausgehandelt, oder Kunden können gemeinsam in eine offene Fondsstruktur – den BISIP („BIS Investment Pool“) – investieren. Beide Anlagestrukturen werden entweder als auf eine einzige oder als auf mehrere Währungen lautende Mandate in den wichtigsten Reservewährungen der Welt angeboten: US-Dollar, Euro, Pfund Sterling und Yen. Bei auf mehrere Währungen lautenden Mandaten kann der Anleger zwischen gegen die Basiswährung abgesicherten und nicht abgesicherten Portfolios wählen.

Individuelle Mandate werden im Hinblick auf die Anlagerichtlinien und Benchmarks den speziellen Präferenzen jedes Kunden angepasst. Der BISIP hingegen gleicht einem Anlagefonds oder offenen Investmentfonds, trägt aber besonders den typischen Anlagekriterien von Zentralbanken und internationalen Organisationen Rechnung. Die beiden Asian Bond Funds (ABF1 und ABF2) werden von der BIZ unter dem BISIP-Dach betreut. Das Vermögen des ABF1 wird von der BIZ verwaltet, das des ABF2 von einer Gruppe externer Fondsmanager.

Die Finanzdienstleistungen der BIZ werden von zwei miteinander verbundenen Handelsräumen aus erbracht: am Hauptsitz der Bank in Basel und in der Repräsentanz Asien in der SVR Hongkong.

Die Bankabteilung der BIZ ist zudem Gastgeber globaler und regionaler Sitzungen, Seminare und Workshops zu Fragen des Währungsreservenmanagements. Diese Treffen erleichtern den Wissens- und Erfahrungsaustausch unter den Managern von Währungsreserven und fördern die Entwicklung von Anlage- und Risikomanagementkompetenzen in Zentralbanken und internationalen Organisationen.

Finanzgeschäfte 2009/10

Nach langanhaltenden Turbulenzen ließen die Finanzmärkte im zweiten Quartal 2009 deutlichere Anzeichen einer Erholung erkennen. In diesem günstigeren Umfeld stabilisierte sich die Währungseinlagenbasis von Kunden der Bank bei SZR 195,8 Mrd., nachdem sie im Vorjahr um SZR 38,9 Mrd. zurückgegangen war.

Die Bilanzsumme nahm 2009/10 geringfügig um SZR 3,5 Mrd. zu. Im Geschäftsjahr 2008/09 war ein Rückgang von SZR 55,8 Mrd. verzeichnet worden. Entsprechend belief sich die Bilanzsumme am 31. März 2010 auf SZR 258,9 Mrd.

Passiva

Die Währungs- und Goldeinlagen der Kunden machen den Großteil der Passiva aus (Grafik). Am 31. März 2010 beliefen sich die Kundeneinlagen (ohne Repo-Geschäfte) auf insgesamt SZR 227,8 Mrd. (Vorjahr: SZR 220,3 Mrd.). Rund 86% der Kundeneinlagen lauten auf Währungen; der Rest ist Gold.

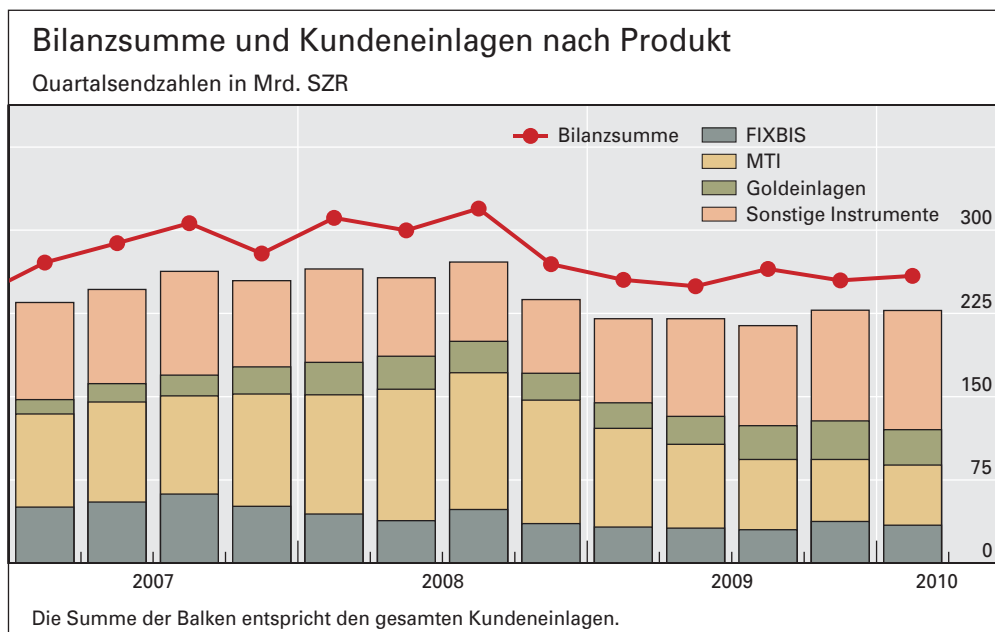
Die Währungseinlagen gingen von SZR 197,2 Mrd. im Vorjahr auf SZR 195,8 Mrd. am 31. März 2010 zurück; sie machen rund 3,2% der gesamten Währungsreserven der Welt in Höhe von fast SZR 5,3 Bio. aus (31. März 2009: SZR 4,5 Bio.).² 67% der Währungseinlagen entfielen auf US-Dollar, 22% auf Euro und 5% auf Pfund Sterling.

Der Nettorückgang der Währungseinlagen von Kunden war darauf zurückzuführen, dass Anlagen in MTI sowie Sicht- und Kündigungskonten um 39% bzw. 9% abnahmen und die Termineinlagen um 80% zunahmen.

Die Goldeinlagen beliefen sich Ende März 2010 auf SZR 32,1 Mrd., was einem Anstieg um SZR 9,0 Mrd. im Laufe des Geschäftsjahres entspricht.

Die geografische Verteilung der Anlagen bei der BIZ zeigt, dass der größte Anteil von asiatischen Kunden gehalten wird.

² Nicht berücksichtigt sind Währungseinlagen von Instituten, für die keine Daten zu den Währungsreserven verfügbar sind.



Aktiva

Die Aktiva der BIZ bestehen vorwiegend aus Staatspapieren und Papieren staatsnaher Emittenten, einschließlich Reverse-Repo-Geschäften, sowie – in ähnlichem Umfang wie im Vorjahr – aus Anlagen bei erstklassigen Geschäftsbanken von internationalem Ruf. Ferner besaß die Bank am 31. März 2010 120 Tonnen Feingold. Das Kreditrisiko der Bank wird konservativ gehandhabt; nahezu sämtliche Bestände der Bank hatten am 31. März 2010 ein Rating von A– oder höher (Punkt 3 „Kreditrisiko“ des Abschnitts Risikomanagement im Jahresabschluss).

Der Bestand der Bank an Währungsaktiva betrug am 31. März 2010 SZR 200,0 Mrd. (Vorjahr: SZR 209,3 Mrd.).

Zur effizienten Verwaltung ihrer Aktiva und Passiva verwendet die Bank verschiedene derivative Instrumente (Anmerkung 7 zum Jahresabschluss).

Treuhänder für internationale Staatsanleihen

Die Bank agiert als Treuhänder im Zusammenhang mit den Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 aus der Dawes- und der Young-Anleihe (Einzelheiten s. 63. Jahresbericht vom Juni 1993). Die Deutsche Bundesbank als Zahlungsagent teilte der Bank mit, dass das Bundesamt für zentrale Dienste und offene Vermögensfragen (BADV) im Jahr 2009 Tilgungs- bzw. Zinszahlungen von rund € 4,6 Mio. für die Fundierungsschuldverschreibungen veranlasst hat. Die Einlösungswerte und sonstigen Einzelheiten wurden vom BADV im *Bundesanzeiger* veröffentlicht.

Die Bank blieb bei ihren früheren Vorbehalten hinsichtlich der Anwendung der Währungssicherungsklausel der Young-Anleihe durch das BADV (dargelegt im 50. Jahresbericht vom Juni 1980), die sich auch auf die Fundierungsschuldverschreibungen 1990–2010 erstrecken.

Repräsentanzen

Die BIZ unterhält eine Repräsentanz für den Asien-Pazifik-Raum in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China sowie eine Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent in Mexiko-Stadt, Mexiko. Die Repräsentanzen fördern die Zusammenarbeit innerhalb dieser Regionen, indem sie Treffen organisieren, Forschungsarbeiten zu Grundsatzfragen durchführen und den Austausch von Informationen und Daten pflegen. Außerdem bietet die Repräsentanz Asien den Währungsbehörden der Region Bankdienstleistungen an.

Die Repräsentanz Asien

Die BIZ konzentrierte sich auf die Herausforderungen, mit denen sich die BIZ-Aktionärszentralbanken in der Asien-Pazifik-Region konfrontiert sahen. Zu diesem Zweck organisierte sie hochrangige Treffen und führte Forschungsarbeiten durch. Die mit der People's Bank of China organisierte Forschungskonferenz für Zentralbankgouverneure zum Thema „The International Financial Crisis and Policy Challenges in Asia and the Pacific“, die im August 2009 in Shanghai stattfand, war der Höhepunkt des 3-jährigen asiatischen Forschungsprogramms der BIZ. Nach dieser Konferenz hat die Bank die Ressourcen für Forschung in Asien langfristig gebunden und sie auf Forschungsarbeiten zu Fragen der Geldwertstabilität einerseits und der Stabilität des Finanzsektors andererseits verteilt.

In Zusammenarbeit mit der Währungs- und Wirtschaftsabteilung und der Bankabteilung der BIZ war die Repräsentanz Asien Gastgeber von elf Veranstaltungen, die in der Regel gemeinsam mit einer Zentralbank oder unter Mitwirkung des Executives' Meeting of East Asia-Pacific Central Banks (EMEAP) oder der South East Asian Central Banks (SEACEN) organisiert wurden, darunter die schon erwähnte Forschungskonferenz für Zentralbankgouverneure in Shanghai vom August 2009, das zusammen mit der Bank Negara Malaysia organisierte fünfte hochrangig besetzte Seminar über Finanzmärkte in Kota Kinabalu im Dezember 2009 und die gemeinsam mit der Reserve Bank of Australia organisierte Sondersitzung der Zentralbankpräsidenten in Sydney im Februar 2010.

Ferner hielten das Institut für Finanzstabilität (FSI) und das EMEAP in Tokio die sechste hochrangig besetzte Sitzung der FSI-EMEAP-Arbeitsgruppe über Bankenaufsicht ab. Das Thema der Sitzung war „Lessons Learned from the Financial Crisis: An International and Asian Perspective“.

Asian Consultative Council und Sondersitzung der Zentralbankpräsidenten in Asien

Der Asian Consultative Council (ACC), der 2001 als beratender Ausschuss für den BIZ-Verwaltungsrat gegründet wurde, diente den Präsidenten der BIZ-Aktionärszentralbanken im Asien-Pazifik-Raum weiterhin als effizienter Kommunikationskanal mit dem Verwaltungsrat und als bedeutendes Forum, um die Repräsentanz Asien zu beraten. Unter dem Vorsitz von Zeti Akhtar Aziz, Gouverneur der Bank Negara Malaysia, organisierte der ACC im Berichtszeitraum zwei Sitzungen, bei denen sich die Gouverneure zu Treffen und

Forschungen äußerten, die ihres Erachtens organisiert bzw. betrieben werden sollten.

Die Sondersitzung der Zentralbankpräsidenten vom Februar 2010 in Sydney fand zum gleichen Zeitpunkt statt wie andere Veranstaltungen zum 50-jährigen Bestehen der australischen Zentralbank. Wie bei vorherigen Sitzungen dieser Art nahmen neben den zwölf Vertretern der Zentralbanken der Region auch andere Gouverneure aus aller Welt an diesem Treffen teil. Sie diskutierten die jüngsten wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklungen, die bei einer anhaltenden Erholung der Volkswirtschaften in der Region zu verfolgenden Ausstiegsstrategien sowie die nötigen Maßnahmen, um weniger krisenanfällige Finanzsysteme zu fördern.

Bankdienstleistungen und Asian Bond Funds

Die Zentralbanken in Asien profitierten weiterhin von den Dienstleistungen, die vom Dealing-Room der Regionalen Treasury in der Repräsentanz Asien angeboten wurden. Eine wachsende Zahl dieser Zentralbanken handelt inzwischen eine breitere Palette von Produkten mit der Regionalen Treasury. Die Bankabteilung der BIZ bietet aber nicht nur diese Produkte an, sondern arbeitet auch daran, die Notfallplanung zu stärken, bei der der Repräsentanz Asien eine entscheidende Rolle zukommt. Zusätzliches Personal wurde von Basel ins Back-Office in Hongkong versetzt. Regelmäßige Cross-Training-Tests und Tests zur Aufrechterhaltung des Betriebs im Bankgeschäft der Repräsentanz Asien wurden im Jahr 2010 durchgeführt, um sicherzustellen, dass bei einer Unterbrechung des Geschäftsbetriebs in Basel wichtige Aufgaben von der Regionalen Treasury übernommen würden.

Als Administrator unterstützte die BIZ die Initiative der EMEAP-Gruppe zum zweiten Asian Bond Fund (ABF2), die das Ziel verfolgte, die Entwicklung von Anleihemärkten in Landeswährung zu fördern. Im März 2005 hatten die elf EMEAP-Zentralbanken aus ihren Währungsreserven Startkapital für den Erwerb von Landeswährungsanleihen staatlicher und staatsnaher Emittenten aus acht Volkswirtschaften der Region bereitgestellt. Der Pan Asia Bond Index Fund (PAIF) wurde im Juni 2009 als börsengehandelter Anleihenfonds an der Börse von Tokio notiert. Der ABF2 erreichte Ende März 2010 einen Gesamtumfang von \$ 3,52 Mrd., nachdem er ein Jahr zuvor \$ 2,86 Mrd. betragen hatte. Anlagen des privaten Sektors waren Ende März 2010 auf \$ 797 Mio. gestiegen, gegenüber \$ 427 Mio. ein Jahr zuvor. Die Bestände der Zentralbanken beliefen sich auf \$ 2,72 Mrd., verglichen mit \$ 2,43 Mrd. Ende März 2009.

Forschung in der Repräsentanz Asien

Die Auswahl der Forschungsprojekte in der Repräsentanz Asien wurde von den Herausforderungen im Zusammenhang sowohl mit den Nachwehen der internationalen Finanzkrise als auch mit der beginnenden Erholung in der Asien-Pazifik-Region beeinflusst. Bei einer Vielzahl von Forschungsprojekten wurden Fortschritte erzielt. Diese Projekte sollten die regionalen Währungsbehörden dabei unterstützen, ihre Geldpolitik und ihre Geschäfte zu verbessern, die Finanzmärkte zu entwickeln, Finanzstabilität zu wahren und die Finanzaufsicht zu stärken.

Zu Beginn des Geschäftsjahres 2009/10 lag der Schwerpunkt der Forschung auf den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Region und den entsprechenden Herausforderungen. Gegen Ende des Jahres verlagerte sich die Forschungsarbeit zunehmend auf Grundsatzfragen im Zusammenhang mit der führenden Rolle Asiens bei der Erholung der Weltwirtschaft.

Im Hinblick auf die Währungsstabilität legte die Repräsentanz Asien ihr Augenmerk auf die Ermittlung und Beurteilung der neuen geldpolitischen Herausforderungen, mit denen sich die Zentralbanken der Region konfrontiert sahen. Im Rahmen dieser Forschung wurden die Fähigkeit der verschiedenen geldpolitischen Strategien der Region, zu einer niedrigen Inflation beizutragen, und die wichtigsten während der Krise identifizierten Übertragungskanäle auf die Region untersucht. Zudem konnten dadurch die Herausforderungen, die sich den Zentralbanken der Region durch die Kapitalzuflüsse stellten, besser nachvollzogen werden.

In Bezug auf die Finanzstabilität konzentrierte sich die Forschung auf die Analyse der Übertragungskanäle auf die Finanzmärkte. Zu diesen Kanälen gehörten die Rolle der zeitabhängigen Risikobereitschaft bei der Preisbildung für das Länderrisiko und die Wechselwirkung der Credit-Default-Swaps und der Kassamärkte für Anleihen. Methoden zur Identifizierung systemrelevanter Finanzinstitute in der Region wurden analysiert, um eine fortlaufende Überwachung der vorgeschlagenen Änderungen der Aufsichtssysteme in Bezug auf die Auswirkungen dieser Änderungen auf die Finanzinstitute der Region zu ergänzen. In einer anderen Forschungsreihe wurde die Wirksamkeit der staatlichen Maßnahmen zur Verringerung der Instabilität des Finanzsystems untersucht; dazu gehörte auch eine Studie über Rückstellungen für Kreditausfälle in der Region.

Gestützt auf das solide Fundament, das durch das asiatische Forschungsprogramm gelegt worden war, beteiligten sich nach wie vor fast alle BIZ-Aktionärszentralbanken im Asien-Pazifik-Raum sowie regionale Zentralbankgruppen an der gemeinsamen Forschung zu Themen, die für Zentralbanken und Aufsichtsinstanzen dieser Region von Interesse waren. Diese Forschung ist nicht nur in zahlreiche Sitzungen mit regionalen Zentralbanken eingeflossen, sondern auch in mehrere Publikationen in namhaften Fachzeitschriften sowie in den *BIZ-Quartalsbericht*.

Die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent

Die internationale Finanzkrise, die in den wichtigsten entwickelten Ländern ihren Anfang nahm, wirkte sich auf verschiedene Art und Weise auf die Volkswirtschaften in Lateinamerika und der Karibik aus. Die öffentlichen Entscheidungsträger und Forscher in der Region zeigten ein erhöhtes Interesse an der durch die Krise ausgelösten internationalen Analyse und Debatte bezüglich der Änderung wichtiger Standards und der Stärkung der Finanzstabilität. Die Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent konzentrierte sich somit auf die genaue Beobachtung der Entwicklungen, die nach wie vor zu einer Ansteckung der Volkswirtschaften Lateinamerikas und der Karibik führen könnten, und auf die regionale Verbreitung der von der BIZ durchgeführten Forschung und Untersuchungen.

Wie in den vergangenen Jahren bezog die regionale Arbeit der Repräsentanz sowohl BIZ-Mitgliedszentralbanken als auch andere Zentralbanken, Aufsichtsinstanzen und wissenschaftliche Kreise mit ein. Im Zuge dieser Kontakte, Veranstaltungen und Aktivitäten entstanden auch mehrere Publikationen.

Die Repräsentanz organisierte erneut Veranstaltungen im Rahmen der Jahresversammlung der Latin American and Caribbean Economic Association (LACEA), beispielsweise eine Podiumsdiskussion mit Wissenschaftlern, Präsidenten regionaler Zentralbanken und ehemaligen Gouverneuren sowie Parallelveranstaltungen mit beigesteuerten Publikationen.

Die Repräsentanz organisierte oder unterstützte zudem Treffen bei regionalen Zentralbanken, u.a. das Treffen für offene Volkswirtschaften, dessen Gastgeber die Zentralbank der Dominikanischen Republik war, das Seminar zur Geldpolitik in Lateinamerika, das bei der chilenischen Zentralbank abgehalten wurde, eine Sitzung über Risikomanagement für die Manager von Währungsreserven, die gemeinsam mit der brasilianischen Zentralbank durchgeführt wurde, und mehrere Schulungen, die vom Institut für Finanzstabilität (FSI) gemeinsam mit regionalen Aufsichtszusammenschlüssen organisiert wurden. Im November 2009 veranstaltete die Repräsentanz Workshops und Treffen für den Ausschuss der EDV-Fachleute.

Die Repräsentanz entsandte auch Referenten zu verschiedenen Konferenzen und Sitzungen, die von regionalen Zentralbanken und regionalen Organisationen wie dem Centro de Estudios Monetarios Latinoamericanos (CEMLA), dem Fondo Latinoamericano de Reservas (FLAR), dem Consejo Monetario Centroamericano (CMCA) und dem Latin American Regional Committee of the International Association of Deposit Insurers (IADI-LARC) organisiert wurden.

Consultative Council for the Americas

Die Repräsentanz stellt das Sekretariat für den Consultative Council for the Americas (CCA). Der CCA, der sich aus den Präsidenten der BIZ-Mitgliedszentralbanken auf dem amerikanischen Kontinent zusammensetzt, wurde im Mai 2008 als beratender Ausschuss für den Verwaltungsrat der BIZ eingerichtet. Martín Redrado, der damalige Gouverneur des Banco Central de la República Argentina, hatte bis Januar 2010 den Vorsitz inne. Seit März 2010 wird der CCA von Henrique de Campos Meirelles, dem Gouverneur des Banco Central do Brasil, geleitet.

Die Mitglieder des CCA werden regelmäßig über die Arbeit der BIZ und der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent vor Ort informiert und sind eingeladen, sich dazu zu äußern. Eine herausragende Initiative des CCA im vergangenen Geschäftsjahr war eine Forschungskonferenz zum Thema „Systemic Risk, Bank Behaviour and Regulation over the Business Cycle“, die im März 2010 abgehalten wurde. Sie wurde unter Beteiligung der CCA-Zentralbanken und von Wissenschaftlern durchgeführt; Gastgeber war der Banco Central de la República Argentina.

Organisations- und Führungsstruktur der BIZ

Die Organisations- und Führungsstruktur der Bank besteht aus drei Hauptebenen:

- Der Generalversammlung der Mitgliedszentralbanken der BIZ
- Dem Verwaltungsrat der BIZ
- Der Geschäftsleitung der BIZ

Die BIZ hat ihren Hauptsitz in Basel, Schweiz. Am Ende des Geschäftsjahres waren bei der BIZ 589 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus 54 Ländern beschäftigt.

Die Generalversammlung der Mitgliedszentralbanken der BIZ

56 Zentralbanken bzw. Währungsbehörden sind derzeit Mitglieder der BIZ.³ Sie sind bei der Generalversammlung stimm- und teilnahmeberechtigt. Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich spätestens vier Monate nach dem 31. März, dem Ende des Geschäftsjahres der Bank, statt. Die Generalversammlung entscheidet über die Dividendenausschüttung und Gewinnverwendung der BIZ, genehmigt den Jahresbericht und den Jahresabschluss der Bank, passt die Vergütungen für die Verwaltungsratsmitglieder an und bestimmt die externen Buchprüfer der Bank.

Der Verwaltungsrat der BIZ

Der Verwaltungsrat umfasst 19 Mitglieder und wird von vier Ausschüssen von Verwaltungsratsmitgliedern unterstützt: dem Verwaltungskomitee, dem Revisionskomitee, dem Bankgeschäfts- und Risikomanagementkomitee sowie dem Nominierungskomitee. Die Hauptaufgaben des Verwaltungsrats sind die Festlegung der strategischen Ausrichtung der Bank und ihrer Geschäftspolitik sowie die Überwachung der Geschäftsleitung.

Die Aktionärszentralbanken der BIZ und die Mitglieder des Verwaltungsrats der BIZ sind auf den folgenden Seiten aufgeführt.

³ Die Rechtslage der jugoslawischen Ausgabe des Aktienkapitals der BIZ wurde während mehrerer Jahre überprüft, nachdem die Bundesrepublik Jugoslawien durch die Verfassungsänderungen 2003 umgestaltet worden war. Nach einem Beschluss des Verwaltungsrats im September 2009 wurde die serbische Nationalbank per 23. Oktober 2009 die 56. Aktionärszentralbank der BIZ. Sie übt die Rechte im Zusammenhang mit der ehemaligen jugoslawischen Ausgabe der BIZ-Aktien aus, die in serbische Ausgabe umbenannt wurde.

Mitgliedszentralbanken der BIZ

Banque d'Algérie	Lietuvos bankas (Litauen)
Banco Central de la República Argentina	Bank Negara Malaysia
Reserve Bank of Australia	Narodna Banka na Republika Makedonija
Banque Nationale de Belgique	Banco de México
Centralna banka Bosne i Hercegovine	De Nederlandsche Bank
Banco Central do Brasil	Reserve Bank of New Zealand
Bulgarian National Bank	Norges Bank (Norwegen)
Banco Central de Chile	Oesterreichische Nationalbank
People's Bank of China	Bangko Sentral ng Pilipinas (Philippinen)
Danmarks Nationalbank	Narodowy Bank Polski (Polen)
Deutsche Bundesbank	Banco de Portugal
Eesti Pank (Estland)	Banca Națională a României (Rumänien)
Europäische Zentralbank	Central Bank of the Russian Federation (Russland)
Suomen Pankki (Finnland)	Saudi Arabian Monetary Agency
Banque de France	Sveriges Riksbank (Schweden)
Bank of Greece (Griechenland)	Schweizerische Nationalbank
Hong Kong Monetary Authority	Narodna banka Srbije (Serbien)
Reserve Bank of India	Monetary Authority of Singapore
Bank Indonesia	Národná banka Slovenska (Slowakei)
Central Bank and Financial Services Authority of Ireland	Banka Slovenije (Slowenien)
Seðlabanki Íslands	Banco de España
Bank of Israel	South African Reserve Bank (Südafrika)
Banca d'Italia	Bank of Thailand
Bank of Japan	Česká národní banka (Tschechische Republik)
Bank of Canada	Türkiye Cumhuriyet Merkez Bankası
Bank of Korea	Magyar Nemzeti Bank (Ungarn)
Hrvatska narodna banka (Kroatien)	Board of Governors of the Federal Reserve System (USA)
Latvijas Banka (Lettland)	Bank of England

Verwaltungsrat der BIZ

Christian Noyer, Paris
Vorsitzender des Verwaltungsrats

Hans Tietmeyer, Frankfurt am Main
Stellvertretender Vorsitzender

Ben S. Bernanke, Washington
Mark Carney, Ottawa
Mario Draghi, Rom
William C. Dudley, New York
Philipp Hildebrand, Zürich
Stefan Ingves, Stockholm
Mervyn King, London
Jean-Pierre Landau, Paris
Henrique de Campos Meirelles, Brasília
Guy Quaden, Brüssel
Fabrizio Saccomanni, Rom
Masaaki Shirakawa, Tokio
Jean-Claude Trichet, Frankfurt am Main
Paul Tucker, London
Axel A. Weber, Frankfurt am Main
Nout H. E. M. Wellink, Amsterdam
Zhou Xiaochuan, Beijing

Stellvertreter

Andreas Dombret oder Karlheinz Bischofberger, Frankfurt am Main
Paul Fisher oder Michael Cross, London
Pierre Jalliet oder Denis Beau, Paris
Donald L. Kohn oder D. Nathan Sheets, Washington
Peter Praet oder Jan Smets, Brüssel
Ignazio Visco, Rom

Verwaltungsratskomitees

Verwaltungskomitee, unter dem Vorsitz von Hans Tietmeyer
Revisionskomitee, unter dem Vorsitz von Mark Carney
Bankgeschäfts- und Risikomanagementkomitee, unter dem Vorsitz von
Stefan Ingves
Nominierungskomitee, unter dem Vorsitz von Christian Noyer

Veränderungen im Verwaltungsrat

Christian Noyer, Gouverneur der Banque de France, wurde im März 2010 vom Verwaltungsrat als Nachfolger von Guillermo Ortiz zum Vorsitzenden des Verwaltungsrats gewählt, und zwar für eine Amtszeit von drei Jahren beginnend am 7. März 2010. Die Amtszeit von Guillermo Ortiz als Gouverneur des Banco de México lief Ende 2009 ab; daher schied er zu jenem Zeitpunkt als Mitglied und Vorsitzender des Verwaltungsrats der BIZ aus dem Verwaltungsrat aus.

Im Juni 2009 hatte der Verwaltungsrat Guillermo Ortiz und drei andere Mitglieder für eine weitere Amtszeit von drei Jahren bis zum 30. Juni 2012 wiedergewählt, nämlich: Jean-Claude Trichet, Präsident der Europäischen Zentralbank, Nout H. E. M. Wellink, Präsident der De Nederlandsche Bank, und Zhou Xiaochuan, Gouverneur der People's Bank of China.

Im Januar 2010 wählte der Verwaltungsrat Henrique de Campos Meirelles, Gouverneur des Banco Central do Brasil, zum Verwaltungsratsmitglied für die verbleibende Amtsdauer von Guillermo Ortiz.

Ende 2009 trat Jean-Pierre Roth als Präsident des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank in den Ruhestand und schied aus dem Verwaltungsrat aus. Er war seit 2001 Mitglied und von 2006 bis 2009 Vorsitzender des Verwaltungsrats gewesen. Sein Nachfolger als Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Philipp Hildebrand, wurde im Monat vor Jean-Pierre Roths Pensionierung in den Verwaltungsrat berufen, und zwar für den Rest der Amtsdauer von Jean-Pierre Roth bis zum 31. März 2010. Im März bestätigte der Verwaltungsrat Philipp Hildebrand für eine weitere Amtszeit von drei Jahren bis zum 31. März 2013.

Alfons Vicomte Verplaetse, Ehrengouverneur der Banque Nationale de Belgique, schied am Ende seiner Amtsdauer am 31. Dezember 2009 aus dem Verwaltungsrat aus. Vicomte Verplaetse war seit 1989 Mitglied und von 1997 bis 1999 Vorsitzender des Verwaltungsrats gewesen.

Ben S. Bernanke, Vorsitzender des Board of Governors des Federal Reserve System, erneuerte das Mandat von William C. Dudley, Präsident der Federal Reserve Bank of New York, als Mitglied des Verwaltungsrats für drei Jahre bis zum 12. September 2012. Mario Draghi, Gouverneur der Banca d'Italia, berief Fabrizio Saccomanni, Generaldirektor der Banca d'Italia, für eine Amtsdauer von drei Jahren bis zum 31. Dezember 2012 in den Verwaltungsrat.

Im September 2009 bestätigte der Verwaltungsrat zwei Mitglieder für eine weitere Amtszeit bis zum 12. September 2012, nämlich Mark Carney, Gouverneur der Bank of Canada, und Masaaki Shirakawa, Gouverneur der Bank of Japan.

In Memoriam

Der Verwaltungsrat nahm mit tiefem Bedauern Kenntnis vom Ableben von Johann Schöllhorn am 6. Dezember 2009 im Alter von 87 Jahren, ebenso vom Ableben von Lord Richardson of Duntisbourne am 22. Januar 2010 im Alter von 94 Jahren und von Philippe Wilmès am 24. Mai 2010 im Alter von 72 Jahren. Alle drei waren Mitglieder des Verwaltungsrats gewesen, Johann Schöllhorn von 1976 bis 1989, Lord Richardson von 1973 bis 1993 und Philippe Wilmès von 1991 bis 1999.

Anlässlich der zweimonatlichen Sitzungen vom Mai 2010 hielten der Verwaltungsrat und andere Präsidenten von BIZ-Aktionärszentralbanken eine Schweigeminute im Gedenken an Sławomir Skrzypek, Präsident der Narodowy Bank Polski, ab, der am 10. April 2010 bei dem tragischen Flugzeugunglück in der Nähe von Smolensk ums Leben gekommen war. Er war einer von vielen polnischen Würdenträgern, die bei diesem Flugzeugabsturz den Tod fanden.

Die Geschäftsleitung der BIZ

Die Geschäftsleitung der BIZ untersteht der Gesamtführung des Generaldirektors, der gegenüber dem Verwaltungsrat für die Führung der Bank verantwortlich ist. Der Generaldirektor wird von der Geschäftsleitung der BIZ beraten, deren Vorsitz er innehat; weitere Mitglieder sind der Stellvertretende Generaldirektor, die Leiter der drei Hauptabteilungen der BIZ – Generalsekretariat, Bankabteilung, Währungs- und Wirtschaftsabteilung – sowie der Direktor des Rechtsdienstes.

Weitere Mitglieder der obersten Führungsebene sind die Stellvertretenden Leiter der Abteilungen und der Vorsitzende des Instituts für Finanzstabilität (FSI).

Generaldirektor	Jaime Caruana
Stellvertretender Generaldirektor	Hervé Hannoun
Generalsekretär und Leiter des Generalsekretariats	Peter Dittus
Volkswirtschaftlicher Berater und Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung	Stephen G. Cecchetti
Leiter der Bankabteilung	Günter Pleines
Direktor des Rechtsdienstes	Diego Devos
Stellvertretender Generalsekretär	Jim Etherington
Stellvertretender Leiter der Bankabteilung	Louis de Montpellier
Stellvertretender Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung (Wirtschaftsforschung und Statistik)	Claudio Borio
Stellvertretender Leiter der Währungs- und Wirtschaftsabteilung (Wirtschaftspolitik, Koordination und Administration)	Philip Turner
Vorsitzender, Institut für Finanzstabilität	Josef Tošovský

Im Januar 2010 verlängerte der Verwaltungsrat das Mandat von Hervé Hannoun als Stellvertretender Generaldirektor bis zum 31. August 2015.

Budgetpolitik der Bank

Die Erstellung des Ausgabenbudgets der Bank für das kommende Geschäftsjahr beginnt rund sechs Monate im Voraus damit, dass die Geschäftsleitung die allgemeine Geschäftsorientierung und den grundlegenden Finanzrahmen

festlegt. Vor diesem Hintergrund spezifizieren dann die einzelnen Geschäftsbereiche ihre Pläne und den entsprechenden Ressourcenbedarf. Die Abstimmung der detaillierten Geschäftspläne, der Ziele und der insgesamt verfügbaren Ressourcen mündet in einem Entwurf für das Finanzbudget. Dieses Budget muss vor Beginn des Geschäftsjahres vom Verwaltungsrat genehmigt werden.

Im Budget wird zwischen Verwaltungskosten und Investitionsausgaben unterschieden. Wie bei mit der BIZ vergleichbaren Organisationen entfallen rund 70% der Verwaltungskosten der Bank auf die Geschäftsleitungs- und Personalaufwendungen einschließlich Vergütungen, Renten sowie Kranken- und Unfallversicherung. Die beiden wichtigsten anderen Kategorien, die je rund 10% der Verwaltungskosten ausmachen, sind Informationstechnologie (IT) und Telekommunikation sowie Gebäude und Geschäftsausstattung. Die Investitionsausgaben betreffen vor allem die Gebäude und die IT-Ausstattung; sie können von Jahr zu Jahr erheblich schwanken.⁴ Die Verwaltungskosten und die Investitionsausgaben der Bank fallen vorwiegend in Schweizer Franken an.

Im Geschäftsjahr 2009/10 betrugen die Verwaltungskosten vor Abschreibungen CHF 252,2 Mio. und lagen damit um 2,7% unter dem Budgetbetrag von CHF 259,2 Mio.; die Investitionsausgaben beliefen sich auf CHF 19,2 Mio. und unterschritten das Budget um CHF 2,6 Mio. Die Unterschreitung des Budgets bei den Verwaltungskosten entfiel hauptsächlich auf Vorsorge- sowie IT- und Telekommunikationsausgaben.⁵

In den Verwaltungskosten und Investitionsausgaben 2009/10 schlägt sich die oberste Priorität des Budgets nieder, nämlich eine Stärkung der Maßnahmen der Bank gegen die globale Finanzkrise:

- Die für Finanzstabilitätsfragen bereitgestellten Ressourcen wurden aufgestockt und neue Stellen zur Unterstützung der Arbeit des Financial Stability Board (FSB), des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht (BCBS) und des Ausschusses für das weltweite Finanzsystem (CGFS) geschaffen
- Oberste Priorität für die Bankabteilung und die Abteilungen Risikocontrolling, Finanzwesen und Compliance hatte erneut die Reaktion auf die Konsequenzen der Finanzkrise für die Bankgeschäfte der BIZ. Die Arbeit im Bankgeschäft konzentrierte sich auf die Begrenzung des Transaktionsumfangs und die Optimierung des Managements der Bankgeschäfte. Dazu wurden Vorstöße zur Einführung eines integrierten Risikomanagements und zur Verbesserung des internen Rechnungswesens unternommen

Zudem sah das Budget 2009/10 die Aufrechterhaltung der Bemühungen der BIZ um eine stärkere globale Ausrichtung vor, indem einerseits der Consultative Council for the Americas unterstützt und andererseits nach

⁴ Im BIZ-Turmgebäude wurden dieses Jahr mehrere Einrichtungen nach über 30-jähriger Nutzung erneuert.

⁵ Das Budget der Bank beruht auf Kassenbeständen; bestimmte Berichtigungen in der Finanzbuchhaltung – hauptsächlich im Zusammenhang mit Vorsorgeverpflichtungen, bei denen Finanzmarkt- und versicherungsmathematische Entwicklungen berücksichtigt werden – sind ausgeklammert. Diese zusätzlichen Faktoren gehen in den Posten „Geschäftsaufwand“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein (s. „Der Reingewinn und seine Verwendung“).

Abschluss des 3-jährigen asiatischen Forschungsprogramms im September 2009 eine ständige Forschungsabteilung in der Repräsentanz Asien geschaffen wurde.

Im März 2010 genehmigte der Verwaltungsrat eine Erhöhung des Verwaltungsbudgets für das Geschäftsjahr 2010/11 um 0,9% auf CHF 261,6 Mio. Das Investitionsbudget wurde um CHF 1,6 Mio. auf CHF 23,5 Mio. erhöht.

Der Geschäftsplan der Bank, auf dem das vorgeschlagene Verwaltungsbudget für das Geschäftsjahr 2010/11 beruht, stützt sich auf den letztjährigen Geschäftsplan und räumt der Stärkung der Maßnahmen der BIZ gegen die globale Finanzkrise erneut Priorität ein. Das Budget 2010/11 sieht eine weitere Aufstockung der personellen und finanziellen Ressourcen für Fragen der Finanzstabilität vor, insbesondere zur verstärkten Unterstützung des FSB und des BCBS.

Die oberste Priorität für die Bankabteilung und die Abteilungen Risikocontrolling, Finanzwesen und Compliance wird der Umgang mit den Nachwirkungen der Finanzkrise sein. Die Arbeit im Bankgeschäft wird sich weiterhin auf sorgfältige Bilanzbewirtschaftung, die Verbesserung des Risikomanagements, der operationellen Kontrollen und des internen Rechnungswesens sowie den Ausbau der Aktivitäten in der Vermögensverwaltung konzentrieren.

Vergütungspolitik der Bank

Die Stellen der BIZ-Personalmitglieder werden anhand einer Reihe objektiver Kriterien – z.B. der erforderlichen Qualifikationen und Erfahrung sowie der Verantwortlichkeiten – klar definierten Kategorien zugeordnet. Die Stellenkategorien sind mit Gehaltsbändern verknüpft. Alle drei Jahre wird die Gehaltsstruktur umfassend überprüft, wobei die Gehälter der BIZ den Vergütungen in vergleichbaren Institutionen und Marktsegmenten gegenübergestellt werden. Bei diesem Vergleich konzentriert sich die Bank auf die obere Hälfte der Marktbandbreite, um für hochqualifiziertes Personal attraktiv zu sein. Außerdem werden Besteuerungsunterschiede berücksichtigt. Die letzte Überprüfung der Gehaltsstruktur fand im zweiten Halbjahr 2007 statt. In den Jahren, in denen keine umfassende Überprüfung stattfindet, wird die Gehaltsstruktur hauptsächlich der Teuerung in der Schweiz und dem gewichteten Durchschnitt der Realloohnerhöhungen in den Industrieländern angepasst. Am 1. Juli 2009 wurde die Gehaltsstruktur um 2,1% angehoben. Die Entwicklung des Gehalts der einzelnen Personalmitglieder in dem jeweiligen Gehaltsband richtet sich nach ihrer Leistung.

Die Personalmitglieder haben über die BIZ Zugang zu einer beitragspflichtigen Kranken- und Unfallversicherung sowie zu einem Pensionssystem mit Leistungsprimat. Nicht schweizerische und vor ihrer Anstellung bei der Bank nicht am Ort ansässige Personalmitglieder (einschl. Mitgliedern der obersten Führungsebene), die für eine Stelle am BIZ-Hauptsitz rekrutiert wurden, haben Anspruch auf eine Auslandszulage. Derzeit beträgt sie 14% des Jahresgehalts für unverheiratete Personalmitglieder und 18% für verheiratete, bis zu einer bestimmten Höchstgrenze. Expatriierte Personalmitglieder haben außerdem Anspruch auf eine Ausbildungszulage für ihre Kinder, wenn gewisse Voraussetzungen erfüllt sind.

Bei Anstellungen in den Repräsentanzen wird zwischen Personalmitgliedern, die im Rahmen einer internationalen Entsendung vom Hauptsitz kommen, und direkt für die Stelle in der Repräsentanz rekrutierten Personalmitgliedern unterschieden. Die Anstellungsbedingungen der Ersteren werden gemäß der Politik der Bank für internationale Entsendungen festgelegt. Für Personalmitglieder, die direkt für die Stelle in einer Repräsentanz rekrutiert werden, gelten Anstellungsbedingungen, die den Bedingungen am Arbeitsmarkt des Standorts der Repräsentanz entsprechen. Diese Personalmitglieder haben Zugang zur selben Kranken- und Unfallversicherung und zum selben Pensionssystem wie die am BIZ-Hauptsitz rekrutierten Personalmitglieder.

Die Gehälter der Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank werden regelmäßig den Vergütungen in vergleichbaren Institutionen und Marktsegmenten gegenübergestellt. Zusammen mit der Überprüfung der Gehaltsstruktur des übrigen BIZ-Personals fand die letzte Überprüfung dieser Gehälter im zweiten Halbjahr 2007 statt. Die Ergebnisse bestätigten die Angemessenheit der aktuellen Praxis, die Gehälter der Mitglieder der obersten Führungsebene jährlich der Teuerung in der Schweiz anzupassen.

Am 1. Juli 2009 entsprach für die nachstehenden Mitglieder der Geschäftsleitung die jährliche Vergütung vor Auslandszulagen der folgenden Gehaltsstruktur:

- | | |
|-------------------------------------|-------------|
| • Generaldirektor ⁶ | CHF 758 600 |
| • Stellvertretender Generaldirektor | CHF 641 900 |
| • Abteilungsleiter | CHF 583 550 |

Die Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats werden von der ordentlichen Generalversammlung genehmigt und alle drei Jahre angepasst. Per 1. April 2010 betrug die feste jährliche Vergütung für den Verwaltungsrat insgesamt CHF 1 049 520. Darüber hinaus erhält jedes Mitglied ein Sitzungsgeld für jede Verwaltungsratssitzung, an der es teilnimmt. Wenn sämtliche Mitglieder an allen Sitzungen teilnehmen, beläuft sich die jährliche Gesamtsumme der Sitzungsgelder auf CHF 973 788.

Der Reingewinn und seine Verwendung

Die Bank verzeichnete für ihr 80. Geschäftsjahr, das am 31. März 2010 endete, einen außerordentlich hohen Reingewinn von SZR 1 859,8 Mio., gegenüber einem Reingewinn von SZR 446,1 Mio. im Vorjahr. Dieser Reingewinn dürfte sich in den kommenden Geschäftsjahren wohl nicht wiederholen; er wurde vor dem Hintergrund der Erholung an den weltweiten Finanzmärkten und insbesondere den Kreditmärkten erzielt, wo zahlreiche Zinsaufschläge auf LIBOR auf Niveaus sanken, wie sie seit September 2008 nicht mehr beobachtet worden waren. Der niedrigere Reingewinn des Vorjahres war angesichts der außergewöhnlichen Marktturbulenzen erzielt worden, die auf die Ereignisse vom September 2008 folgten, als eine Reihe wichtiger Finanzinstitute Insolvenz anmelden mussten oder kurz davor standen. Die wichtigsten Faktoren, die zum Ergebnis von 2009/10 führten, werden im Folgenden erörtert.

⁶ Der Generaldirektor erhält zusätzlich zum Grundgehalt eine jährliche Repräsentationszulage und hat erhöhte Pensionsansprüche.

Wichtigste Bestimmungsfaktoren des Reingewinns 2009/10

Der Nettozinsertrag betrug im Geschäftsjahr 2009/10 SZR 1 431,2 Mio., verglichen mit SZR 1 601,9 Mio. im Vorjahr. Der Rückgang war hauptsächlich auf das gegenüber dem Vorjahr kleinere durchschnittliche Volumen der Kundenwährungseinlagen im Geschäftsjahr 2009/10 zurückzuführen. Die Zinsspannen der Banken, die in den ersten sechs Monaten des Geschäftsjahres weit gewesen waren, verengten sich, als die Marktturbulenzen in der zweiten Hälfte des Geschäftsjahres nachließen. Unter diesen normaleren Marktbedingungen gingen sowohl die Zinsaufschläge auf LIBOR für die risikogewichteten Aktiva als auch die Zinsspannen unter LIBOR für die Passiva zurück.

Die Bewertungsänderungen ergaben netto einen Gewinn von SZR 520,5 Mio. (2009/10: Verlust von SZR 1 181,7 Mio.). Die Wertsteigerung im aktuellen Geschäftsjahr war auf die Auswirkungen der enger werdenden Zinsaufschläge (rund SZR 670 Mio.) zurückzuführen, durch die sich der Fair Value der Anleihen in den Kreditportfolios der Bank erhöhte. Die Wertsteigerung erfolgte vorwiegend in der ersten Hälfte des Geschäftsjahres. Der Bewertungsverlust im Vorjahr war hauptsächlich einer außergewöhnlichen Ausweitung der Kreditzinsspannen in den Fremdmittel-Anleiheportfolios der Bank im Zuge der damaligen Finanzmarktturbulenzen zuzuschreiben gewesen.

Der Geschäftsaufwand (Anmerkung 25 zum Jahresabschluss) belief sich auf SZR 190,8 Mio., 14,6% mehr als im Vorjahr (SZR 166,5 Mio.). In Schweizer Franken – der Währung, in der die meisten Verwaltungsausgaben der Bank anfallen – erhöhte sich der Geschäftsaufwand um 10,6%. Die Verwaltungskosten vor Abschreibungen betragen SZR 177,7 Mio., 15,1% mehr als im Vorjahr (SZR 154,4 Mio.). Der Abschreibungsbedarf von SZR 13,1 Mio. lag SZR 1,0 Mio. über dem entsprechenden Betrag für 2008/09 (SZR 12,1 Mio.).

Unter Berücksichtigung der obengenannten Faktoren betrug der operative Gewinn der Bank SZR 1 754,4 Mio. Verglichen mit SZR 245,3 Mio. im Geschäftsjahr 2008/09 entsprach dies einem Anstieg um SZR 1 509,1 Mio.

Ein Nettogewinn von SZR 105,4 Mio. wurde im Geschäftsjahr mit der Veräußerung von Anlagepapieren erzielt, die die Bank erworben hatte, als die Zinssätze höher waren. Im Geschäftsjahr 2008/09 war mit der Veräußerung von Anlagepapieren ein Nettogewinn von SZR 123,8 Mio. verzeichnet worden; dieser schloss Gewinne auf Wertpapierverkäufe ein, die anfielen, als die Duration der Anleihebenchmark des Anlageportfolios von vier auf drei Jahre verkürzt wurde.

Im Geschäftsjahr 2009/10 wurden keine Goldanlageaktiva veräußert. Im Geschäftsjahr 2008/09 war mit der Veräußerung von 5 Tonnen eigenen Goldes ein Gewinn von SZR 77,0 Mio. erzielt worden.

Infolge dieser Faktoren belief sich der Reingewinn für das Geschäftsjahr 2009/10 auf SZR 1 859,8 Mio., ein Anstieg um SZR 1 413,7 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresbetrag von SZR 446,1 Mio.

Veränderungen des Eigenkapitals

Abgesehen von den in der Gewinn- und Verlustrechnung enthaltenen Posten werden unrealisierte Gewinne und Verluste bei den Goldanlageaktiva und den

Anlagepapieren der Bank auf dem Goldbewertungskonto bzw. dem Wertpapierbewertungskonto verbucht, die zum Eigenkapital der Bank gerechnet werden.

Das Wertpapierbewertungskonto verringerte sich um SZR 112,5 Mio., aufgrund unrealisierter Nettoverluste bei den Anlagepapieren (–SZR 7,1 Mio.) und der Übertragung von realisierten Gewinnen aus der Veräußerung von Wertpapieren (–SZR 105,4 Mio.) in die Gewinn- und Verlustrechnung.

Das Goldbewertungskonto erhöhte sich um SZR 456,8 Mio., da der im Jahresvergleich gestiegene Goldpreis bei den 120 Tonnen eigenen Goldes der Bank einen unrealisierten Gewinn bewirkte.

Unter Berücksichtigung dieser Gewinne betrug der Gesamtertrag⁷ der Bank für 2009/10 SZR 2 204,1 Mio. Dies entsprach einer Rendite des durchschnittlichen Eigenkapitals (SZR 14 795 Mio.) von 14,9%. Im Geschäftsjahr 2008/09 hatte sich der Gesamtertrag auf SZR 757,6 Mio. belaufen, und die Rendite des durchschnittlichen Eigenkapitals (SZR 13 149 Mio.) hatte 5,8% betragen. Unter Anrechnung der Zahlung der Dividende für 2008/09 stieg das Eigenkapital der Bank in dem am 31. März 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahr um SZR 2 059,4 Mio. Im Vergleich dazu hatte das Wachstum im Geschäftsjahr 2008/09 SZR 612,9 Mio. betragen.

Vorgeschlagene Dividende

Der Verwaltungsrat überprüfte im Geschäftsjahr 2009/10 die Dividendenpolitik der BIZ. Dabei berücksichtigte er den Eigenkapitalbedarf der Bank sowie das Anliegen der BIZ-Aktionäre, eine angemessene und tragfähige Rendite ihrer Anlagen in BIZ-Aktien zu erzielen. Bei der Erarbeitung der neuen Dividendenpolitik legte der Verwaltungsrat eine Reihe von Leitgrundsätzen fest, nämlich:

- Erstens muss die Bank jederzeit – auch in Zeiten angespannter Finanzmärkte – über eine solide Eigenkapitalbasis verfügen
- Zweitens sollte die Dividende relativ stabil sein, auf eine tragfähige Höhe festgelegt werden und sich von Jahr zu Jahr in berechenbarer Weise verändern
- Drittens schließlich sollte die Dividendenpolitik der Bank zwar eine mittelfristige Richtschnur bieten, die Dividende sollte jedoch die jeweilige Finanzlage der Bank berücksichtigen und weiterhin jedes Jahr vom Verwaltungsrat festgelegt werden

Die Dividendenpolitik, die vom Verwaltungsrat in fünf Jahren nochmals überprüft werden wird, trägt nun eher dem Eigenkapitalbedarf als der Ausschüttungskennzahl Rechnung. Sie umfasst:

- Eine ordentliche, längerfristig angemessene Dividende, die entsprechend der ex ante beschlossenen mittelfristigen Dividendenpolitik jeweils um SZR 10 pro Jahr erhöht wird
- Eine Zusatzdividende, die ex post beschlossen wird, wobei Fremdkapital und ökonomisches Kapital innerhalb gewünschter Bandbreiten verbleiben müssen

⁷ Der Gesamtertrag wird im Jahresabschluss als „Gesamtergebnis“ in der Tabelle „Gesamtergebnisrechnung“ auf S. 171 ausgewiesen.

Diese Politik soll sicherstellen, dass Gewinne einbehalten werden, damit sich das Eigenkapital der BIZ ausreichend erhöht, um die Geschäfte der Bank zu stützen und eine Eigenkapitalposition zu halten, die ihrer Bilanzsumme und ihrem Bedarf an ökonomischem Kapital angemessen ist. Unter normalen Umständen sollte dies zu einem stetigen Anstieg der jährlichen Dividenden führen; gleichzeitig bliebe die nötige Flexibilität gewahrt, um niedrigen bzw. hohen Jahresgewinnen Rechnung zu tragen. Darüber hinaus würde die endgültige Genehmigung der Dividende jeweils im Mai mit dem Ergebnis des jährlichen Prozesses der Allokation von ökonomischem Kapital (Punkt 2 des Abschnitts Angemessene Eigenkapitalausstattung im Jahresabschluss) zusammenfallen, sodass der Verwaltungsrat eine angemessene Dividende ausschütten und gleichzeitig darauf achten kann, dass die Eigenkapitalbasis der Bank solide bleibt.

Entsprechend der neuen Dividendenpolitik wird somit für das Geschäftsjahr 2009/10 vorgeschlagen:

- Eine ordentliche Dividende von SZR 285 je Aktie, SZR 20 mehr als die Dividende für 2008/09. Vor 2008/09 war die Dividende jedes Jahr um SZR 10 erhöht worden, entsprechend der mittelfristigen Politik, die der Verwaltungsrat 2005 genehmigt hatte. Die Erhöhung um SZR 20 würde sich aus einer jährlichen Erhöhung von SZR 10 je Aktie und einer weiteren Erhöhung um SZR 10 zum Ausgleich der unterbliebenen Erhöhung für 2008/09 zusammensetzen
- Eine Zusatzdividende von SZR 400 je Aktie, die angesichts des außergewöhnlich hohen Reingewinns für 2009/10 ausgeschüttet würde

Vorgeschlagene Verwendung des Reingewinns

Gestützt auf Artikel 51 der Statuten empfiehlt der Verwaltungsrat der Generalversammlung, den Reingewinn von SZR 1 859,8 Mio. für das Geschäftsjahr 2009/10 wie folgt zu verwenden:

- a) SZR 374,1 Mio. zur Zahlung:
 - Einer ordentlichen Dividende von SZR 285 je Aktie, insgesamt SZR 155,6 Mio.
 - Einer Zusatzdividende von SZR 400 je Aktie, insgesamt SZR 218,5 Mio.
- b) SZR 148,6 Mio. zur Erhöhung des Allgemeinen Reservefonds⁸
- c) SZR 12,0 Mio. zur Erhöhung des Besonderen Dividenden-Reservefonds
- d) SZR 1 325,1 Mio., den verbleibenden Betrag des verfügbaren Reingewinns, zur Erhöhung des Freien Reservefonds

Vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung können die beiden Dividenden als ein einziger Betrag von SZR 685 je Aktie am 8. Juli 2010 entsprechend den Weisungen der einzelnen Aktionäre in einer beliebigen Währung des SZR-Korbs oder in Schweizer Franken an die Aktionäre ausgezahlt werden, die am 31. März 2010 im Aktienregister der Bank eingetragen waren.

⁸ Der Allgemeine Reservefonds betrug am 31. März 2010 das Vierfache des eingezahlten Kapitals der Bank. Gemäß Artikel 51 der Statuten müssen 10% des Gewinns nach Zahlung der Dividende diesem Fonds zugewiesen werden, bis er das Fünffache des eingezahlten Kapitals erreicht hat.

Die volle Dividende wird für 546 125 Aktien gezahlt. Insgesamt sind 547 125 Aktien ausgegeben und eingezahlt. Am 31. März 2010 wurden davon 1 000 – die suspendierten Aktien der albanischen Ausgabe – als eigene Aktien gehalten. Auf diese eigenen Aktien wird keine Dividende gezahlt.

Bericht der Buchprüfer

Der Jahresabschluss wurde von der Deloitte AG ordnungsgemäß geprüft; diese hat bestätigt, dass er für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank vermittelt. Der Bericht der Buchprüfer folgt unmittelbar auf den Jahresabschluss.

Jahresabschluss

vom 31. März 2010

Der Jahresabschluss für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr auf den Seiten 170 bis 228 wurde am 10. Mai 2010 verabschiedet und wird der ordentlichen Generalversammlung am 28. Juni 2010 unterbreitet. Er wird in einer Form vorgelegt, die gemäß Artikel 49 der Statuten der Bank vom Verwaltungsrat vorgegeben wurde, und steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Aktionäre bei der ordentlichen Generalversammlung.

Der Jahresabschluss einschließlich der dazugehörigen Anmerkungen wurde in englischer Sprache erstellt. In Zweifelsfällen wird auf die englische Fassung verwiesen.

Jaime Caruana
Generaldirektor

Hervé Hannoun
Stellvertretender Generaldirektor

Bilanz

vom 31. März 2010

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2010	2009
Aktiva			
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	3	1 516,2	915,2
Gold und Goldleihegeschäfte	4	43 039,8	25 416,2
Schatzwechsel	5	84 714,8	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	5	42 305,9	38 594,4
Kredite und Darlehen	6	19 288,6	18 512,7
Staats- und andere Wertpapiere	5	53 687,7	55 763,7
Derivative Finanzinstrumente	7	10 114,7	13 749,1
Kurzfristige Forderungen	8	4 035,7	5 822,5
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	9	189,9	191,0
Aktiva insgesamt		258 893,3	255 386,7
Passiva			
Währungseinlagen	10	195 755,1	197 222,2
Goldeinlagen	11	32 064,1	23 052,1
Derivative Finanzinstrumente	7	4 187,4	6 816,8
Kurzfristige Verbindlichkeiten	13	10 792,4	14 211,5
Sonstige Verbindlichkeiten	14	319,0	368,2
Passiva insgesamt		243 118,0	241 670,8
Eigenkapital			
Aktienkapital	15	683,9	683,9
Statutarische Reserven	16	10 668,7	10 367,3
Gewinn- und Verlustrechnung		1 859,8	446,1
Abzüglich: Eigene Aktien	17	(1,7)	(1,7)
Sonstige Eigenkapitalposten	18	2 564,6	2 220,3
Eigenkapital insgesamt		15 775,3	13 715,9
Passiva und Eigenkapital insgesamt		258 893,3	255 386,7

Gewinn- und Verlustrechnung

für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2010	2009
Zinsertrag	20	4 051,9	8 254,9
Zinsaufwand	21	(2 620,7)	(6 653,0)
Nettozinsertrag		1 431,2	1 601,9
Bewertungsänderungen netto	22	520,5	(1 181,7)
Nettozins- und -bewertungsertrag		1 951,7	420,2
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	23	10,7	0,4
Nettodevisenverlust	24	(17,2)	(8,8)
Geschäftsertrag insgesamt		1 945,2	411,8
Geschäftsaufwand	25	(190,8)	(166,5)
Operativer Gewinn		1 754,4	245,3
Nettogewinn aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	26	105,4	123,8
Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva	27	–	77,0
Reingewinn für das Geschäftsjahr		1 859,8	446,1
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (SZR je Aktie)	28	3 405,4	816,8

Gesamtergebnisrechnung

für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	2010	2009
Reingewinn für das Geschäftsjahr		1 859,8	446,1
Unrealisierter Gewinn/(Verlust) aus von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren	18A	(112,5)	159,1
Unrealisierter Gewinn aus Goldanlageaktiva	18B	456,8	152,4
Gesamtergebnis für das Geschäftsjahr		2 204,1	757,6

Mittelflussrechnung

für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr

Mio. SZR	Anmerkung	2010	2009
Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der operativen Tätigkeit			
Eingegangene Zins- und ähnliche Erträge		4 875,0	6 710,8
Gezahlter Zins- und ähnlicher Aufwand		(2 522,8)	(4 802,1)
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	23	10,7	0,4
Ertrag aus dem Devisengeschäft	24	0,3	11,6
Gezahlter Geschäftsaufwand		(177,6)	(154,4)
Nicht zahlungswirksame Positionen im operativen Gewinn			
Bewertungsänderungen der operativen Aktiva und Passiva	22	520,5	(1 181,7)
Veränderung des Nettodevisenverlusts	24	(17,5)	(20,4)
Wertminderung bei Goldaktiva		–	(18,3)
Veränderung von Abgrenzungen und Amortisation		(921,2)	(288,4)
Veränderung der operativen Aktiva und Passiva			
Ergebniswirksame Währungseinlagen		3 220,0	(29 289,7)
Bankgeschäftsaktiva in Währungen		6 472,1	44 724,0
Sicht- und Kündigungseinlagekonten		(2 839,8)	(8 910,2)
Goldeinlagen		9 012,0	(6 049,3)
Gold und Goldleihegeschäfte – Bankgeschäftsaktiva		(17 170,5)	6 055,2
Kurzfristige Forderungen		(0,7)	(0,3)
Sonstige Passiva / kurzfristige Verbindlichkeiten		339,9	41,8
Derivative Finanzinstrumente netto		1 005,0	(5 733,6)
Nettomittelfluss eingesetzt in der operativen Tätigkeit		1 805,4	1 095,4
Mittelfluss aus/(eingesetzt in) der Anlagetätigkeit			
Nettoveränderung der zur Veräußerung verfügbaren Anlageaktiva in Währungen	5B	(606,4)	1 021,2
Nettoveränderung der ergebniswirksamen Anlageaktiva in Währungen		131,1	15,0
Nettoveränderung der mit Rücknahmevereinbarung veräußerten Wertpapiere		–	(1 894,1)
Nettoveränderung der Goldanlageaktiva	4B	3,7	295,7
Nettokäufe von Grundstücken, Gebäuden und Geschäftsausstattung	9	(12,1)	(12,7)
Nettomittelfluss eingesetzt in der Anlagetätigkeit		(483,7)	(574,9)

Mio. SZR	Anmerkung	2010	2009
Mittelfluss eingesetzt in der Finanzierungstätigkeit			
Gezahlte Dividenden		(144,7)	(144,7)
Im Jahr 2001 zurückgenommene Aktien – Zahlungen an ehemalige Aktionäre		–	(0,1)
Nettomittelfluss eingesetzt in der Finanzierungstätigkeit		(144,7)	(144,8)
Nettomittelfluss insgesamt			
		1 177,0	375,7
Nettoeffekte von Wechselkursveränderungen auf Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		49,8	(23,2)
Nettoveränderung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		1 127,2	398,9
Nettoentwicklung der Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente		1 177,0	375,7
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente zu Beginn des Geschäftsjahres	29	1 311,8	936,1
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente am Ende des Geschäftsjahres	29	2 488,8	1 311,8

Veränderungen des Eigenkapitals der Bank

für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr

<i>Mio. SZR</i>	Anmerkung	Aktien- kapital	Statuta- rische Reserven	Gewinn und Verlust	Eigene Aktien	Sonstige Eigen- kapital- posten	Eigen- kapital insgesamt
Eigenkapital am 31. März 2008		683,9	9 967,3	544,7	(1,7)	1 908,8	13 103,0
Gesamtergebnis	18	–	–	446,1	–	311,5	757,6
Zahlung der Dividende 2007/08		–	–	(144,7)	–	–	(144,7)
Verwendung des Gewinns 2007/08		–	400,0	(400,0)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2009		683,9	10 367,3	446,1	(1,7)	2 220,3	13 715,9
Gesamtergebnis	18	–	–	1 859,8	–	344,3	2 204,1
Zahlung der Dividende 2008/09		–	–	(144,7)	–	–	(144,7)
Verwendung des Gewinns 2008/09		–	301,4	(301,4)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2010 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung		683,9	10 668,7	1 859,8	(1,7)	2 564,6	15 775,3
Vorgeschlagene Dividenden – ordentliche Dividende	15	–	–	(155,6)	–	–	(155,6)
Vorgeschlagene Dividenden – Zusatzdividende	15	–	–	(218,5)	–	–	(218,5)
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven		–	1 485,7	(1 485,7)	–	–	–
Eigenkapital am 31. März 2010 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung		683,9	12 154,4	–	(1,7)	2 564,6	15 401,2

Per 31. März 2010 sind in den statutarischen Reserven Aktienagios in Höhe von SZR 811,7 Mio. enthalten (2009: SZR 811,7 Mio.).

Vorgeschlagene Gewinnverwendung

für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr

Mio. SZR	Anmerkung	2010
Reingewinn für das Geschäftsjahr		1 859,8
Zuweisung an den Gesetzlichen Reservefonds	16	–
Vorgeschlagene Dividenden für 546 125 Aktien:		
Ordentliche Dividende – SZR 285 je Aktie		(155,6)
Zusatzdividende – SZR 400 je Aktie		(218,5)
Vorgeschlagene Dividenden insgesamt		(374,1)
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven:		
Allgemeiner Reservefonds	16	(148,6)
Besonderer Dividenden-Reservefonds	16	(12,0)
Freier Reservefonds	16	(1 325,1)
Saldo nach Zuweisungen an die Reserven		–

Die vorgeschlagene Gewinnverwendung entspricht Artikel 51 der Statuten der Bank.

Veränderungen der statutarischen Reserven der Bank

für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr

Mio. SZR	Anmerkung					2010
		Gesetzlicher Reservefonds	Allgemeiner Reservefonds	Besonderer Dividenden-Reservefonds	Freier Reservefonds	Statutarische Reserven insgesamt
Stand am 31. März 2009		68,3	3 049,8	154,0	7 095,2	10 367,3
Verwendung des Gewinns 2008/09	16	–	30,1	–	271,3	301,4
Stand am 31. März 2010 gemäß Bilanz, vor vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	3 079,9	154,0	7 366,5	10 668,7
Vorgeschlagene Zuweisungen an die Reserven	16	–	148,6	12,0	1 325,1	1 485,7
Stand am 31. März 2010 nach vorgeschlagener Gewinnverwendung		68,3	3 228,5	166,0	8 691,6	12 154,4

Rechnungslegungsgrundsätze

Die nachfolgend dargelegten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden gelten, wenn nicht anders angegeben, für beide dargestellten Geschäftsjahre.

1. Umfang des Jahresabschlusses

Dieser Jahresabschluss enthält sämtliche Aktiva und Passiva, die von der Bank kontrolliert werden und bei denen der wirtschaftliche Nutzen sowie Rechte und Pflichten bei der Bank liegen.

Aktiva und Passiva, die auf den Namen der Bank lauten, aber von ihr nicht kontrolliert werden und bei denen der wirtschaftliche Nutzen sowie Rechte und Pflichten nicht bei ihr liegen, sind in diesem Jahresabschluss nicht enthalten. Angaben zu außerbilanziellen Forderungen und Verbindlichkeiten finden sich in Anmerkung 32.

2. Funktional- und Darstellungswährung

Die Funktional- und Darstellungswährung der Bank ist das Sonderziehungsrecht (SZR), wie es vom Internationalen Währungsfonds (IWF) definiert wird.

Das SZR wird anhand eines Korbs der wichtigsten handelbaren Währungen berechnet; ihm liegt die Regel O-1 zugrunde, die vom Exekutivrat des IWF am 30. Dezember 2005 verabschiedet wurde und am 1. Januar 2006 in Kraft trat. Nach derzeitiger Berechnung entspricht 1 SZR der Summe von USD 0,632, EUR 0,410, JPY 18,4 und GBP 0,0903. Der IWF überprüft die Zusammensetzung dieses Währungskorbs alle fünf Jahre, das nächste Mal im Dezember 2010.

Sämtliche im vorliegenden Jahresabschluss enthaltenen Zahlen beziehen sich auf Mio. SZR, sofern nicht anders angegeben.

3. Währungsumrechnung

Monetäre Aktiva und Passiva werden zum Wechselkurs des Bilanzstichtags in SZR umgerechnet. Andere Aktiva und Passiva werden zum Wechselkurs des Transaktionstags in SZR umgerechnet. Gewinne und Verluste werden zu einem Durchschnittskurs in SZR umgerechnet. Umrechnungsdifferenzen infolge der wiederholten Umrechnung von monetären Aktiva und Passiva sowie infolge der Abwicklung von Transaktionen werden als Nettodevisengewinne bzw. -verluste in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasst.

4. Klassifizierung von Finanzinstrumenten

Jedes Finanzinstrument wird, wenn es zum ersten Mal ausgewiesen wird, einer der folgenden Kategorien zugeordnet:

- Kredite und Forderungen
- Ergebniswirksame finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten
- Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte
- Zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten

Die Zuordnung hängt von Art und Zweck des Finanzinstruments ab, wie in Punkt 5 unten beschrieben.

Die jeweilige Klassifizierung des Finanzinstruments bestimmt die Bilanzierungsart, wie nachstehend beschrieben. Bei Finanzinstrumenten, die als „ergebniswirksam“ klassifiziert werden, ändert die Bank diese Zuordnung später nicht mehr.

5. Struktur der Aktiva und Passiva

Aktiva und Passiva sind in zwei Portfoliogruppen organisiert:

A. Bankgeschäftsportfolios

Diese umfassen Währungs- und Goldeinlagen (Passiva) sowie damit verbundene Bankgeschäftsaktiva und Derivate.

Die Bank tätigt im Auftrag ihrer Kunden Bankgeschäfte in Devisen und Gold. In diesen Geschäften geht die Bank ein begrenztes Goldpreis-, Zinsänderungs- und Fremdwährungsrisiko ein.

Die Bank klassifiziert alle Finanzinstrumente in Währungen in den Bankgeschäftsportfolios (außer Kassenbestand, Sicht- und Kündigungskonten bei Banken sowie Sicht- und Kündigungseinlagekonten auf der Passivseite) als „ergebniswirksam“. Die Verwendung von Fair Values in den Währungsbankgeschäftsportfolios wird in Punkt 9 unten beschrieben.

Alle finanziellen Vermögenswerte in Gold in diesen Portfolios werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert, alle finanziellen Verbindlichkeiten in Gold als „zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“.

B. Anlageportfolios

Diese umfassen Aktiva, Passiva und Derivate, die vorwiegend mit als Eigenkapital definierten Anlagen zusammenhängen.

Die Bank hält ihr Eigenkapital größtenteils in Finanzinstrumenten, die auf die Währungen des SZR-Korbs lauten. Sie werden unter Verwendung einer Anleihebenchmark mit fester Duration verwaltet.

Mit Ausnahme der im nächsten Absatz beschriebenen Währungsaktiva werden Währungsaktiva (außer Kassenbestand sowie Sicht- und Kündigungskonten bei Banken) als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert. Damit verbundene mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere werden als „zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ klassifiziert.

Darüber hinaus hält die Bank einen Teil ihres Eigenkapitals in aktiver verwalteten Portfolios. Die Währungsaktiva in diesen Portfolios sind Handelsbestände und werden daher als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Der Rest ihres Eigenkapitals wird in Gold gehalten. Die eigenen Goldbestände der Bank werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert.

6. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich etwaiger aufgelaufener Zinsen ausgewiesen.

7. Kündigungskonten

Kündigungskonten sind kurzfristige monetäre Aktiva. Sie haben meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen und sind im Bilanzposten „Kredite und Darlehen“ enthalten.

Wegen ihres kurzfristigen Charakters werden diese Finanzinstrumente als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert. Sie werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Die Zinsen werden periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsertrag“ verbucht.

8. Sicht- und Kündigungseinlagekonten

Sicht- und Kündigungseinlagekonten sind kurzfristige monetäre Passiva. Sie haben meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen und sind im Bilanzposten „Währungseinlagen“ enthalten.

Wegen ihres kurzfristigen Charakters werden diese Finanzinstrumente als „zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ klassifiziert. Sie werden in der Bilanz zum Kapitalwert zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Die Zinsen werden periodengerecht abgegrenzt unter „Zinsaufwand“ verbucht.

9. Verwendung von Fair Values in den Bankgeschäftsportfolios in Währungen

In ihren Bankgeschäften mit Währungen tritt die Bank für bestimmte Währungseinlageinstrumente als Marktmacher auf. Aus diesem Grund realisiert sie aus diesen Passiva Gewinne oder Verluste.

Entsprechend den Risikomanagementgrundsätzen der Bank wird das mit diesen Geschäften verbundene Marktrisiko insgesamt auf Basis des Fair Value gesteuert, d.h., alle einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate werden in den Währungsbankgeschäftsportfolios zusammengefasst. Die realisierten und unrealisierten Gewinne bzw. Verluste aus Währungseinlagen auf der Passivseite werden somit weitgehend durch realisierte und unrealisierte Verluste bzw. Gewinne aus den damit verbundenen Währungsaktiva und Derivaten oder aus anderen Währungseinlagen auf der Passivseite ausgeglichen.

Um die Bilanzierungsunstimmigkeiten zu vermindern, die entstehen würden, wenn realisierte und unrealisierte Gewinne bzw. Verluste auf unterschiedlicher Basis ausgewiesen würden, klassifiziert die Bank die einschlägigen Aktiva, Passiva und Derivate in den Währungsbankgeschäftsportfolios als „ergebniswirksame Instrumente“.

10. Ergebniswirksame Währungseinlagen

Wie oben beschrieben werden alle Währungseinlagen auf der Passivseite mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungseinlagekonten als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Diese Währungseinlagen werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden zahlbaren Zinsen und die Amortisierung der erhaltenen Aufschläge und gezahlten Abschläge werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsaufwand“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungseinlagen neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

11. Ergebniswirksame Währungsaktiva

Währungsaktiva umfassen Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, Kredite und Darlehen sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Wie oben beschrieben klassifiziert die Bank alle einschlägigen Aktiva in ihren Währungsbankgeschäftsportfolios als „ergebniswirksam“. Darüber hinaus hält die Bank bestimmte aktiv verwaltete Anlageportfolios. Die Währungsaktiva in diesen Portfolios sind Handelsbestände und werden daher als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Diese Währungsaktiva werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungsaktiva neu zum Fair Value bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

12. Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva

Währungsaktiva umfassen Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, Kredite und Darlehen sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Wie oben beschrieben klassifiziert die Bank alle einschlägigen Aktiva in ihren Währungsanlageportfolios als „zur Veräußerung verfügbar“, mit Ausnahme der Aktiva, die in den aktiver verwalteten Anlageportfolios der Bank gehalten werden.

Diese Währungsaktiva werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Währungsaktiva neu zum Fair Value bewertet. Die dabei entstehenden unrealisierten Gewinne bzw. Verluste werden auf dem Wertpapierbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist. Die Veränderung des Fair Value wird in der Gesamtergebnisrechnung im Posten „Unrealisierter Gewinn/(Verlust) aus von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren“ erfasst. Bei der Veräußerung realisierte Gewinne werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettogewinn aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren“ verbucht.

13. Short-Positionen in Währungsaktiva

Short-Positionen in Währungsaktiva sind im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ auf Basis des Handelsdatums zum Marktwert enthalten.

14. Gold

„Gold“ sind Goldbarren, die auf Sichtkonten gehalten oder bei Depotbanken verwahrt werden. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Gold ist zum Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet). Käufe und Verkäufe von Gold werden auf Basis des Abwicklungsdatums bilanziert. Terminkäufe und -verkäufe von Gold werden bis zum Abwicklungsdatum als Derivate behandelt.

Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Punkt 17 unten beschrieben.

15. Goldleihegeschäfte

Goldleihegeschäfte umfassen befristete Goldausleihungen an Geschäftsbanken. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Die Goldleihegeschäfte werden auf Basis des Handelsdatums zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Die aufgelaufenen Zinsen auf Goldleihegeschäften werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsertrag“ verbucht. Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Punkt 17 unten beschrieben.

16. Goldeinlagen

Goldeinlagen umfassen Gold-Sicht- und -Termineinlagen von Zentralbanken. Gold wird von der Bank als Finanzinstrument angesehen.

Die Goldeinlagen werden auf Basis des Handelsdatums zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen.

Die aufgelaufenen Zinsen auf Goldeinlagen werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsaufwand“ verbucht. Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften wird in Punkt 17 unten beschrieben.

17. Realisierte und unrealisierte Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften

Die Behandlung realisierter und unrealisierter Gewinne bzw. Verluste aus Goldgeschäften hängt von ihrer Klassifizierung ab:

A. Bankgeschäftsportfolios mit Goldeinlagen und damit verbundenen Gold-Bankgeschäftsaktiva

In den Bankgeschäftsportfolios werden die Goldleihegeschäfte als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert, die Goldeinlagen als „zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“. Die Goldderivate in den Portfolios werden als „ergebniswirksam“ klassifiziert.

Der Gewinn bzw. Verlust aus diesen Goldtransaktionen wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Netto-devisengewinn/(-verlust)“ als Nettotransaktionsgewinn/(-verlust) verbucht.

Der Gewinn bzw. Verlust aus der erneuten Umrechnung der Goldnettoposition in den Bankgeschäftsportfolios wird in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Netto-devisengewinn/(-verlust)“ als Nettoumrechnungsgewinn/(-verlust) verbucht.

B. Anlageportfolios mit Goldanlageaktiva

Die eigenen Goldbestände der Bank werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert und verbucht.

Unrealisierte Gewinne bzw. Verluste aus Goldanlageaktiva der Bank gegenüber der neu als Einstandswert erachteten Basis werden auf dem Goldbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist. Die Veränderung des Fair Value wird in der Gesamtergebnisrechnung im Posten „Unrealisierter Gewinn aus Goldanlageaktiva“ erfasst.

Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Funktional- und Darstellungswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Gewinne bzw. Verluste, die bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva realisiert werden, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva“ verbucht.

18. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Soweit diese Passiva mit der Verwaltung von ergebniswirksamen Währungsaktiva zusammenhängen, werden sie als „ergebniswirksame Finanzinstrumente“ klassifiziert. Sind sie mit zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva verbunden, werden sie als „zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ klassifiziert.

Sie werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsaufwand“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die als „ergebniswirksam“ klassifizierten Instrumente neu zum Fair Value bewertet. Die dabei entstehenden unrealisierten Gewinne bzw. Verluste werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Bewertungsänderungen netto“ verbucht.

19. Derivate

Derivate werden entweder zur Steuerung des Marktrisikos der Bank oder für Handelszwecke eingesetzt. Sie werden als „ergebniswirksame Finanzinstrumente“ klassifiziert.

Derivate werden zunächst auf Basis des Handelsdatums zum Einstandswert bilanziert. Die danach auflaufenden Zinsen und die Amortisierung der gezahlten Aufschläge und erhaltenen Abschläge werden auf Basis der effektiven Zinssätze unter „Zinsertrag“ verbucht.

Nach dem Handelsdatum werden die Derivate neu zum beizulegenden Zeitwert bewertet. Alle dabei entstehenden realisierten und unrealisierten Wertänderungen gehen in den Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ein.

Derivate werden bei für die Bank positivem Fair Value des Kontrakts auf der Aktivseite, bei für die Bank negativem Fair Value auf der Passivseite ausgewiesen.

Wenn ein Derivat in einem anderen Kontrakt eingebettet ist, der nicht als „ergebniswirksam“ klassifiziert ist, wird es für Bilanzierungszwecke vom Basiskontrakt abgetrennt und als eigenständiges Derivat wie oben beschrieben behandelt.

20. Bewertungsgrundsätze

Die Bewertungsgrundsätze der Bank sind vom Verwaltungsrat gebilligt worden. In diesen Grundsätzen definiert die Bank, wie Finanzinstrumente klassifiziert werden; daraus ergeben sich jeweils die Bewertungsgrundlage und die Bilanzierungsart. Die Grundsätze werden durch detaillierte Bewertungsverfahren ergänzt.

Die meisten Finanzinstrumente in der Bilanz werden zum Fair Value bilanziert. Die Bank definiert den Fair Value eines Finanzinstruments als den Betrag, zu dem wohlinformierte, abschlusswillige Parteien das Instrument zu marktüblichen Bedingungen übernehmen würden.

Die Verwendung von Fair Values stellt sicher, dass die dem Verwaltungsrat und den Aktionären vorgelegten Geschäftsberichte ein getreues Bild der Führung der Bankgeschäfte geben und den im Rahmen des Risikomanagements ermittelten und der Geschäftsleitung gemeldeten Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung entsprechen.

Die Bank erachtet die veröffentlichten Preisnotierungen an aktiven Märkten als die besten Näherungswerte zum Fair Value. Wo keine solchen Preisnotierungen existieren, bestimmt die Bank den Fair Value mithilfe einer für das betreffende Finanzinstrument geeigneten Bewertungsmethode. Beispielsweise kann der Marktpreis von kürzlich abgeschlossenen Geschäften in ähnlichen Instrumenten genommen werden, oder es können Finanzmodelle eingesetzt werden. Wenn die Bank Modelle verwendet, ist sie bestrebt, so weit möglich und sinnvoll messbare Markt-Inputdaten zu verwenden (z.B. Zinssätze oder Volatilität). Sie stützt sich so wenig wie möglich auf eigene Schätzungen. Solche Bewertungsmodelle umfassen Analysen der abgezinsten Barmittelströme oder Optionspreismodelle.

Wenn zur Bestimmung des Fair Value Bewertungsmethoden eingesetzt werden, dann müssen die entsprechenden Modelle vorab genehmigt und danach regelmäßig überprüft werden, entsprechend den Modellvalidierungsgrundsätzen der Bank.

Die Bank verfügt über eine unabhängige Bewertungskontrolleinheit, die die Bewertung von Finanzinstrumenten regelmäßig überprüft. Dabei berücksichtigt sie sowohl die Genauigkeit der Bewertungen als auch die verwendeten Bewertungsmethoden. Eine weitere Bewertungskontrolle ist die Überprüfung und Analyse von Tagesgewinnen und -verlusten.

Die Bank bewertet ihre Aktiva zum Geldkurs und ihre Passiva zum Briefkurs. Derivative Finanzinstrumente werden auf einer Geld-/Briefkurs-Basis bewertet; wo nötig werden Bewertungsreserven in den derivativen finanziellen Verbindlichkeiten erfasst. Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten, die nicht zum Fair Value bewertet sind, werden zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

21. Wertminderung bei finanziellen Vermögenswerten

Finanzielle Vermögenswerte, mit Ausnahme der als „ergebniswirksam“ klassifizierten Vermögenswerte, werden an jedem Bilanzstichtag auf Anzeichen einer Wertminderung überprüft. Ein finanzieller Vermögenswert ist nicht mehr voll werthaltig, wenn Hinweise darauf bestehen, dass sich die geschätzten zukünftigen Zahlungsströme infolge eines oder mehrerer Ereignisse verringert haben, die nach der ursprünglichen Erfassung des Vermögens-

werts eingetreten sind. Solche Hinweise sind z.B. erhebliche Finanzprobleme, ein Zahlungsausfall oder eine wahrscheinliche Insolvenz/finanzielle Restrukturierung der Gegenpartei bzw. des Emittenten.

Wertminderungsverluste werden im Posten „Bewertungsänderungen netto“ der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen, wenn der Fair Value unter den fortgeführten Einstandswert gesunken ist und dies nicht als vorübergehend angesehen wird. Verringert sich in der folgenden Bilanzperiode der Wertminderungsverlust, wird der zuvor in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Verlust so weit wieder gutgeschrieben, dass der Buchwert der Anlage nicht höher wird, als er ohne diesen Verlustausweis gewesen wäre.

22. Kurzfristige Forderungen und Verbindlichkeiten

Bei den kurzfristigen Forderungen und Verbindlichkeiten handelt es sich vorwiegend um sehr kurzfristige Positionen im Zusammenhang mit der Abwicklung von Finanzgeschäften. Sie werden zunächst zum Fair Value erfasst und danach zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

23. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Die Kosten der Gebäude und der Geschäftsausstattung der Bank werden kapitalisiert und linear über die geschätzte Nutzungsdauer dieser Aktiva wie folgt abgeschrieben:

- Gebäude: 50 Jahre
- Gebäudeeinrichtungen und -technik: 15 Jahre
- Informationstechnologieausstattung: bis 4 Jahre
- Sonstige Sachanlagen: 4–10 Jahre

Die Grundstücke der Bank werden nicht abgeschrieben. Die Bank überprüft Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung jährlich auf Wertminderungen. Ist der Buchwert eines Aktivums höher als der geschätzte Verwertungserlös, wird der Wert auf den geschätzten Verwertungserlös abgeschrieben.

24. Rückstellungen

Rückstellungen werden ausgewiesen, wenn die Bank eine gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtung infolge von vor dem Bilanzstichtag eingetretenen Ereignissen hat, zu deren Erfüllung vermutlich ökonomische Ressourcen benötigt werden, sofern der Betrag der Verpflichtung verlässlich geschätzt werden kann. Die Höhe zu bildender Rückstellungen wird anhand von bestmöglichen Schätzungen und mittels Annahmen festgelegt.

25. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank führt drei Vorsorgeeinrichtungen: ein Pensionsystem für das Personal, einen Pensionsplan für die Verwaltungsratsmitglieder und eine Kranken- und Unfallversicherung für derzeitige und ehemalige Personalmitglieder. Alle Einrichtungen werden jährlich von unabhängigen Aktuarien neu bewertet.

A. Pensionssystem des Personals

Die Bank betreibt für ihr Personal ein leistungsorientiertes Pensionssystem, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezogenen Gehalt basieren. Es beruht auf einem Fonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aus dem die Leistungen gezahlt werden. Die Aktiva des Fonds werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Die Bank trägt die letztliche Haftung für alle gemäß dem System geschuldeten Leistungen.

Die Verbindlichkeit aus dem Pensionssystem des Personals basiert auf dem Barwert der nach dem Leistungsprimat ermittelten Verpflichtung zum Bilanzstichtag, abzüglich des Fair Value des Fondsvermögens zum Bilanzstichtag sowie bereinigt um nicht erfasste versicherungsmathematische Gewinne und Verluste und den nachzuerrechnenden Dienstzeitaufwand. Der Umfang dieser Verpflichtung nach Leistungsprimat wird mithilfe der Anwartschaftsbarwertmethode berechnet. Der Barwert dieser Verpflichtung wird anhand der geschätzten zukünftigen Mittelabflüsse ermittelt. Die Mittelabflüsse werden zu einem Satz abgezinst, den die Bank anhand der Marktrenditen von Schweizer-Franken-Unternehmensanleihen mit hohem Rating und mit ähnlichen Restlaufzeiten wie die entsprechende Verbindlichkeit bestimmt.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Betrag entspricht der Summe des laufenden Dienstzeitaufwands der im entsprechenden Jahr angefallenen Leistungen des Systems und der Verzinsung zum Diskontierungssatz der Verpflichtung nach Leistungsprimat. Außerdem werden die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste aufgrund von Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs entsprechend dem nach-

stehend beschriebenen „Korridor“-Konzept während der Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht. Die entsprechende Verbindlichkeit ist im Bilanzposten „Sonstige Verbindlichkeiten“ enthalten.

B. Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder

Die Bank unterhält für die Verwaltungsratsmitglieder einen Pensionsplan mit Leistungsprimat ohne Fondsvermögen. Die Berechnungsgrundlagen für die Verbindlichkeit, die Verpflichtung nach Leistungsprimat und den in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Betrag in Bezug auf den Pensionsplan des Verwaltungsrats sind ähnlich wie diejenigen für das Pensionssystem des Personals.

C. Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand

Die Bank unterhält für ihre Personalmitglieder im Ruhestand ein Kranken- und Unfallversicherungssystem ohne Fondsvermögen. Die Berechnungsgrundlagen für die Verbindlichkeit, die Leistungsverpflichtung und den in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Betrag in Bezug auf das Kranken- und Unfallversicherungssystem sind ähnlich wie diejenigen für das Pensionssystem des Personals.

D. „Korridor“-Konzept

Versicherungsmathematische Gewinne und Verluste entstehen durch Erfahrungswertanpassungen (wenn das tatsächliche Ergebnis von den vorherigen versicherungsmathematischen Annahmen abweicht), Änderungen der versicherungsmathematischen Annahmen und Änderungen des Pensionsregulativs. Wenn die kumulierten nicht ausgewiesenen versicherungsmathematischen Gewinne bzw. Verluste die Leistungsverpflichtung oder das entsprechende Deckungsvermögen (je nachdem, welches höher ist) um mehr als 10% überschreiten, wird die über diesen Korridor hinausgehende Unterdeckung über die erwartete verbleibende Dienstzeit der betreffenden Personalmitglieder amortisiert.

26. Mittelflussrechnung

Die Mittelflussrechnung der Bank wird mithilfe einer indirekten Methode erstellt. Sie beruht auf den Bewegungen in der Bilanz der Bank, bereinigt um Veränderungen bei den Finanzgeschäften vor Abwicklung.

Die Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente umfassen Kassenbestand sowie Sicht- und Kündigungskonten bei Banken; Letztere sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben.

Anmerkungen zum Jahresabschluss

1. Einleitung

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, „die Bank“) ist eine internationale Finanzorganisation, die entsprechend dem Haager Abkommen vom 20. Januar 1930 sowie ihrem Grundgesetz und ihren Statuten gegründet wurde. Sie hat ihren Sitz am Centralbahnplatz 2, 4002 Basel, Schweiz. Die Bank unterhält je eine Repräsentanz in der Sonderverwaltungsregion Hongkong der Volksrepublik China (für den Asien-Pazifik-Raum) und in Mexiko-Stadt, Mexiko (für den amerikanischen Kontinent).

Gemäß Artikel 3 der Statuten sind die Aufgaben der BIZ, die Zusammenarbeit unter den Zentralbanken zu fördern, neue Möglichkeiten für internationale Finanzgeschäfte zu schaffen und als Treuhänder (Trustee) oder Agent bei internationalen Zahlungsgeschäften zu wirken. Derzeit sind 56 Zentralbanken Mitglieder der Bank. Die Vertretungs- und Stimmrechte bei der Generalversammlung werden im Verhältnis zu der Anzahl der im jeweiligen Land begebenen BIZ-Aktien ausgeübt. Dem Verwaltungsrat der BIZ gehören die Präsidenten der Gründerzentralbanken der Bank an, d.h. derjenigen von Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, den USA und dem Vereinigten Königreich, die ihrerseits je ein weiteres Verwaltungsratsmitglied berufen, die Präsidenten der Zentralbanken von Brasilien, China, Japan, Kanada, den Niederlanden, Schweden und der Schweiz sowie der Präsident der Europäischen Zentralbank.

2. Verwendung von Schätzungen

Beim Erstellen des Jahresabschlusses muss die Geschäftsleitung der Bank teilweise Schätzungen vornehmen, um zu den ausgewiesenen Beträgen der Aktiva und Passiva, der Offenlegung von Eventualforderungen und -verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag sowie den ausgewiesenen Beträgen von Aufwand und Ertrag im Geschäftsjahr zu gelangen. Sie stützt sich dabei auf verfügbare Informationen, ihr fachkundiges Urteil und eigene Annahmen.

Ein fachkundiges Urteil ist sowohl bei der Festlegung als auch bei der Anwendung der Rechnungslegungsgrundsätze der Bank erforderlich. Wie diese Beurteilungen bei der Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten eingesetzt werden, ist für die Erstellung dieses Jahresabschlusses von wesentlicher Bedeutung.

Zu den Annahmen gehören zukunftsgerichtete Schätzungen, z.B. bei der Bewertung von Aktiva und Passiva sowie bei der Einschätzung der Vorsorgeverpflichtungen, Rückstellungen und Eventualverbindlichkeiten.

Die späteren tatsächlichen Ergebnisse können erheblich von den Schätzungen abweichen.

A. Bewertung von finanziellen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten

Für bestimmte finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten der Bank gibt es keinen aktiven Sekundärmarkt. Sie werden mithilfe von Bewertungsmethoden bewertet, bei denen für die Bestimmung der geeigneten Bewertungsparameter Urteilsvermögen erforderlich ist. Änderungen der Annahmen zu diesen Parametern können den ausgewiesenen Fair Value erheblich beeinflussen. Wie sich eine Veränderung der Spreadannahmen um 1 Basispunkt auf die Bewertung auswirkt, zeigt die nachstehende Tabelle.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2010	2009
Schatzwechsel	0,3	–
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	0,1	0,1
Kredite und Darlehen	0,3	0,2
Staats- und andere Wertpapiere	9,8	9,5
Währungseinlagen	15,0	18,5
Derivative Finanzinstrumente	5,6	8,9

B. Bewertung von Unternehmensanleihen

Im Finanzmarktumfeld vom 31. März 2009 war das Ausmaß fachkundiger Beurteilung, die für die Bewertung von Finanzinstrumenten nötig ist, beträchtlich. Da in bestimmten finanziellen Vermögenswerten, die von der Bank gehalten werden, kaum noch Marktgeschäfte stattfanden, war sehr viel Urteilsvermögen erforderlich, um Bewertungsparameter aus einem breiten Spektrum alternativer Annahmen auszuwählen. Dies galt ganz besonders für die Unternehmensanleihebestände der Bank (im Bilanzposten „Staats- und andere Wertpapiere“ enthalten): Hier lag die potenzielle Bandbreite alternativer Spreadannahmen in der Größenordnung von Dutzenden von Basispunkten. Dank verbesserter Marktbedingungen hat sich das Ausmaß der Unsicherheit bis zum 31. März 2010 wieder verringert.

Die Geschäftsleitung ist der Meinung, dass alle von der Bank verwendeten Bewertungsparameter die Marktbedingungen am Bilanzstichtag in angemessener und umsichtiger Weise widerspiegeln.

C. Wertberichtigung – finanzielle Vermögenswerte

Die Goldleihegeschäfte enthalten eine Wertberichtigung von SZR 23,5 Mio., die aufgrund einer Überprüfung auf Wertminderungen per 31. März 2010 vorgenommen wurde (31. März 2009: SZR 18,3 Mio.). Die Überprüfung wurde für die einzelnen Gegenparteien durchgeführt; es wurden jene Gegenparteien identifiziert, die am Bilanzstichtag mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen hatten. Die Erhöhung der Wertberichtigung in dem am 31. März 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahr ist auf Goldpreisveränderungen zurückzuführen, die im Posten „Nettodevisenverlust“ der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten sind. In diesem Geschäftsjahr wurden keine weiteren Wertminderungen ausgewiesen (2009: SZR 18,3 Mio.). Ausgewiesene Wertminderungen werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettozinsertrag“ erfasst.

D. Versicherungsmathematische Annahmen und Kostensteigerung im Gesundheitswesen

Die Bewertung des Pensionssystems und der Kranken- und Unfallversicherung der Bank stützt sich auf versicherungsmathematische Annahmen sowie die erwartete Entwicklung der Teuerung und der Zinssätze. Eine Veränderung dieser Annahmen wirkt sich auf die Bewertung der Verbindlichkeit aus dem Pensionssystem der Bank und die im Jahresabschluss ausgewiesenen Beträge aus.

3. Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken

Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken bestehen aus liquiden Mitteln bei Zentral- und Geschäftsbanken, über die die Bank jederzeit verfügen kann.

4. Gold und Goldleihegeschäfte

A. Goldbestände insgesamt

Die Goldbestände der Bank setzten sich wie folgt zusammen:

31. März		
Mio. SZR	2010	2009
Goldbarren bei Zentralbanken	41 596,9	22 616,5
Goldleihegeschäfte insgesamt	1 442,9	2 799,7
Gold und Goldleihegeschäfte insgesamt	43 039,8	25 416,2
Davon:		
Goldanlageaktiva	2 811,2	2 358,1
Gold und Goldleihegeschäfte – Bankgeschäftsaktiva	40 228,6	23 058,1

Im Posten „Goldbarren bei Zentralbanken“ eingeschlossen ist Gold (346 Tonnen) im Wert von SZR 8 160,1 Mio. (2009: null), das die Bank im Zusammenhang mit Goldswapgeschäften hält, bei denen sie Währungen gegen physisches Gold tauscht. Die Bank ist verpflichtet, das Gold bei Ablauf des Kontrakts zurückzugeben.

B. Goldanlageaktiva

Die Goldanlageaktiva der Bank werden zu ihrem Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Gold-Marktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet), zuzüglich aufgelaufener Zinsen. Der Betrag, um den dieser Wert die neu als Einstandswert erachtete Basis übersteigt, wird auf dem Goldbewertungskonto verbucht, das in der Bilanz in „Sonstige Eigenkapitalposten“ enthalten ist; die Veränderung dieses Werts wird in der Gesamtergebnisrechnung unter „Unrealisierter Gewinn aus Goldanlageaktiva“ erfasst. Gewinne bzw. Verluste, die bei der Veräußerung von Goldanlageaktiva realisiert werden, werden in der Gewinn- und Verlustrechnung unter „Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva“ verbucht.

In Anmerkung 18 wird das Goldbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von Goldanlageaktiva ist in Anmerkung 27 aufgeschlüsselt.

Die Goldanlageaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März		
Mio. SZR	2010	2009
Stand am Jahresanfang	2 358,1	2 424,4
Nettoveränderung der Goldanlageaktiva		
Veräußerungen von Gold	–	(102,0)
Wertminderung, Sichtkonto- und andere Nettoveränderungen	(3,7)	(193,7)
	(3,7)	(295,7)
Goldpreisveränderung	456,8	229,4
Stand am Jahresende	2 811,2	2 358,1

Am 31. März 2010 beliefen sich die Goldanlageaktiva der Bank auf 120 Tonnen Feingold (2009: 120 Tonnen).

5. Währungsaktiva

A. Bestände insgesamt

Zu den Währungsaktiva gehören Schatzwechsel, mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere, befristete Kredite sowie Staats- und andere Wertpapiere.

Die ergebniswirksamen Währungsaktiva umfassen die Bankgeschäftsaktiva in Währungen, die durch die Wiederrücklage von Kundeneinlagen zustande kommen, sowie die Anlageaktiva in Währungen, die zu den aktiver verwalteten Portfolios gehören. Die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva umfassen die übrigen Anlageaktiva in Währungen der Bank; sie kommen vorwiegend durch Anlage des Eigenkapitals der Bank zustande.

Schatzwechsel sind kurzfristige staatliche Schuldtitel, die auf Diskontbasis ausgegeben werden.

Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere (Reverse Repos) sind Transaktionen, bei denen die Bank einer Gegenpartei einen befristeten Kredit gewährt, wobei diese eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für den Kredit wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die entsprechenden Wertpapiere gegen Rückzahlung des Kredits zurückzugeben. Während der Laufzeit des Geschäfts

wird der Fair Value der Sicherheit überwacht; gegebenenfalls wird als Schutz gegen das Kreditrisiko eine Aufstockung der Sicherheit verlangt.

Befristete Kredite sind hauptsächlich Anlagen bei Geschäftsbanken. Ebenfalls in diese Kategorie fallen Anlagen bei Zentralbanken, internationalen Organisationen und sonstigen Stellen des öffentlichen Sektors, einschließlich Darlehen im Rahmen von Standby-Fazilitäten (mit oder ohne feste Zusage). Der Bilanzposten „Kredite und Darlehen“ umfasst ferner Kündigungskonten (Anmerkung 6).

Staats- und andere Wertpapiere sind von Staaten, internationalen Organisationen, sonstigen Stellen des öffentlichen Sektors, Geschäftsbanken und Unternehmen begebene Schuldtitel, u.a. in Form von fest- und variabel verzinslichen Anleihen sowie forderungsunterlegten Wertpapieren.

In den nachstehenden Tabellen werden die Bestände der Bank an Währungsaktiva aufgeschlüsselt.

31. März 2010	Bankgeschäftsaktiva		Anlageaktiva		Währungsaktiva insgesamt
	Ergebniswirksam	Zur Veräußerung verfügbar	Ergebniswirksam	Insgesamt	
<i>Mio. SZR</i>					
Schatzwechsel	84 652,5	–	62,3	62,3	84 714,8
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	42 305,9	–	–	–	42 305,9
Befristete Kredite und Darlehen	18 316,0	–	–	–	18 316,0
Staats- und andere Wertpapiere					
Staaten	7 863,1	9 563,8	8,9	9 572,7	17 426,9
Finanzinstitute	18 878,3	677,7	543,2	1 220,9	20 108,1
Sonstige (einschl. des öffentlichen Sektors)	14 838,0	1 314,7	–	1 314,7	16 152,7
	41 579,4	11 556,2	552,1	12 108,3	53 687,7
Währungsaktiva insgesamt	186 853,8	11 556,2	614,4	12 170,6	199 024,4

31. März 2009	Bankgeschäfts- aktiva		Anlageaktiva		Währungsaktiva insgesamt
	Ergebniswirksam	Zur Veräußerung verfügbar	Ergebniswirksam	Insgesamt	
<i>Mio. SZR</i>					
Schatzwechsel	96 399,2	–	22,7	22,7	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	38 594,4	–	–	–	38 594,4
Befristete Kredite und Darlehen	18 116,1	–	–	–	18 116,1
Staats- und andere Wertpapiere					
Staaten	3 024,1	8 211,8	–	8 211,8	11 235,9
Finanzinstitute	22 548,1	707,6	710,7	1 418,3	23 966,4
Sonstige (einschl. des öffentlichen Sektors)	18 621,5	1 939,9	–	1 939,9	20 561,4
	44 193,7	10 859,3	710,7	11 570,0	55 763,7
Währungsaktiva insgesamt	197 303,4	10 859,3	733,4	11 592,7	208 896,1

B. Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva

Die Währungsanlageaktiva der Bank kommen vorwiegend durch Anlage des Eigenkapitals zustande. Sie werden als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert, außer sie sind Teil eines aktiv gehandelten Portfolios.

Die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva der Bank entwickelten sich wie folgt:

In Anmerkung 18 wird das Wertpapierbewertungskonto näher erläutert. Der Nettogewinn aus der Veräußerung von Wertpapieren, die als „zur Veräußerung verfügbar“ klassifiziert sind, ist in Anmerkung 26 aufgeschlüsselt.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Stand am Jahresanfang	10 859,3	11 707,4
Nettoveränderung der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva		
Zugänge	5 233,1	10 805,7
Abgänge	(3 941,1)	(4 633,8)
Andere Nettoveränderungen	(685,6)	(7 193,1)
	606,4	(1 021,2)
Nettoveränderung der Geschäfte vor Abwicklung	97,6	(109,8)
Fair-Value- und sonstige Veränderungen	(7,1)	282,9
Stand am Jahresende	11 556,2	10 859,3

6. Kredite und Darlehen

Kredite und Darlehen umfassen befristete Kredite und Kündigungskonten.

Befristete Kredite werden als „ergebniswirksame Instrumente“ klassifiziert. Kündigungskonten werden als „Kredite und Forderungen“ klassifiziert und sind in den Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten enthalten. Dies sind sehr kurzfristige Finanzaktiva, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens drei Tagen haben. Sie werden zum fortgeführten Einstandswert bilanziert.

31. März		
Mio. SZR	2010	2009
Befristete Kredite und Darlehen	18 316,0	18 116,1
Kündigungskonten	972,6	396,6
Kredite und Darlehen insgesamt	19 288,6	18 512,7

Die Fair-Value-Veränderung, die in der Gewinn- und Verlustrechnung auf befristeten Krediten und Darlehen erfasst wird, beträgt SZR 38,5 Mio. (2009: –SZR 50,0 Mio.).

7. Derivative Finanzinstrumente

Die Bank verwendet für Sicherungs- und Handelszwecke folgende derivative Instrumente:

Zins- und Anleihefutures sind vertragliche Verpflichtungen, einen Nettobetrag, basierend auf Veränderungen von Zinssätzen oder Anleihekursen, an einem künftigen Datum zu einem festgelegten Preis, der an einem organisierten Markt zustande kam, entgegenzunehmen bzw. zu zahlen. Futureskontrakte werden täglich mit der Börse abgerechnet. Die entsprechenden Nachschusszahlungen werden in bar oder in marktfähigen Wertpapieren geleistet.

Devisen- und Goldoptionen sind vertragliche Vereinbarungen, in denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem festgelegten Datum in einem bestimmten Umfang eine Währung oder Gold zu einem festgelegten Preis zu kaufen (Call-Option) oder zu verkaufen (Put-Option). Als Gegenleistung erhält der Verkäufer vom Käufer eine Prämie.

Devisen- und Goldswaps, Zins-Währungsswaps und Zinsswaps sind Verpflichtungen zum Austausch einer Art von Zahlungsströmen gegen eine andere. Swapgeschäfte beinhalten einen wirtschaftlichen Tausch von Währungen, Gold oder Zinssätzen (z.B. eines variablen Zinses gegen einen festen) oder einer Kombination von Zinssätzen und Währungen (Zins-Währungsswaps). Außer bei bestimmten Devisen- und Goldswaps und Zins-Währungsswaps findet kein Austausch von Kapitalbeträgen statt.

Währungs- und Goldterminkontrakte sind Verpflichtungen, zu einem späteren Zeitpunkt Fremdwährungen oder Gold zu kaufen. Darin eingeschlossen sind noch nicht belieferte Kassageschäfte.

Forward-Rate-Agreements sind einzeln ausgehandelte Zinsterminkontrakte, bei denen an einem künftigen Datum die Differenz zwischen einem vertraglich vereinbarten Zinssatz und dem geltenden Marktzinssatz in bar gezahlt wird.

Swaptions sind Optionen, bei denen der Verkäufer dem Käufer das Recht einräumt, aber ihn nicht verpflichtet, an oder bis zu einem bestimmten Datum einen Devisen- oder Zinsswap zu einem festgelegten Preis abzuschließen. Als Gegenleistung erhält der Verkäufer vom Käufer eine Prämie.

Darüber hinaus verkauft die Bank ihren Kunden Produkte, die eingebettete Derivate enthalten (Anmerkung 10). Wenn der Basiskontrakt nicht als „ergebniswirksam“ klassifiziert ist, werden eingebettete Derivate für Bilanzierungszwecke vom Basiskontrakt abgetrennt und als eigenständige Derivate behandelt. So werden die Gold-Devisen-Optionen, die in Gold-Doppelwährungseinlagen enthalten sind, bei den Derivaten als Devisen- und Goldoptionen ausgewiesen.

In der nachstehenden Tabelle wird der Fair Value der derivativen Finanzinstrumente aufgeschlüsselt.

31. März	2010			2009		
	Nominalwert	Fair Value		Nominalwert	Fair Value	
		Forderungen	Verbindlichkeiten		Forderungen	Verbindlichkeiten
<i>Mio. SZR</i>						
Anleihefutures	754,9	0,8	–	1 862,4	1,2	(1,4)
Zins-/Währungsswaps	345,8	56,1	(401,9)	2 708,0	95,6	(400,7)
Währungs- und Goldterminkontrakte	736,2	2,7	(1,1)	3 047,4	7,3	(173,0)
Devisen- und Goldoptionen	6 034,1	47,9	(47,2)	5 030,1	156,6	(158,2)
Devisen- und Goldswaps	108 476,1	3 282,5	(199,8)	99 578,6	2 860,4	(1 294,1)
Forward-Rate-Agreements	7 975,6	0,7	(2,9)	10 875,9	20,0	(13,3)
Zinsfutures	2 015,9	–	–	12 430,4	0,3	(0,9)
Zinsswaps	309 000,7	6 721,1	(3 532,8)	393 413,7	10 600,8	(4 761,2)
Swaptions	845,2	2,9	(1,7)	2 016,9	6,9	(14,0)
Derivative Finanzinstrumente insgesamt am Jahresende	436 184,5	10 114,7	(4 187,4)	530 963,4	13 749,1	(6 816,8)
Derivative Finanzinstrumente netto am Jahresende			5 927,3			6 932,3

8. Kurzfristige Forderungen

31. März	2010	2009
<i>Mio. SZR</i>		
Finanzgeschäfte vor Abwicklung	4 023,9	5 811,5
Andere Aktiva	11,8	11,0
Kurzfristige Forderungen insgesamt	4 035,7	5 822,5

Bei den „Finanzgeschäften vor Abwicklung“ handelt es sich um kurzfristige Forderungen (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören Vermögenswerte, die verkauft, und Verbindlichkeiten, die eingegangen wurden.

9. Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März				2010	2009
	Grundstücke	Gebäude	IT und sonstige Sachanlagen	Insgesamt	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>					
Historischer Einstandswert					
Stand am Jahresanfang	41,2	238,5	81,9	361,6	349,1
Investitionen	-	5,4	6,7	12,1	12,7
Veräußerungen und Abgänge	-	-	-	-	(0,2)
Stand am Jahresende	41,2	243,9	88,6	373,7	361,6
Abschreibungen					
Kumulierte Abschreibungen am Jahresanfang	-	107,8	62,8	170,6	158,7
Abschreibungen	-	7,4	5,8	13,1	12,1
Veräußerungen und Abgänge	-	-	-	-	(0,2)
Stand am Jahresende	-	115,2	68,6	183,7	170,6
Nettobuchwert am Jahresende	41,2	128,7	20,0	189,9	191,0

Der Abschreibungsbedarf für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr umfasste eine zusätzliche Abschreibung von SZR 0,1 Mio. für IT und sonstige Sachanlagen nach einer Überprüfung auf Wertminderungen (2009: SZR 0,4 Mio.).

10. Währungseinlagen

Währungseinlagen sind Buchforderungen gegenüber der Bank. Die Währungseinlageninstrumente sind in der nachstehenden Tabelle aufgegliedert.

31. März		
Mio. SZR	2010	2009
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente		
Medium-Term Instruments (MTI)	52 420,8	86 243,7
Kündbare MTI	1 717,3	2 652,9
FIXBIS	34 223,7	32 664,4
	88 361,8	121 561,0
Sonstige Währungseinlagen		
FRIBIS	116,9	204,3
Termineinlagen	78 434,1	43 633,2
Doppelwährungseinlagen	95,8	237,4
Sicht- und Kündigungseinlagekonten	28 746,5	31 586,3
	107 393,3	75 661,2
Währungseinlagen insgesamt	195 755,1	197 222,2
Davon:		
Als „ergebniswirksam“ klassifiziert	167 008,6	165 635,9
Als „zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ klassifiziert	28 746,5	31 586,3

Medium-Term Instruments (MTI) sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ mit vierteljährlichen Verfallterminen und Laufzeiten bis zu 10 Jahren.

Kündbare MTI sind MTI, die eine Kündigungsoption der Bank enthalten, wobei der Ausübungspreis gleich dem Nennwert ist; die Kündigungstermine liegen zwischen Juni 2010 und Dezember 2010 (2009: Juni 2009 und Dezember 2009). Der in der Bilanz ausgewiesene Gesamtbetrag für kündbare MTI schließt den Fair Value der eingebetteten Zinsoption ein.

FIXBIS sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ mit beliebiger Laufzeit von 1 Woche bis 1 Jahr.

FRIBIS sind variabel verzinsliche Anlagen bei der BIZ mit Laufzeiten von mindestens 1 Jahr, bei denen der Zins jeweils entsprechend den Marktbedingungen neu bestimmt wird.

Termineinlagen sind festverzinsliche Anlagen bei der BIZ, meist mit einer Laufzeit von weniger als 1 Jahr.

Doppelwährungseinlagen sind Termineinlagen, die am Verfalltag nach Wahl der Bank entweder in der ursprünglichen Währung oder in einem festgelegten Betrag einer anderen Währung zurückzuzahlen sind. Der in der Bilanz für Doppelwährungseinlagen ausgewiesene Gesamtbetrag schließt den Fair Value der eingebetteten Währungsoption ein. Alle diese Einlagen wurden im Zeitraum von 21. April 2010 bis 12. Mai 2010 fällig (2009: 2. April 2009 bis 15. Mai 2009).

Sicht- und Kündigungseinlagekonten sind sehr kurzfristige finanzielle Verbindlichkeiten, die meist eine Kündigungsfrist von höchstens 3 Tagen haben. Sie werden als „zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ klassifiziert.

Bei bestimmten Währungseinlageninstrumenten tritt die Bank als alleiniger Marktmacher auf, und sie hat sich verpflichtet, einige dieser Finanzinstrumente mit einer Kündigungsfrist von 1 oder 2 Geschäftstagen ganz oder teilweise zum Fair Value zurückzuzahlen.

A. Bewertung von Währungseinlagen

Die Währungseinlagen (mit Ausnahme der Sicht- und Kündigungseinlagekonten) werden zum Fair Value bilanziert. Dieser Wert weicht von dem Betrag ab, den die Bank dem Inhaber der Einlage gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit zahlen muss. Für die Währungseinlagen insgesamt, zuzüglich aufgelaufener Zinsen bis zum 31. März 2010, muss die Bank den Inhabern gemäß vertraglicher Verpflichtung bei Fälligkeit SZR 193 896,3 Mio. zahlen (2009: SZR 193 629,2 Mio.).

Die Bank schätzt den Fair Value ihrer Währungseinlagen mithilfe von verschiedenen Bewertungsmethoden, u.a. sog. Discounted-Cashflow-Modellen und Optionspreismodellen. Die Discounted-Cashflow-Modelle bewerten die erwarteten Zahlungsströme von Finanzinstrumenten mithilfe von Diskontierungsfaktoren, die teils aus notierten Zinssätzen (z.B. LIBOR, Swapsätzen) abgeleitet werden, teils auf Annahmen über die Spreads beruhen, mit denen jedes Produkt den Kunden angeboten bzw. von ihnen zurückgekauft wird.

Die Spreadannahmen basieren auf kürzlich abgeschlossenen Marktgeschäften. Ist eine Produktserie für Neuanleger geschlossen worden (und gibt es somit keine neueren Marktgeschäfte), verwendet die Bank den letzten für die Serie notierten Spread als Grundlage für die Bestimmung der geeigneten Modellparameter.

Die Optionspreismodelle enthalten Annahmen zur Volatilität, die aus Marktnotierungen abgeleitet werden.

B. Auswirkungen einer Änderung der Bonität der Bank

Jegliche Änderung der Bonität der Bank hätte Auswirkungen auf den Fair Value ihrer Verbindlichkeiten. Bei einer Verschlechterung der Bonität der Bank würde der Wert ihrer Verbindlichkeiten sinken. Diese Wertänderung würde als Bewertungsänderung in die Gewinn- und Verlustrechnung einfließen. Die Bank beurteilt im Rahmen ihrer Risikomanagementverfahren ihre Bonität regelmäßig neu. Im Berichtszeitraum ergab die von der Bank vorgenommene Beurteilung ihrer Bonität keine Änderung, die den Fair Value ihrer Verbindlichkeiten hätte beeinflussen können.

11. Goldeinlagen

Die Goldeinlagen bei der Bank stammen ausschließlich von Zentralbanken. Sie werden alle als „zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten“ klassifiziert.

12. Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere

Mit Rücknahmevereinbarung veräußerte Wertpapiere (Repo-Geschäfte) sind Transaktionen, bei denen die Bank eine Termineinlage von einer Gegenpartei entgegennimmt und ihr eine Sicherheit in Form von Wertpapieren stellt. Der Zinssatz für die Einlage wird zu Beginn der Transaktion festgelegt, und es besteht die unwiderrufliche Verpflichtung, die Einlage gegen Rückgabe gleichwertiger Wertpapiere zurückzuzahlen. Diese Geschäfte werden ausschließlich mit Geschäftsbanken abgeschlossen.

Am 31. März 2010 gab es keine mit Rücknahmevereinbarung veräußerten Wertpapiere (2009: null).

13. Kurzfristige Verbindlichkeiten

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten umfassen die Finanzgeschäfte vor Abwicklung, d.h. die kurzfristigen Verbindlichkeiten (Fälligkeit in der Regel höchstens drei Tage), bei denen das Geschäft schon ausgeführt, jedoch noch kein Geld überwiesen wurde. Dazu gehören angekaufte Vermögenswerte und zurückgekaufte Verbindlichkeiten.

14. Sonstige Verbindlichkeiten

31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Vorsorgeverpflichtungen (Anmerkung 19)		
Pensionssystem des Personals	12,1	2,4
Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder	5,2	4,8
Kranken- und Unfallversicherung	217,5	191,6
Short-Positionen in Währungsaktiva	66,0	151,6
Verbindlichkeiten gegenüber ehemaligen Aktionären	0,5	0,5
Sonstige	17,7	17,3
Sonstige Verbindlichkeiten insgesamt	319,0	368,2

15. Aktienkapital

Das Aktienkapital der Bank setzte sich wie folgt zusammen:

31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Genehmigtes Kapital: 600 000 Aktien im Nominalwert von je SZR 5 000, wovon SZR 1 250 eingezahlt	3 000,0	3 000,0
Begebenes Kapital: 547 125 Aktien	2 735,6	2 735,6
Eingezahltes Kapital (25%)	683,9	683,9

Dividendenberechtigte Aktien:

	2010	2009
31. März		
Begebene Aktien	547 125	547 125
Abzüglich: Eigene Aktien	(1 000)	(1 000)
Umlaufende, voll dividendenberechtigte Aktien	546 125	546 125
Dividenden je Aktie (SZR)		
Ordentliche Dividende	285	265
Zusatzdividende	400	–
Dividende je Aktie insgesamt	685	265

16. Statutarische Reserven

Die Statuten der Bank sehen die Zuweisung des jährlichen Reingewinns der Bank durch die Generalversammlung gemäß Vorschlag des Verwaltungsrats an drei bestimmte Reservefonds vor: den Gesetzlichen Reservefonds, den Allgemeinen Reservefonds und den Besonderen Dividenden-Reservefonds. Der nach Ausschüttung der Dividende verbleibende Reingewinn wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Gesetzlicher Reservefonds. Dieser Reservefonds hat derzeit die volle vorgeschriebene Höhe von 10% des eingezahlten Kapitals der Bank.

Allgemeiner Reservefonds. Derzeit sind 10% des nach Zahlung der Dividende verbleibenden jährlichen Reingewinns der Bank dem Allgemeinen Reservefonds zuzuweisen. Wenn dieser Reservefonds das Fünffache des eingezahlten Kapitals der Bank erreicht hat, sinkt die jährliche Zuweisung auf 5% des verbleibenden Reingewinns.

Besonderer Dividenden-Reservefonds. Ein Teil des verbleibenden Reingewinns des Geschäftsjahres kann dem Besonderen Dividenden-Reservefonds zugewiesen werden. Dieser kann bei Bedarf zur Zahlung der gesamten festgelegten Dividende oder eines Teils davon herangezogen werden. In der Regel wird die Dividende aus dem Reingewinn der Bank gezahlt.

Freier Reservefonds. Ein nach den obengenannten Zuweisungen noch verbleibender Betrag des Reingewinns wird in der Regel dem Freien Reservefonds zugewiesen.

Der Erlös aus der Zeichnung von Aktien der Bank wird dem Gesetzlichen Reservefonds zugewiesen, bis dieser die volle vorgeschriebene Höhe erreicht hat, der Rest dem Allgemeinen Reservefonds.

Der Freie Reservefonds, der Allgemeine Reservefonds und der Gesetzliche Reservefonds stehen – in dieser Reihenfolge – zur Deckung etwaiger Verluste der Bank zur Verfügung. Im Falle der Liquidation der Bank werden die in den Reservefonds verbliebenen Beträge (nach Ablösung der Schulden der Bank und Zahlung der Liquidationskosten) unter den Aktionären verteilt.

17. Eigene Aktien

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2010	2009
Anzahl Aktien am Jahresanfang	1 000	1 000
Veränderungen während des Jahres	–	–
Anzahl Aktien am Jahresende	1 000	1 000

Als eigene Aktien gehalten werden 1 000 Aktien der albanischen Ausgabe, die 1977 suspendiert wurden.

18. Sonstige Eigenkapitalposten

Die sonstigen Eigenkapitalposten entsprechen den Bewertungskonten für die zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva und die Goldanlageaktiva (Anmerkung 4 bzw. 5).

Sie umfassen:

31. März	2010	2009
<i>Mio. SZR</i>		
Wertpapierbewertungskonto	318,6	431,1
Goldbewertungskonto	2 246,0	1 789,2
Sonstige Eigenkapitalposten insgesamt	2 564,6	2 220,3

A. Wertpapierbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Fair Value und dem fortgeführten Einstandswert der zur Veräußerung verfügbaren Währungsaktiva der Bank verbucht.

Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2010	2009
<i>Mio. SZR</i>		
Stand am Jahresanfang	431,1	272,0
Bewertungsänderungen netto		
Nettogewinn/(-verlust) aus Veräußerungen	(105,4)	(123,8)
Fair-Value- und sonstige Veränderungen	(7,1)	282,9
	(112,5)	159,1
Stand am Jahresende	318,6	431,1

In den nachstehenden Tabellen wird der Stand des Wertpapierbewertungskontos aufgedgliedert.

31. März 2010	Fair Value der Aktiva	Historischer Einstandswert	Wertpapier- bewertungs- konto	Bruttogewinne	Bruttoverluste
<i>Mio. SZR</i>					
Staats- und andere Wertpapiere	11 556,2	11 237,6	318,6	322,2	(3,6)

31. März 2009	Fair Value der Aktiva	Historischer Einstandswert	Wertpapier- bewertungs- konto	Bruttogewinne	Bruttoverluste
<i>Mio. SZR</i>					
Staats- und andere Wertpapiere	10 859,3	10 428,2	431,1	447,3	(16,2)

B. Goldbewertungskonto

Auf diesem Konto wird die Differenz zwischen dem Buchwert und der neu als Einstandswert erachteten Basis der Goldanlageaktiva der Bank verbucht. Für die Goldanlageaktiva, die am 31. März 2003 bestanden (als die Bank ihre Funktional- und Darstellungswährung von Goldfranken in SZR änderte), beträgt dieser neue Einstandswert rund SZR 151 je Unze. Dies entspricht dem Wert von USD 208, der von 1979 bis 2003 aufgrund eines BIZ-Verwaltungsratsbeschlusses galt, umgerechnet zum Wechselkurs vom 31. März 2003.

Folgende Veränderungen ergaben sich während des Geschäftsjahres:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Stand am Jahresanfang	1 789,2	1 636,8
Bewertungsänderungen netto		
Nettogewinn aus Veräußerungen	–	(77,0)
Goldpreisveränderung	456,8	229,4
	456,8	152,4
Stand am Jahresende	2 246,0	1 789,2

19. Vorsorgeverpflichtungen

Die Bank führt drei Vorsorgeeinrichtungen:

1. Ein leistungsorientiertes Pensionssystem für ihr Personal, dessen Leistungen auf dem zuletzt bezogenen Gehalt basieren. Es beruht auf einem Fonds ohne eigene Rechtspersönlichkeit, aus dem die Leistungen gezahlt werden. Die Aktiva des Fonds werden von der Bank zum alleinigen Nutzen der derzeitigen und ehemaligen Personalmitglieder verwaltet, die dem System angeschlossen sind. Die Bank trägt die letztliche Haftung für alle gemäß dem System geschuldeten Leistungen.
2. Einen leistungsorientierten Pensionsplan ohne Fondsvermögen für ihre Verwaltungsratsmitglieder, die nach einer Amtszeit von mindestens 4 Jahren anspruchsberechtigt sind.
3. Ein Kranken- und Unfallversicherungssystem ohne Fondsvermögen für ihre Personalmitglieder im Ruhestand. Die Anspruchsberechtigung beruht grundsätzlich darauf, dass das Personalmitglied bis zum 50. Lebensjahr im Dienst bleibt und mindestens 10 Dienstjahre hat.

Alle Vorsorgeeinrichtungen werden jährlich von unabhängigen Aktuaren neu bewertet.

A. In der Bilanz ausgewiesene Beträge

31. März		Pensionssystem des Personals				
Mio. SZR	2010	2009	2008	2007	2006	
Barwert der Verpflichtung	(913,1)	(747,4)	(709,7)	(653,7)	(606,4)	
Fair Value des Fondsvermögens	762,4	619,6	714,3	648,6	602,2	
Deckungsstand	(150,7)	(127,8)	4,6	(5,1)	(4,2)	
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	138,6	125,4	41,2	47,3	46,8	
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	–	–	(45,8)	(42,2)	(42,6)	
Verbindlichkeit am Jahresende	(12,1)	(2,4)	–	–	–	

31. März		Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder				
Mio. SZR	2010	2009	2008	2007	2006	
Barwert der Verpflichtung	(6,5)	(5,7)	(5,4)	(4,6)	(4,6)	
Fair Value des Fondsvermögens	–	–	–	–	–	
Deckungsstand	(6,5)	(5,7)	(5,4)	(4,6)	(4,6)	
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	1,3	0,9	0,6	0,3	0,3	
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	–	–	–	–	–	
Verbindlichkeit am Jahresende	(5,2)	(4,8)	(4,8)	(4,3)	(4,3)	

31. März		Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand				
Mio. SZR	2010	2009	2008	2007	2006	
Barwert der Verpflichtung	(284,2)	(225,4)	(208,0)	(186,3)	(183,8)	
Fair Value des Fondsvermögens	–	–	–	–	–	
Deckungsstand	(284,2)	(225,4)	(208,0)	(186,3)	(183,8)	
Nicht erfasster versicherungsmathematischer Verlust	72,3	40,1	30,3	42,0	57,2	
Nicht erfasster nachzuerrechnender Dienstzeitaufwand	(5,6)	(6,3)	(7,7)	(7,8)	(8,6)	
Verbindlichkeit am Jahresende	(217,5)	(191,6)	(185,4)	(152,1)	(135,2)	

B. Barwert der Vorsorgeverpflichtung

Der Barwert der Vorsorgeverpflichtung entwickelte sich wie folgt:

31. März <i>Mio. SZR</i>	Pensionssystem des Personals			Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder			Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand		
	2010	2009	2008	2010	2009	2008	2010	2009	2008
Barwert der Verpflichtung am Jahresanfang	747,4	709,7	653,7	5,7	5,4	4,6	225,4	208,0	186,3
Laufender Dienstzeitaufwand	32,0	29,8	30,5	0,2	0,2	0,2	8,5	7,9	8,2
Arbeitnehmerbeiträge	4,5	3,9	3,7	–	–	–	–	–	–
Zinskosten	24,5	24,9	21,3	0,2	0,2	0,1	7,5	7,4	6,1
Versicherungsmathematischer (Gewinn)/Verlust	84,3	29,3	(55,7)	–	0,3	–	30,2	11,5	(13,9)
Gezahlte Leistungen	(28,3)	(24,5)	(23,1)	(0,3)	(0,3)	(0,3)	(2,2)	(1,9)	(1,8)
Umrechnungsdifferenzen	48,7	(25,7)	79,3	0,7	(0,1)	0,9	14,8	(7,5)	23,1
Barwert der Verpflichtung am Jahresende	913,1	747,4	709,7	6,5	5,7	5,4	284,2	225,4	208,0

C. Fair Value des Fondsvermögens des Pensionssystems des Personals

Der Fair Value des Fondsvermögens des Pensionssystems des Personals entwickelte sich wie folgt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009	2008
Fair Value des Fondsvermögens am Jahresanfang	619,6	714,3	648,6
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	31,8	34,0	33,1
Versicherungsmathematischer Gewinn/(Verlust)	74,4	(99,3)	(44,8)
Arbeitgeberbeiträge	20,0	18,3	17,3
Arbeitnehmerbeiträge	4,5	3,9	3,7
Gezahlte Leistungen	(28,3)	(24,5)	(23,1)
Umrechnungsdifferenzen	40,4	(27,1)	79,5
Fair Value des Fondsvermögens am Jahresende	762,4	619,6	714,3

D. In der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchte Beträge

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März <i>Mio. SZR</i>	Pensionssystem des Personals			Ruhegehälter der Verwaltungsratsmitglieder			Leistungen bei Krankheit und Unfall im Ruhestand		
	2010	2009	2008	2010	2009	2008	2010	2009	2008
Laufender Dienstzeitaufwand	32,0	29,8	30,5	0,2	0,2	0,2	8,5	7,9	8,2
Zinskosten	24,5	24,9	21,3	0,2	0,2	0,1	7,5	7,4	6,1
Abzüglich: Erwartete Rendite des Fondsvermögens	(31,8)	(34,0)	(33,1)	–	–	–	–	–	–
Abzüglich: Nachzuverrechnender Dienstzeitaufwand	–	–	(1,5)	–	–	–	(1,1)	(6,3)	(1,0)
Im Geschäftsjahr erfasster versicherungsmathematischer Verlust netto	4,4	–	–	0,1	–	–	1,4	–	1,6
Im Geschäftsaufwand enthaltener Gesamtbetrag	29,1	20,7	17,2	0,5	0,4	0,3	16,3	9,0	14,9

Für das Geschäftsjahr 2010/11 rechnet die Bank mit einem Beitrag von SZR 24,1 Mio. an ihre Vorsorgeeinrichtungen.

E. Wichtigste Anlagekategorien des Fondsvermögens, in Prozent des Fondsvermögens insgesamt

31. März

Prozent	2010	2009
Europäische Aktien	7,1	7,4
Sonstige Aktien	33,4	16,8
Festverzinsliche europäische Anlagen	18,5	49,9
Sonstige festverzinsliche Anlagen	30,9	21,8
Andere Aktiva	10,1	4,1
Tatsächliche Rendite des Fondsvermögens	14,4%	-10,5%

Das Pensionssystem des Personals investiert nicht in Finanzinstrumente, die von der Bank aufgelegt werden.

F. Wichtigste versicherungsmathematische Annahmen in diesem Jahresabschluss

31. März

	2010	2009
Alle drei Vorsorgeeinrichtungen		
Diskontierungssatz – Marktzinssatz schweizerischer Unternehmensanleihen mit hohem Rating	2,75%	3,25%
Nur Pensionssystem des Personals und Pensionsplan des Verwaltungsrats		
Angenommene Steigerungsrate der Rentenleistungen	1,50%	1,50%
Nur Pensionssystem des Personals		
Erwartete Rendite des Fondsvermögens	5,00%	5,00%
Angenommene Steigerungsrate der Gehälter	4,10%	4,10%
Nur Pensionsplan des Verwaltungsrats		
Angenommene Steigerungsrate der pensionsberechtigten Verwaltungsrats honorare	1,50%	1,50%
Nur Kranken- und Unfallversicherungssystem für Personalmitglieder im Ruhestand		
Angenommene langfristige Kostensteigerung im Gesundheitswesen	5,00%	5,00%

Die Annahmen für die Steigerung der Gehälter der Personalmitglieder, der pensionsberechtigten Verwaltungsrats honorare und der Rentenleistungen enthalten eine angenommene Inflationsrate von 1,5% per 31. März 2010 (2009: 1,5%).

Die erwartete Rendite des Fondsvermögens basiert auf langfristigen Erwartungen für Inflationsrate, Zinssätze, Risikoprämien und Aufteilung des Anlagevermögens. Diese Schätzung, die die historischen Renditen berücksichtigt, wird gemeinsam mit den unabhängigen Aktuaren des Fonds erstellt.

Die Annahme bezüglich der Kostensteigerung im Gesundheitswesen hat erhebliche Auswirkungen auf die Beträge, die in der Gewinn- und Verlustrechnung verbucht werden. Eine Veränderung dieser Annahme um 1 Prozentpunkt gegenüber der Berechnung für 2009/10 würde sich wie folgt auswirken:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2010	2009
Anstieg/(Verringerung) der Summe von Dienstzeitaufwand und Zinskosten		
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 6%	5,2	5,0
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 4%	(3,9)	(3,6)

31. März

Mio. SZR	2010	2009
Anstieg/(Verringerung) der Leistungsverpflichtung		
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 6%	70,0	56,3
Kostensteigerung im Gesundheitswesen 4%	(53,1)	(42,5)

20. Zinsertrag

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Zur Veräußerung verfügbare Währungsaktiva		
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	–	18,5
Staats- und andere Wertpapiere	317,7	365,0
	317,7	383,5
Ergebniswirksame Währungsaktiva		
Schatzwechsel	529,9	1 253,1
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	156,7	1 880,8
Kredite und Darlehen	101,7	1 321,1
Staats- und andere Wertpapiere	959,1	1 766,8
	1 747,4	6 221,8
Als „Kredite und Forderungen“ klassifizierte Aktiva		
Sicht- und Kündigungskonten	2,0	16,0
Goldanlageaktiva	2,7	6,4
Gold-Bankgeschäftsaktiva	3,1	5,0
Wertminderung bei Gold-Bankgeschäftsaktiva	–	(18,3)
	7,8	9,1
Ergebniswirksame derivative Finanzinstrumente	1 979,0	1 640,5
Zinsertrag insgesamt	4 051,9	8 254,9

21. Zinsaufwand

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Ergebniswirksame Passiva		
Währungseinlagen	2 573,8	6 160,4
Zum fortgeführten Einstandswert bewertete finanzielle Verbindlichkeiten		
Goldeinlagen	2,0	3,3
Sicht- und Kündigungseinlagekonten	44,9	472,0
Mit Rücknahmvereinbarung veräußerte Wertpapiere	–	17,3
	46,9	492,6
Zinsaufwand insgesamt	2 620,7	6 653,0

22. Bewertungsänderungen netto

Die Nettobewertungsänderungen entstehen ausschließlich bei den ergebniswirksamen Finanzinstrumenten. Die nachstehende Tabelle enthält für 2009 einen Nettobewertungsverlust von SZR 4,6 Mio. infolge von Kreditverlusten bei Ausfall (2010: null).

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Ergebniswirksame Währungsaktiva		
Unrealisierte Wertänderungen von Währungsaktiva	698,6	59,8
Realisierte Gewinne aus Währungsaktiva	53,2	34,8
	751,8	94,6
Ergebniswirksame Währungspassiva		
Unrealisierte Wertänderungen finanzieller Verbindlichkeiten	1 977,4	(1 549,1)
Realisierte Verluste aus finanziellen Verbindlichkeiten	(928,4)	(1 139,6)
	1 049,0	(2 688,7)
Wertänderungen von derivativen Finanzinstrumenten	(1 280,3)	1 412,4
Bewertungsänderungen netto	520,5	(1 181,7)

23. Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Ertrag aus Gebühren und Provisionen	18,8	8,1
Aufwand für Gebühren und Provisionen	(8,1)	(7,7)
Nettoertrag aus Gebühren und Provisionen	10,7	0,4

24. Nettodevisenverlust

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Transaktionsgewinn netto	0,3	11,6
Umrechnungsverlust netto	(17,5)	(20,4)
Nettodevisenverlust	(17,2)	(8,8)

25. Geschäftsaufwand

In der nachfolgenden Tabelle wird der Geschäftsaufwand der Bank in Schweizer Franken (CHF) – der Währung, in der die meisten Ausgaben der Bank anfallen – aufgliedert.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. CHF</i>	2010	2009
Verwaltungsrat		
Honorare	2,3	2,0
Ruhegehälter ehemaliger Verwaltungsratsmitglieder	0,6	0,5
Reisen, auswärtige Sitzungen und sonstige Ausgaben	1,3	1,6
	4,2	4,1
Geschäftsleitung und Personal		
Vergütung	118,8	114,1
Renten	51,8	34,3
Sonstiger Personalaufwand	44,2	45,4
	214,8	193,8
Sachaufwand	73,7	65,8
Verwaltungskosten in Mio. CHF	292,7	263,7
Verwaltungskosten in Mio. SZR	177,7	154,4
Abschreibungen in Mio. SZR	13,1	12,1
Geschäftsaufwand in Mio. SZR	190,8	166,5

In dem am 31. März 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahr hatte die Bank – in Vollzeitstellen umgerechnet – durchschnittlich 540 Beschäftigte (2009: 532).

26. Nettogewinn aus Veräußerung von zur Veräußerung verfügbaren Wertpapieren

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Veräußerungserlöse	3 941,1	4 633,8
Fortgeführte Einstandswerte	(3 835,7)	(4 510,0)
Nettogewinn	105,4	123,8
Davon:		
Realisierte Bruttogewinne	107,7	128,9
Realisierte Bruttoverluste	(2,3)	(5,1)

27. Nettogewinn aus Veräußerung von Goldanlageaktiva

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Veräußerungserlöse	–	102,0
Neu als Einstandswert erachtete Basis (Anmerkung 18B)	–	(25,0)
Realisierter Nettogewinn	–	77,0

28. Ergebnis je Aktie

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

	2010	2009
Reingewinn für das Geschäftsjahr (Mio. SZR)	1 859,8	446,1
Gewichteter Durchschnitt der Anzahl dividendenberechtigter Aktien	546 125	546 125
Unverwässertes und verwässertes Ergebnis je Aktie (SZR je Aktie)	3 405,4	816,8

Für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr werden folgende Dividenden vorgeschlagen: eine ordentliche Dividende von SZR 285 je Aktie (2009: SZR 265) und eine Zusatzdividende von SZR 400 je Aktie (2009: null), insgesamt somit SZR 685 je Aktie (2009: SZR 265).

29. Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente

Für die Mittelflussrechnung gelten als Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente:

31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	1 516,2	915,2
Kündigungskonten	972,6	396,6
Zahlungsmittel und Zahlungsmitteläquivalente insgesamt	2 488,8	1 311,8

30. Steuern

Die besondere rechtliche Stellung der Bank in der Schweiz ist im Wesentlichen im Sitzabkommen mit dem schweizerischen Bundesrat geregelt. Danach ist die Bank in der Schweiz von praktisch allen direkten und indirekten Steuern auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene befreit.

Ähnliche Abkommen bestehen mit der Regierung der Volksrepublik China hinsichtlich der Repräsentanz Asien in der Sonderverwaltungsregion Hongkong und mit der mexikanischen Regierung hinsichtlich der Repräsentanz für den amerikanischen Kontinent.

31. Wechselkurse

Die folgende Tabelle zeigt die wichtigsten Kurse und Preise, die für die Umrechnung von Fremdwährungs- und Goldpositionen in SZR verwendet wurden.

	Kassakurs am 31. März		Durchschnitt im abgeschlossenen Geschäftsjahr	
	2010	2009	2010	2009
USD	0,658	0,670	0,644	0,648
EUR	0,889	0,890	0,909	0,908
JPY	0,00704	0,00677	0,00694	0,00654
GBP	0,998	0,962	1,027	1,088
CHF	0,625	0,590	0,606	0,584
Gold (Unzen)	732,9	614,6	657,4	560,4

32. Außerbilanzielle Geschäfte

Treuhandgeschäfte werden im Namen der Bank, aber im Auftrag und auf Risiko von Kunden ausgeführt, d.h. ohne Regress auf die Bank. Sie werden nicht in der Bilanz ausgewiesen. Dazu gehören:

31. März

Mio. SZR	2010	2009
Depotverwahrung für Kunden	11 115,6	11 082,0
Pfandbestellungsvereinbarungen	88,8	90,0
Portfoliomanagementmandate	8 981,2	6 919,0
Für verschiedene Einleger verwahrte Goldbarren	5 003,9	4 078,9
Insgesamt	25 189,5	22 169,9

In der obenstehenden Tabelle ausgewiesen sind der Nominalwert von Wertpapieren, die im Rahmen von Verwahrungs- und Pfandbestellungsvereinbarungen gehalten werden, sowie der Nettoinventarwert von Portfoliomanagementmandaten. Zu den Portfoliomanagementmandaten gehören auch die BISIP („BIS Investment Pools“, d.h. kollektive Anlagevehikel für Zentralbanken) sowie individuelle Mandate für einzelne Zentralbankkunden.

Die für verschiedene Einleger verwahrten Goldbarren sind zum Goldgewicht in der Bilanz ausgewiesen (zum Goldmarktpreis und zum US-Dollar-Wechselkurs in SZR umgerechnet). Am 31. März 2010 wurden Goldbarren im Gewicht von 212 Tonnen Feingold verwahrt (2009: 212 Tonnen).

Die im Rahmen solcher Vereinbarungen gehaltenen Finanzinstrumente sind bei externen Verwahrstellen – Zentralbanken oder kommerziellen Instituten – hinterlegt.

33. Zusagen

Die Bank stellt eine Reihe fest zugesagter Standby-Fazilitäten für ihre Kunden bereit. Am 31. März 2010 beliefen sich die offenen Zusagen, im Rahmen dieser Standby-Fazilitäten Kredit zu gewähren, auf SZR 4 919,8 Mio. (2009: SZR 8 646,8 Mio.); davon waren SZR 2 420,7 Mio. nicht besichert (2009: SZR 234,5 Mio.).

34. Fair-Value-Hierarchie

Die Bank nimmt für die Fair-Value-Messgrößen ihrer Finanzinstrumente eine hierarchische Einstufung vor, die der Wesentlichkeit der in die Bewertung einfließenden Inputfaktoren Rechnung trägt. Die Bewertung wird auf der niedrigsten Stufe eingeordnet, deren Input für die Fair-Value-Messung als Ganzes erheblich ist. Die Fair-Value-Hierarchie der Bank umfasst folgende Stufen für die Einordnung der Bewertungsinputfaktoren:

Stufe 1 – an aktiven Märkten für identische Finanzinstrumente notierte (unverändert übernommene) Preise

Stufe 2 – Inputfaktoren, bei denen es sich nicht um die auf Stufe 1 berücksichtigten notierten Preise handelt, die sich aber für das Finanzinstrument entweder direkt (d.h. als Preis) oder indirekt (d.h. in Ableitung von Preisen für ähnliche Instrumente) beobachten lassen. Darunter fallen auch beobachtbare Zinssätze, Spreads und Volatilitäten

Stufe 3 – Inputfaktoren für Bewertungsmodelle, die nicht auf beobachtbaren Finanzmarktdaten basieren

A. Zum Fair Value bewertete Aktiva

31. März 2010

Mio. SZR	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Insgesamt
Ergebniswirksame finanzielle Vermögenswerte				
Schatzwechsel	62 644,6	22 070,2	–	84 714,8
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	–	42 305,9	–	42 305,9
Befristete Kredite	–	18 316,0	–	18 316,0
Staats- und andere Wertpapiere	13 354,7	28 685,4	91,4	42 131,5
Derivative Finanzinstrumente	2,5	10 112,2	–	10 114,7
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte				
Staats- und andere Wertpapiere	10 699,4	856,8	–	11 556,2
Zum Fair Value bilanzierte finanzielle Vermögenswerte insgesamt	86 701,2	122 346,5	91,4	209 139,1
Ergebniswirksame finanzielle Verbindlichkeiten				
Währungseinlagen	–	(167 008,6)	–	(167 008,6)
Derivative Finanzinstrumente	(12,6)	(4 174,8)	–	(4 187,4)
Sonstige Verbindlichkeiten (Short-Positionen in Währungsaktiva)	–	(66,0)	–	(66,0)
Zum Fair Value bilanzierte finanzielle Verbindlichkeiten insgesamt	(12,6)	(171 249,4)	–	(171 262,0)

Die Bank erachtet die veröffentlichten Preisnotierungen an aktiven Märkten als die besten Näherungswerte zum Fair Value. Die mithilfe von Preisnotierungen an aktiven Märkten bewerteten Finanzinstrumente werden auf Stufe 1 klassifiziert.

Sind für ein Finanzinstrument keine verlässlichen öffentlichen Preisnotierungen verfügbar, ermittelt die Bank den Fair Value mithilfe von marktüblichen Bewertungsverfahren. Solche Bewertungsverfahren schließen beispielsweise Discounted-Cashflow-Modelle ein sowie andere Standardmethoden zur Ermittlung des Marktwerts. Wenn die Bank Bewertungsmodelle verwendet, ist sie bestrebt, möglichst beobachtbare Markt-Inputdaten zu verwenden. Auf diese Weise bewertete Finanzinstrumente werden auf Stufe 2 klassifiziert.

Ein kleiner Teil der Bewertungen von Finanzinstrumenten der Bank erfolgt mithilfe von Bewertungstechniken, bei denen in erheblichem Maße nicht beobachtbare Inputfaktoren zur Anwendung kommen. Finanzinstrumente, die so bewertet werden, werden auf Stufe 3 klassifiziert. Zu den am 31. März 2009 und 2010 der Stufe 3 zugeordneten Finanzinstrumente gehören illiquide Unternehmensanleihen.

Die Richtigkeit der Bewertungen der Bank wird durch ein unabhängiges Kontrollverfahren sichergestellt, das von der Preiskontrolleinheit durchgeführt wird.

B. Entwicklung der Vermögenswerte und Verbindlichkeiten mit einer Fair-Value-Messgröße auf Stufe 3

31. März 2010

<i>Mio. SZR</i>	Ergebniswirksame finanzielle Vermögenswerte	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte	Insgesamt
Stand am Jahresanfang	566,6	28,5	595,1
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Gewinne bzw. Verluste	109,0	–	109,0
Gewinne bzw. Verluste im Eigenkapital	–	1,0	1,0
Gewinne bzw. Verluste insgesamt	109,0	1,0	110,0
Abgänge	(40,5)	–	(40,5)
Umgliederungen aus Stufe 3	(617,5)	(29,5)	(647,0)
Umgliederungen in Stufe 3	73,8	–	73,8
Stand am Jahresende	91,4	–	91,4
In der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Gewinne bzw. Verluste für am Ende des Berichtszeitraums gehaltene Vermögenswerte und Verbindlichkeiten	28,2	–	28,2

35. Effektive Zinssätze

Der effektive Zinssatz ist der Satz, um den die erwarteten künftigen Zahlungsströme eines Finanzinstruments auf den jeweiligen Buchwert abgezinst werden.

Die nachstehenden Tabellen geben einen Überblick über die effektiven Zinssätze der betreffenden Finanzinstrumente in den wichtigsten Währungen.

31. März 2010

<i>Prozent</i>	USD	EUR	GBP	JPY	Sonstige Währungen
Aktiva					
Goldleihegeschäfte	–	–	–	–	0,49
Schatzwechsel	0,31	0,72	0,49	0,11	2,19
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	0,12	0,21	0,47	0,05	–
Kredite und Darlehen	0,41	0,40	0,51	0,07	0,07
Staats- und andere Wertpapiere	1,96	2,66	2,19	0,66	4,75
Passiva					
Währungseinlagen	1,03	0,73	1,34	0,12	0,28
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,42
Short-Positionen in Währungsaktiva	1,68	–	–	–	–

31. März 2009

<i>Prozent</i>	USD	EUR	GBP	JPY	Sonstige Währungen
Aktiva					
Goldleihegeschäfte	–	–	–	–	0,54
Schatzwechsel	0,88	1,83	0,69	0,23	–
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	0,16	0,62	0,63	0,10	–
Kredite und Darlehen	0,84	1,29	0,87	0,08	0,40
Staats- und andere Wertpapiere	2,50	3,24	3,26	0,86	3,88
Passiva					
Währungseinlagen	2,00	2,00	2,05	0,16	2,05
Goldeinlagen	–	–	–	–	0,38
Short-Positionen in Währungsaktiva	4,96	–	–	–	–

36. Geografische Analyse

A. Verbindlichkeiten insgesamt

31. März

Mio. SZR	2010	2009
Afrika und Europa	93 697,7	109 733,3
Asien-Pazifik-Raum	100 001,4	82 770,5
Nord- und Südamerika	40 988,6	40 344,5
Internationale Organisationen	8 430,3	8 822,5
Insgesamt	243 118,0	241 670,8

B. Außerbilanzielle Positionen

31. März

Mio. SZR	2010	2009
Afrika und Europa	6 107,7	5 361,6
Asien-Pazifik-Raum	17 911,3	16 165,1
Nord- und Südamerika	1 170,5	643,2
Insgesamt	25 189,5	22 169,9

Anmerkung 32 enthält nähere Angaben zu den außerbilanziellen Geschäften der Bank. Eine geografische Analyse der Aktiva der Bank findet sich weiter unten im Abschnitt Risikomanagement (Punkt 3C).

C. Kreditzusagen

31. März

Mio. SZR	2010	2009
Afrika und Europa	2 861,7	1 073,3
Asien-Pazifik-Raum	2 058,1	7 573,5
Nord- und Südamerika	–	–
Insgesamt	4 919,8	8 646,8

Anmerkung 33 enthält nähere Angaben zu den Kreditzusagen der Bank.

37. Nahestehende Personen

Die Bank betrachtet als nahestehend:

- Die Mitglieder des Verwaltungsrats
- Die Mitglieder der obersten Führungsebene der Bank
- Nahe Angehörige dieser Personen
- Unternehmen, die einen erheblichen Einfluss auf ein Mitglied des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene ausüben könnten, sowie Unternehmen, auf die eine dieser Personen erheblichen Einfluss ausüben könnte
- Die Vorsorgeeinrichtungen der Bank
- Zentralbanken, deren Präsident Mitglied des Verwaltungsrats ist, und Institutionen, die mit diesen Zentralbanken verbunden sind

Eine Aufstellung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene findet sich im BIZ-Jahresbericht im Abschnitt "Organisations- und Führungsstruktur der BIZ". Angaben zu den Vorsorgeeinrichtungen der Bank finden sich in Anmerkung 19.

A. Nahestehende natürliche Personen

Die in der Gewinn- und Verlustrechnung verbuchten Vergütungen für die Mitglieder der obersten Führungsebene betragen insgesamt:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. CHF	2010	2009
Gehälter, Zulagen sowie Versicherungsdeckung Krankheit/Unfall	6,9	6,4
Vorsorgeleistungen	1,9	1,7
Vergütungen insgesamt in Mio. CHF	8,8	8,1
Gegenwert SZR	5,5	4,7

Anmerkung 25 enthält Einzelheiten zu den Vergütungen für die Mitglieder des Verwaltungsrats.

Die Bank bietet allen Personalmitgliedern und Verwaltungsratsmitgliedern persönliche Einlagenkonten an. Den Zinssatz für diese Konten bestimmt die Bank gestützt auf den Satz, den die Schweizerische Nationalbank für Personalkonten anbietet. Auf den persönlichen Einlagenkonten der Mitglieder des Verwaltungsrats und der obersten Führungsebene der Bank waren folgende Bewegungen und Guthaben zu verzeichnen:

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. CHF</i>	2010	2009
Stand am Jahresanfang	12,8	18,0
Hereingenommene Einlagen einschl. Zinsgutschriften (nach Abzug der Quellensteuer) und Neueintritte	8,6	3,4
Abhebungen und Austritte	(1,7)	(8,6)
Stand am Jahresende in Mio. CHF	19,7	12,8
Gegenwert SZR	12,3	7,6
Zinsaufwand auf Einlagen in Mio. CHF	0,4	0,7
Gegenwert SZR	0,2	0,4

Die Guthaben von Personen, die während des Geschäftsjahres zu Mitgliedern des Verwaltungsrats oder der obersten Führungsebene der Bank ernannt wurden, sind in der obenstehenden Tabelle in den hereingenommenen Einlagen eingeschlossen. Die Guthaben von Personen, die während des Geschäftsjahres aus dem Verwaltungsrat oder der obersten Führungsebene der Bank ausgeschieden, sind in der obenstehenden Tabelle in den Abhebungen eingeschlossen.

Darüber hinaus führt die Bank gesperrte Einlagenkonten für bestimmte Personalmitglieder, die früher dem Sparfonds der Bank angehörten; dieser wurde am 1. April 2003 geschlossen. Gemäß den Bestimmungen dieser Sperrkonten können die Personalmitglieder keine weiteren Einzahlungen leisten; wenn sie aus der Bank ausscheiden, wird ihnen das Guthaben ausgezahlt. Den Zinssatz für diese Konten bestimmt die Bank gestützt auf den Satz, den die Schweizerische Nationalbank für Personalkonten anbietet, zuzüglich 1%. Am 31. März 2010 betragen die Guthaben auf den Sperrkonten insgesamt SZR 20,0 Mio. (2009: SZR 19,2 Mio.). Sie sind im Bilanzposten „Währungseinlagen“ enthalten.

B. Nahestehende Zentralbanken und verbundene Institutionen

Die BIZ erbringt Bankdienstleistungen für ihre Kunden, vorwiegend Zentralbanken, Währungsbehörden und internationale Finanzorganisationen. Dabei schließt sie im Rahmen des normalen Geschäftsgangs Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen ab. Zu diesen Geschäften gehören die Gewährung von Krediten sowie die Hereinnahme von Währungs- und Goldeinlagen.

Die Konditionen sind bei diesen Geschäften grundsätzlich die gleichen wie bei Geschäften mit nicht verbundenen Kunden.

Währungseinlagen von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Stand am Jahresanfang	50 475,4	53 998,3
Hereingenommene Einlagen	356 011,2	120 912,0
Fälligkeiten, Tilgungen und Fair-Value-Veränderung	(351 789,4)	(123 325,4)
Nettoveränderung bei Kündigungskonten	2 815,4	(1 109,5)
Stand am Jahresende	57 512,6	50 475,4
Anteil an Währungseinlagen insgesamt am Jahresende	29,4%	25,6%

Goldeinlagen von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Stand am Jahresanfang	19 468,7	26 336,1
Hereingenommene Einlagen	40,8	55,0
Nettoabzüge und Goldpreisveränderung	(40,8)	(218,8)
Nettoveränderung bei Gold-Sichtkonten	8 220,0	(6 703,6)
Stand am Jahresende	27 688,7	19 468,7
Anteil an Goldeinlagen insgesamt am Jahresende	86,4%	84,5%

Von nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Stand am Jahresanfang	4 602,5	3 271,9
Platzierte besicherte Einlagen	903 642,0	889 828,4
Fälligkeiten und Fair-Value-Veränderung	(903 301,8)	(888 497,8)
Stand am Jahresende	4 942,7	4 602,5
Anteil an mit Rückgabvereinbarung angekauften Wertpapieren insgesamt am Jahresende	11,7%	11,9%

Sonstige Positionen gegenüber nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die Bank hält Sichtkonten in Währungen bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen. Am 31. März 2010 betrug der Saldo dieser Konten insgesamt SZR 1 417,9 Mio. (2009: SZR 881,5 Mio.). Die Gold-Sichtkonten bei nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen beliefen sich am 31. März 2010 auf insgesamt SZR 41 575,7 Mio. (2009: SZR 22 605,8 Mio.).

Derivatgeschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen

Die BIZ schließt mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen Derivatgeschäfte ab, darunter Devisenkontrakte und Zinsswaps. Der gesamte Nominalwert dieser Geschäfte mit nahestehenden Zentralbanken und verbundenen Institutionen in dem am 31. März 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahr betrug SZR 19 431,3 Mio. (2009: SZR 6 510,0 Mio.).

38. Eventualverbindlichkeiten

Am 31. März 2010 hatte die Bank keine wesentlichen Eventualverbindlichkeiten.

Angemessene Eigenkapitalausstattung

1. Eigenkapital

Die folgende Tabelle stellt die Zusammensetzung des Kernkapitals und des gesamten Eigenkapitals der Bank am 31. März 2010 dar.

31. März		
<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Aktienkapital	683,9	683,9
Statutarische Reserven gemäß Bilanz	10 668,7	10 367,3
Abzüglich: Eigene Aktien	(1,7)	(1,7)
Kernkapital	11 350,9	11 049,5
Gewinn- und Verlustrechnung	1 859,8	446,1
Sonstige Eigenkapitalposten	2 564,6	2 220,3
Eigenkapital insgesamt	15 775,3	13 715,9

Die Bank beurteilt die Angemessenheit ihrer Eigenkapitalausstattung laufend. Die Beurteilung wird durch ein jährliches Kapital- und Geschäftsplanungsverfahren gestützt.

Die Bank hat ein Risikokzept umgesetzt, das der überarbeiteten Rahmenvereinbarung *Internationale Konvergenz der Eigenkapitalmessung und Eigenkapitalanforderungen* (Basel II) entspricht, die der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht im Juni 2006 herausgegeben hat. Die Umsetzung betrifft alle drei Säulen der Rahmenvereinbarung, berücksichtigt jedoch die Besonderheiten von Wirkungskreis und Tätigkeit der Bank. Da die Bank keiner nationalen Bankenaufsicht unterliegt, beschränkt sich die Anwendung der Säule 2 auf die bankeigene Beurteilung der Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung. Diese Beurteilung stützt sich in erster Linie auf eine Methodik, die auf dem ökonomischen Kapital basiert; diese ist umfassender und orientiert sich an einem erheblich höheren Solvenzniveau als die Mindesteigenkapitalanforderungen nach Säule 1 von Basel II.

2. Ökonomisches Kapital

Bei ihrer eigenen Beurteilung der Angemessenheit ihrer Eigenkapitalausstattung stützt sich die Bank auf Berechnungen des ökonomischen Kapitals für das Marktrisiko, das Kreditrisiko, das operationelle Risiko und sonstige Risiken. Mithilfe dieser Berechnungen soll der Betrag an Eigenkapital ermittelt werden, der erforderlich ist, um Verluste aus den bestehenden Engagements zu absorbieren. Dabei wird ein statistisches Konfidenzniveau zugrunde gelegt, das dem Bestreben der Bank Rechnung trägt, ihre Bonität auf höchstem Niveau zu halten. Bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals der Bank für alle Risiken mit Ausnahme der sonstigen Risiken werden ein Konfidenzniveau von 99,995% und eine Haltedauer von einem Jahr angenommen. Das für sonstige Risiken bereitgestellte ökonomische Kapital beruht auf Einschätzungen der Geschäftsleitung über Risiken, die nicht oder nur unvollständig in den Berechnungen des ökonomischen Kapitals der Bank zum Ausdruck kommen.

Nachstehend wird das für das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das operationelle Risiko und sonstige Risiken eingesetzte ökonomische Kapital dargestellt.

31. März		
<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Kreditrisiko	5 659,8	5 673,7
Marktrisiko	2 708,7	3 099,8
Operationelles Risiko	475,0	425,0
Sonstige Risiken	300,0	300,0
Eingesetztes ökonomisches Kapital insgesamt	9 143,5	9 498,5

3. Risikogewichtete Aktiva und Mindestkapitalanforderungen nach Basel II

Die Rahmenvereinbarung Basel II enthält mehrere Ansätze für die Berechnung der risikogewichteten Aktiva und der entsprechenden Mindestkapitalanforderungen. Grundsätzlich werden die Mindestkapitalanforderungen auf 8% der risikogewichteten Aktiva festgesetzt.

Die nachstehende Tabelle fasst die wichtigsten Forderungstypen und Ansätze zusammen und zeigt die risikogewichteten Aktiva und die Mindestkapitalanforderungen für das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko.

31. März		2010			2009		
	Verwendeter Ansatz	Betrag der Position	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)	Betrag der Position	Risikogewichtete Aktiva (A)	Mindestkapitalanforderung (B)
<i>Mio. SZR</i>							
Kreditrisiko							
Forderungen an Staaten, Banken und Unternehmen	Fortgeschrittener IRB-Ansatz: (B) berechnet als (A) x 8%	207 871,9	9 027,4	722,2	225 017,7	10 114,8	809,2
Verbriefungspositionen, extern verwaltete Portfolios und sonstige Aktiva	Standardansatz: (B) berechnet als (A) x 8%	2 820,7	1 159,5	92,8	3 342,2	1 291,0	103,3
Marktrisiko							
Positionen mit Fremdwährungs- und Goldpreisrisiko	Auf internen Marktrisikomodellen beruhender Ansatz: (A) berechnet als (B)/8%	–	10 768,1	861,4	–	15 783,5	1 262,7
Operationelles Risiko							
	Fortgeschrittener Messansatz: (A) berechnet als (B)/8%	–	2 256,3	180,5	–	2 250,0	180,0
Insgesamt			23 211,3	1 856,9		29 439,3	2 355,2

Beim Kreditrisiko verwendet die Bank für die meisten Forderungspositionen den fortgeschrittenen auf internen Ratings basierenden Ansatz (IRB-Ansatz). Bei diesem Ansatz wird das Risikogewicht eines Geschäfts mithilfe der einschlägigen Risikogewichtsfunktion von Basel II bestimmt; für die wichtigsten Parameter kommen eigene Schätzungen der Bank zur Anwendung. Darüber hinaus wendet die Bank für bestimmte Positionen den Standardansatz an. Bei diesem Ansatz werden Risikogewichte nach Forderungstyp zugeordnet.

Die risikogewichteten Aktiva für das Marktrisiko werden mithilfe eines auf internen Marktrisikomodellen beruhenden Ansatzes ermittelt. Beim operationellen Risiko wird der fortgeschrittene Messansatz angewandt. Beide Ansätze stützen sich auf Value-at-Risk-Methoden (VaR-Methoden).

Die Mindestkapitalanforderungen werden aus den VaR-Werten abgeleitet und in risikogewichtete Aktiva umgerechnet, unter Berücksichtigung der Mindestanforderung von 8%.

Weitere Einzelheiten über die Annahmen, die den Berechnungen zugrunde liegen, finden sich in den Abschnitten über das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko.

4. Kernkapitalquote

Die Kernkapitalquote misst die Angemessenheit der Eigenkapitalausstattung als Quotient von Kernkapital und risikogewichteten Aktiva. Die nachstehende Tabelle zeigt die Kernkapitalquote der Bank entsprechend Basel II.

31. März		
<i>Mio. SZR</i>	2010	2009
Kernkapital	11 350,9	11 049,5
Abzüglich: Erwarteter Verlust	–	(13,9)
Kernkapital bereinigt um erwarteten Verlust (A)	11 350,9	11 035,6
Risikogewichtete Aktiva insgesamt (B)	23 211,3	29 439,3
Kernkapitalquote (A)/(B)	48,9%	37,5%

Gemäß Basel II wird der erwartete Verlust für Kreditrisikopositionen berechnet, die dem fortgeschrittenen IRB-Ansatz unterliegen. Der erwartete Verlust wird am Bilanzstichtag berechnet, unter Berücksichtigung der Wertberichtigung, die im Jahresabschluss der Bank ausgewiesen wird. Einzelheiten zu dieser Wertberichtigung finden sich in Anmerkung 2. Entsprechend den Anforderungen von Basel II wird der erwartete Verlust mit der Wertberichtigung verglichen, und ein etwaiger Fehlbetrag wird vom Kernkapital der Bank abgezogen. Am 31. März 2010 überstieg die Wertminderung den erwarteten Verlust.

Die Bank sorgt für eine sehr hohe Bonität und führt, unter Berücksichtigung ihrer besonderen Merkmale, eine umfassende Eigenkapitalbeurteilung durch. Ihre Eigenkapitalposition liegt daher beträchtlich über den Mindestanforderungen.

Risikomanagement

1. Risiken, denen die Bank ausgesetzt ist

Die Bank unterstützt ihre Kunden – hauptsächlich Zentralbanken, Währungsbehörden und internationale Finanzorganisationen – bei der Verwaltung ihrer Reserven und den damit verbundenen Finanzgeschäften.

Das Bankgeschäft der BIZ ist ein wesentliches Element bei der Erfüllung ihrer Ziele, und es gewährleistet ihre Finanzkraft und Unabhängigkeit. Die BIZ tätigt sowohl Bankgeschäfte für ihre Kunden als auch solche im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals. Bei beiden Arten von Geschäften können finanzielle Risiken wie Kredit-, Markt- und Liquiditätsrisiken entstehen. Die Bank ist ferner operationellen Risiken ausgesetzt.

Innerhalb des vom Verwaltungsrat festgelegten Risikokonzepts hat die Geschäftsleitung der Bank Risikomanagementgrundsätze erarbeitet, die sicherstellen sollen, dass Risiken erkannt, adäquat gemessen und begrenzt wie auch überwacht und gemeldet werden.

2. Risikomanagement: Allgemeine Grundsätze und Organisation

Allgemeine Grundsätze

Die Bank sorgt für eine sehr hohe Bonität und nimmt hinsichtlich des Eingehens finanzieller Risiken eine vorsichtige Haltung ein, indem sie

- Eine außergewöhnlich starke Eigenkapitalposition unterhält
- Ihre Aktiva vorwiegend in erstklassigen Finanzinstrumenten anlegt
- Ihre Aktiva nach Möglichkeit unter verschiedenen Sektoren diversifiziert
- Beim Eingehen von taktischen Marktrisiken konservativ vorgeht und die mit ihren strategischen Positionen (darunter ihren Goldbeständen) verbundenen Marktrisiken vorsichtig handhabt
- Auf hohe Liquidität achtet

A. Organisation

Gemäß Artikel 39 der Statuten der Bank ist der Generaldirektor gegenüber dem Verwaltungsrat für die Leitung der Bank verantwortlich; dabei wird er vom Stellvertretenden Generaldirektor unterstützt. Der Stellvertretende Generaldirektor ist für das unabhängige Risikocontrolling und die Compliance verantwortlich. Der Generaldirektor und der Stellvertretende Generaldirektor werden durch beratende Managementausschüsse unterstützt.

Die wichtigsten beratenden Ausschüsse sind der Exekutivausschuss, der Finanzausschuss sowie der Ausschuss Compliance und Operationelles Risiko. Vorsitzender der beiden erstgenannten Ausschüsse ist der Generaldirektor, Vorsitzender des dritten der Stellvertretende Generaldirektor. Alle drei Ausschüsse setzen sich aus hochrangigen Mitgliedern des Managements der Bank zusammen. Der Exekutivausschuss berät den Generaldirektor in erster Linie bei der strategischen Planung und Ressourcenallokation der Bank, ferner bei Beschlüssen über die allgemeinen finanziellen Ziele des Bankgeschäfts und über die Handhabung des operationellen Risikos. Der Finanzausschuss berät den Generaldirektor bei der Verwaltung der Finanzmittel und in Grundsatzfragen des Bankgeschäfts, einschließlich der Allokation von ökonomischem Kapital auf die Risikokategorien. Der Ausschuss Compliance und Operationelles Risiko fungiert als beratender Ausschuss für den Stellvertretenden Generaldirektor; er sorgt für die bankweite Koordinierung von Compliance-Angelegenheiten und der Handhabung des operationellen Risikos.

Für die unabhängige Risikokontrolle von finanziellen Risiken ist die Abteilung Risikocontrolling verantwortlich. Die unabhängige Kontrolle des operationellen Risikos wird gemeinsam von der Abteilung Risikocontrolling, die für die Quantifizierung der operationellen Risiken zuständig ist, und der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko wahrgenommen. Beide Abteilungen unterstehen direkt dem Stellvertretenden Generaldirektor.

Die Compliance-Funktion wird von der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko wahrgenommen. Ziel ist es, hinreichend sicherzustellen, dass die Tätigkeiten der BIZ und ihres Personals im Einklang stehen mit anwendbaren Gesetzen und Verordnungen, den BIZ-Statuten, dem Verhaltenskodex der Bank, sonstigen internen Vorschriften und Grundsätzen sowie den einschlägigen Praxisempfehlungen.

Die Abteilung Compliance und Operationelles Risiko identifiziert und beurteilt Compliance-Risiken und sensibilisiert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für Compliance-Fragen. Der Leiter der Abteilung hat eine direkte Berichtslinie zum Revisionskomitee, einem beratenden Ausschuss des Verwaltungsrats.

Finanzwesen und Rechtsdienst ergänzen das Risikomanagement der Bank. Der Abteilung Finanzwesen obliegt die Durchführung einer unabhängigen Bewertungskontrolle, sie erstellt die Finanzausweise der Bank und kontrolliert ihre Ausgaben durch Erstellen und Überwachen des Jahresbudgets. Die unabhängige Bewertungskontrolle soll sicherstellen, dass die Bewertungen der Bank gemäß ihren Bewertungsgrundsätzen und -verfahren erfolgen und dass die Verfahren, die die Bewertungen der Bank beeinflussen, Best-Practice-Richtlinien entsprechen. Das Finanzwesen untersteht direkt dem Generalsekretär.

Der Rechtsdienst gibt bei vielfältigen Fragen im Zusammenhang mit der Tätigkeit der Bank Rat und Unterstützung aus juristischer Perspektive. Der Rechtsdienst untersteht direkt dem Generaldirektor.

Die Interne Revision überprüft die bankinternen Kontrollverfahren und berichtet darüber, inwieweit sie mit den internen Standards im Einklang stehen und bewährter Praxis im Finanzsektor folgen. Zur Internen Revision gehört auch die Überprüfung der Risikomanagementverfahren, der internen Kontrollsysteme, der Informationssysteme und der Entscheidungsprozesse. Die Interne Revision hat eine direkte Berichtslinie zum Revisionskomitee und untersteht dem Generaldirektor und dem Stellvertretenden Generaldirektor.

B. Risikoüberwachung und Berichterstattung

Das Risikoprofil, die Risikoposition und die Performance der Bank hinsichtlich der finanziellen und operationellen Risiken werden von den zuständigen Abteilungen fortlaufend überwacht. Regelmäßig werden Berichte über finanzielle Risiken und Compliance für verschiedene Managementebenen erstellt, damit die Geschäftsleitung das Risikoprofil und die Finanzlage der Bank hinreichend einschätzen kann.

Die Geschäftsleitung legt die Finanz- und Risikoinformationen alle zwei Monate dem Verwaltungsrat vor. Ferner erhält das Revisionskomitee regelmäßige Berichte von der Internen Revision, der Abteilung Compliance und Operationelles Risiko sowie dem Finanzwesen. Das Bankgeschäfts- und Risikomanagementkomitee, ein weiterer beratender Ausschuss des Verwaltungsrats, erhält einen jährlichen Bericht von der Abteilung Risikocontrolling. Für die Erstellung von Berichten gelten umfassende Grundsätze und Verfahren, die eine strenge Kontrolle gewährleisten.

C. Risikomanagementverfahren

Für die Bewertung ihrer Finanzinstrumente und die Messung des Risikos für ihren Reingewinn und ihr Eigenkapital bedient sich die Bank einer ganzen Reihe quantitativer Verfahren. Diese überprüft sie mit Blick auf das sich wandelnde Risikoumfeld und die Weiterentwicklung der Best-Practice-Standards.

In den Modellvalidierungsgrundsätzen der Bank werden Rollen und Verantwortlichkeiten sowie Abläufe für die Einführung neuer oder wesentlich veränderter Risikomodelle definiert.

Eine zentrale Methode der Bank für die Messung und Handhabung von Risiken ist die Berechnung des ökonomischen Kapitals mithilfe von Value-at-Risk-Techniken (VaR-Techniken). Der VaR drückt die statistische Schätzung eines maximalen Verlusts – gestützt auf ein bestimmtes Konfidenzniveau und einen vorgegebenen Zeithorizont – für die aktuellen Positionen der Bank aus.

Das berechnete ökonomische Kapital der Bank ist eine Messgröße für den Betrag an Eigenkapital, der erforderlich ist, um Verluste aus den bestehenden Engagements zu

absorbieren. Dabei wird ein statistisches Konfidenzniveau zugrunde gelegt, das dem Bestreben der Bank Rechnung trägt, ihre Bonität auf höchstem Niveau zu halten.

Die Bank beurteilt die Angemessenheit ihrer Eigenkapitalausstattung auf der Basis der Berechnungen des ökonomischen Kapitals für das Marktrisiko, das Kreditrisiko, das operationelle Risiko und sonstige Risiken, ergänzt durch Sensitivitäts- und Risikofaktoranalysen. Bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals der Bank werden ein Konfidenzniveau von 99,995% und eine Haltedauer von einem Jahr angenommen.

Die Bank stellt ökonomisches Kapital für die obengenannten Risikokategorien bereit. Zusätzliches ökonomisches Kapital wird aufgrund von Einschätzungen der Geschäftsleitung über Risiken bereitgestellt, die nicht oder nur unvollständig in den Berechnungen des ökonomischen Kapitals zum Ausdruck kommen.

Umfassende Stresstests ergänzen die Risikoeinschätzung der Bank, einschließlich ihrer Berechnungen von VaR und ökonomischem Kapital für finanzielle Risiken. Diese Tests werden für die zentralen Marktrisikofaktoren und die wichtigsten Kreditengagements der Bank durchgeführt. Die Stresstestverfahren schließen die Analyse historischer Krisen und hypothetischer negativer Wirtschaftsszenarien sowie Sensitivitätstests extremer, aber plausibler Veränderungen der wichtigsten identifizierten Risikofaktoren ein. Überdies führt die Bank Stresstests für das Liquiditätsrisiko durch.

3. Kreditrisiko

Kreditrisiko entsteht, weil eine Gegenpartei möglicherweise ihren Verpflichtungen gemäß den vereinbarten vertraglichen Konditionen nicht nachkommt.

Die Bank steuert das Kreditrisiko mithilfe von Grundsätzen und Regeln, die der Verwaltungsrat und die Geschäftsleitung aufgestellt haben. Diese werden durch detailliertere Richtlinien und Arbeitsanweisungen auf Ebene des unabhängigen Risikocontrollings ergänzt.

A. Einschätzung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko wird kontinuierlich für die einzelnen Gegenparteien und auf aggregierter Basis überwacht. Im Rahmen des unabhängigen Risikocontrollings werden Bonitätsbeurteilungen der einzelnen Gegenparteien durchgeführt. Hierfür besteht ein genau festgelegtes internes Ratingverfahren mit 18 Ratingklassen. In diesem Verfahren werden die Finanzausweise der Gegenparteien und relevante Marktinformationen analysiert. Die Ratingmethode hängt von der Art der Gegenpartei ab. Gestützt auf das interne Rating und die besonderen Merkmale der Gegenpartei legt die Bank eine Reihe von Kreditlimits für die einzelnen Gegenparteien und Länder fest. Jede Gegenpartei erhält ein internes Rating. Grundsätzlich werden die Ratings und die entsprechenden Limits

mindestens einmal jährlich überprüft. Das wichtigste Beurteilungskriterium bei diesen Überprüfungen ist die Fähigkeit der Gegenparteien, ihre Verpflichtungen für Zins- und Tilgungszahlungen fristgemäß zu erfüllen.

Die Kreditrisikolimits für die einzelnen Gegenparteien werden von der Geschäftsleitung der Bank in einem vom Verwaltungsrat vorgegebenen Rahmen genehmigt.

Das Kreditrisiko, einschließlich Ausfall- und Transferrisiko, wird aggregiert und gestützt auf die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko gemessen, überwacht und begrenzt. Bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko verwendet die Bank ein Portfolio-VaR-Modell. Die Geschäftsleitung begrenzt das gesamte von der Bank eingegangene Kreditrisiko durch die Zuweisung von ökonomischem Kapital.

B. Minderung des Kreditrisikos

Das Kreditrisiko wird durch den Einsatz von Sicherheiten und durch rechtlich durchsetzbare Netting- oder Aufrechnungsvereinbarungen gemindert. Die entsprechenden Aktiva und Passiva werden in der Bilanz nicht gegeneinander aufgerechnet.

Im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften, bestimmten Derivatkontrakten und beanspruchten Fazilitäten nimmt die Bank Sicherheiten herein; damit mindert sie das Ausfallrisiko im Einklang mit den entsprechenden Grundsätzen und Verfahren. Der Wert der Sicherheiten wird fortlaufend überwacht; wenn erforderlich, werden zusätzliche Sicherheiten verlangt.

Das Erfüllungsrisiko mindert die Bank, indem sie etablierte Clearingzentren verwendet und die Transaktionen wenn möglich Zug um Zug (Lieferung gegen Zahlung) abwickelt. Die Tageslimits für das Erfüllungsrisiko werden fortlaufend überwacht.

C. Ausfallrisiko

Die Werte in den Tabellen beruhen auf dem Buchwert der bilanzwirksamen Forderungen, aufgegliedert nach Sektor, Region und Bonität. Bei Gold und Goldleihegeschäften wird in Verwahrung gehaltenes Gold ausgeklammert, bei den kurzfristigen Forderungen werden bereits eingegangene, aber noch nicht abgerechnete Verbindlichkeiten nicht berücksichtigt, da diese Posten kein Kreditrisiko für die Bank darstellen. Der Buchwert entspricht dem Fair Value der Finanzinstrumente, einschließlich Derivaten, außer bei sehr kurzfristigen Finanzinstrumenten (Sicht- und Kündigungskonten) und Gold, die zum fortgeführten Einstandswert, bereinigt um etwaige Wertminderungen, ausgewiesen werden. Zusagen werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Ausfallrisiko nach Art der Forderung und des Schuldners

In den nachstehenden Tabellen werden gehaltene Sicherheiten oder sonstige der Bank zur Verfügung stehende Kreditabsicherungen nicht berücksichtigt.

31. März 2010	Staaten und Zentralbanken	Öffentlicher Sektor	Banken	Unternehmen	Verbriefung	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>						
Bilanzwirksam						
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	1 419,9	–	96,3	–	–	1 516,2
Gold und Goldleihegeschäfte	–	–	1 440,6	23,5	–	1 464,1
Schatzwechsel	84 714,8	–	–	–	–	84 714,8
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	4 942,7	–	35 497,5	1 865,7	–	42 305,9
Kredite und Darlehen	2 887,0	655,4	15 746,2	–	–	19 288,6
Staats- und andere Wertpapiere	24 325,0	12 411,4	12 464,5	2 378,4	2 108,4	53 687,7
Derivate	48,7	139,1	9 926,1	0,8	–	10 114,7
Kurzfristige Forderungen	182,6	–	378,8	9,4	–	570,8
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	118 520,7	13 205,9	75 550,0	4 277,8	2 108,4	213 662,8
Zusagen						
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	2 420,7	–	–	–	–	2 420,7
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	2 499,1	–	–	–	–	2 499,1
Zusagen insgesamt	4 919,8	–	–	–	–	4 919,8
Risiken insgesamt	123 440,5	13 205,9	75 550,0	4 277,8	2 108,4	218 582,6

31. März 2009	Staaten und Zentralbanken	Öffentlicher Sektor	Banken	Unternehmen	Verbriefung	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>						
Bilanzwirksam						
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	884,6	–	30,6	–	–	915,2
Gold und Goldleihegeschäfte	–	–	2 672,1	138,3	–	2 810,4
Schatzwechsel	96 421,9	–	–	–	–	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	4 691,5	–	32 970,0	932,9	–	38 594,4
Kredite und Darlehen	7 542,6	502,0	10 468,1	–	–	18 512,7
Staats- und andere Wertpapiere	20 437,1	11 889,9	19 161,3	1 849,3	2 426,1	55 763,7
Derivate	102,0	49,9	13 597,2	–	–	13 749,1
Kurzfristige Forderungen	–	–	722,5	11,0	–	733,5
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	130 079,7	12 441,8	79 621,8	2 931,5	2 426,1	227 500,9
Zusagen						
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	234,5	–	–	–	–	234,5
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	8 412,3	–	–	–	–	8 412,3
Zusagen insgesamt	8 646,8	–	–	–	–	8 646,8
Risiken insgesamt	138 726,5	12 441,8	79 621,8	2 931,5	2 426,1	236 147,7

Die Aktiva der Bank sind überwiegend in Wertpapieren angelegt, die von den G10-Staaten und von Finanzinstituten emittiert wurden, die von mindestens einer der großen Ratingagenturen ein Rating von A– oder darüber erhalten haben. Da die Zahl der erstklassigen Schuldner in diesen Sektoren begrenzt ist, ist die Bank einem Einzelkreditnehmer-Konzentrationsrisiko ausgesetzt.

Ausfallrisiko nach Region

In den nachstehenden Tabellen werden gehaltene Sicherheiten oder sonstige der Bank zur Verfügung stehende Kreditabsicherungen nicht berücksichtigt.

31. März 2010

Mio. SZR	Afrika und Europa	Asien-Pazifik-Raum	Nord- und Südamerika	Internationale Organisationen	Insgesamt
Bilanzwirksam					
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	1 425,4	0,8	90,0	–	1 516,2
Gold und Goldleihegeschäfte	967,5	258,8	237,8	–	1 464,1
Schatzwechsel	43 846,7	40 642,0	226,1	–	84 714,8
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	37 363,3	4 777,9	164,7	–	42 305,9
Kredite und Darlehen	14 323,0	3 554,4	822,5	588,7	19 288,6
Staats- und andere Wertpapiere	33 323,6	4 219,2	9 656,9	6 488,0	53 687,7
Derivate	7 106,0	237,3	2 771,4	–	10 114,7
Kurzfristige Forderungen	99,7	91,6	379,5	–	570,8
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	138 455,2	53 782,0	14 348,9	7 076,7	213 662,8
Zusagen					
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	2 223,4	197,3	–	–	2 420,7
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	638,3	1 860,8	–	–	2 499,1
Zusagen insgesamt	2 861,7	2 058,1	–	–	4 919,8
Risiken insgesamt	141 316,9	55 840,1	14 348,9	7 076,7	218 582,6

31. März 2009

Mio. SZR	Afrika und Europa	Asien-Pazifik-Raum	Nord- und Südamerika	Internationale Organisationen	Insgesamt
Bilanzwirksam					
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	882,9	0,4	31,9	–	915,2
Gold und Goldleihegeschäfte	2 087,9	345,1	377,4	–	2 810,4
Schatzwechsel	45 541,2	43 128,2	7 752,5	–	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	33 522,9	4 273,9	797,6	–	38 594,4
Kredite und Darlehen	13 573,1	2 417,3	2 278,7	243,6	18 512,7
Staats- und andere Wertpapiere	32 430,8	5 750,7	11 008,1	6 574,1	55 763,7
Derivate	9 835,8	185,4	3 727,9	–	13 749,1
Kurzfristige Forderungen	232,5	119,0	382,0	–	733,5
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	138 107,1	56 220,0	26 356,1	6 817,7	227 500,9
Zusagen					
Nicht beanspruchte unbesicherte Fazilitäten	33,5	201,0	–	–	234,5
Nicht beanspruchte besicherte Fazilitäten	1 039,8	7 372,5	–	–	8 412,3
Zusagen insgesamt	1 073,3	7 573,5	–	–	8 646,8
Risiken insgesamt	139 180,4	63 793,5	26 356,1	6 817,7	236 147,7

Die Gliederung basiert auf dem Sitzland jeder juristischen Person.

Ausfallrisiko nach Kategorie der finanziellen Vermögenswerte

In den nachstehenden Tabellen werden gehaltene Sicherheiten oder sonstige der Bank zur Verfügung stehende Kreditabsicherungen nicht berücksichtigt.

31. März 2010

Mio. SZR	AAA	AA	A	BBB	BB und darunter	Ohne Rating	Insgesamt
Bilanzwirksam							
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	1 418,2	6,6	90,7	0,6	–	0,1	1 516,2
Gold und Goldleihegeschäfte	–	347,4	1 093,2	23,5	–	–	1 464,1
Schatzwechsel	29 892,4	45 901,5	8 920,9	–	–	–	84 714,8
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	164,8	9 935,1	32 206,0	–	–	–	42 305,9
Kredite und Darlehen	1 731,9	3 962,9	12 705,2	230,8	657,8	–	19 288,6
Staats- und andere Wertpapiere	33 369,9	12 306,2	7 710,4	301,2	–	–	53 687,7
Derivate	147,4	1 563,4	8 365,3	1,4	37,2	–	10 114,7
Kurzfristige Forderungen	467,7	91,6	–	–	–	11,5	570,8
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	67 192,3	74 114,7	71 091,7	557,5	695,0	11,6	213 662,8
<i>Anteil</i>	<i>31,4%</i>	<i>34,7%</i>	<i>33,3%</i>	<i>0,3%</i>	<i>0,3%</i>	<i>–</i>	<i>100%</i>
Zusagen							
Unbesichert	2 223,4	–	–	197,3	–	–	2 420,7
Besichert	219,1	468,3	700,1	871,7	239,9	–	2 499,1
Zusagen insgesamt	2 442,5	468,3	700,1	1 069,0	239,9	–	4 919,8
Risiken insgesamt	69 634,8	74 583,0	71 791,8	1 626,5	934,9	11,6	218 582,6

31. März 2009

	AAA	AA	A	BBB	BB und darunter	Ohne Rating	Insgesamt
<i>Mio. SZR</i>							
Bilanzwirksam							
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	883,3	4,6	5,8	0,4	–	21,1	915,2
Gold und Goldleihegeschäfte	–	685,9	1 986,2	138,3	–	–	2 810,4
Schatzwechsel	38 974,5	48 490,5	8 956,9	–	–	–	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	328,6	18 359,8	19 816,9	89,1	–	–	38 594,4
Kredite und Darlehen	4 482,1	3 403,7	7 322,8	167,5	3 136,6	–	18 512,7
Staats- und andere Wertpapiere	32 972,5	13 715,2	8 988,2	87,8	–	–	55 763,7
Derivate	383,8	1 999,4	11 268,0	–	97,9	–	13 749,1
Kurzfristige Forderungen	397,7	–	221,5	103,3	–	11,0	733,5
Bilanzwirksame Risiken insgesamt	78 422,5	86 659,1	58 566,3	586,4	3 234,5	32,1	227 500,9
<i>Anteil</i>	<i>34,5%</i>	<i>38,1%</i>	<i>25,8%</i>	<i>0,2%</i>	<i>1,4%</i>	<i>–</i>	<i>100%</i>
Zusagen							
Unbesichert	–	–	–	234,5	–	–	234,5
Besichert	–	2 432,9	4 178,5	1 572,3	228,6	–	8 412,3
Zusagen insgesamt	–	2 432,9	4 178,5	1 806,8	228,6	–	8 646,8
Risiken insgesamt	78 422,5	89 092,0	62 744,8	2 393,2	3 463,1	32,1	236 147,7

Die Ratings entsprechen den internen Ratings der Bank, angegeben als äquivalente externe Ratings. Die Positionen der Bank haben überwiegend ein Rating von mindestens A–.

Eine finanzielle Forderung gilt als überfällig, wenn die Gegenpartei eine Zahlung zum vertraglich vereinbarten Termin nicht leistet. Die Bank bewertet nahezu alle ihre finanziellen Vermögenswerte (Forderungen) täglich neu zum Fair Value und überprüft die Bewertungen monatlich, wobei etwaige Wertberichtigungen berücksichtigt werden.

Die Goldleihegeschäfte enthalten eine Wertberichtigung von SZR 23,5 Mio., die aufgrund einer Überprüfung auf Wertminderungen per 31. März 2010 vorgenommen wurde (31. März 2009: SZR 18,3 Mio.). Die Erhöhung der Wertberichtigung in dem am 31. März 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahr ist auf Goldpreisveränderungen zurückzuführen.

D. Kreditrisikominderung und Sicherheiten

31. März	2010		2009	
	Fair Value der betreffenden Kontrakte	Fair Value der Sicherheiten	Fair Value der betreffenden Kontrakte	Fair Value der Sicherheiten
<i>Mio. SZR</i>				
Sicherheit erhalten für				
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	34 301,6	35 055,3	33 625,0	33 725,5
Kredite und Darlehen	1 512,8	2 170,6	3 136,5	5 013,4
Derivate	4 144,6	4 425,2	4 957,3	4 542,4
Insgesamt	39 959,0	41 651,1	41 718,8	43 281,3

Die Bank hatte per 31. März 2010 keine Sicherheiten für ihre Derivatkontrakte gestellt (2009: null).

Die vorstehende Tabelle zeigt die von der Bank erhaltenen Sicherheiten. Ausgeklammert sind Geschäfte, die noch abgewickelt werden müssen (d.h., bei denen bislang weder Geld noch Sicherheiten ausgetauscht wurden). Die Bank erhält Sicherheiten im Rahmen von Reverse-Repo-Geschäften und von Besicherungsvereinbarungen für bestimmte Derivate. Die Bank ist berechtigt, diese Sicherheiten zu veräußern oder weiterzuverpfänden, sie muss bei Ablauf der Vereinbarung jedoch gleichwertige Finanzinstrumente liefern. Darüber hinaus gewährt die Bank ihren Kunden besicherte Kredite und Darlehen im Rahmen von Standby-Fazilitäten (mit oder ohne feste Zusage).

Für derivative Finanzinstrumente akzeptiert die Bank Staatspapiere als Sicherheit. Anerkennungsfähige Sicherheiten für Reverse Repos sind Wertpapiere von Staaten, supranationalen Organisationen und US-„Agencies“. Anerkennungsfähige Sicherheiten für Kredite und Darlehen sind u.a. Währungseinlagen bei der Bank und BISIP-Anteile sowie Wertpapiere in den von der BIZ verwalteten Portfolios. Am 31. März 2010 beliefen sich die unbeanspruchten fest zugesagten Fazilitäten, die gegen Besicherung gezogen werden könnten, auf insgesamt SZR 2 499,1 Mio. (2009: SZR 8 412,3 Mio.).

Infolge des Ausfalls einer Gegenpartei in dem am 31. März 2009 abgeschlossenen Geschäftsjahr wurden US-Schatzwechsel im Wert von SZR 735,5 Mio., die als Sicherheit gehalten worden waren, eingezogen und veräußert. In dem am 31. März 2010 abgeschlossenen Geschäftsjahr kam es zu keinem Ausfall, sodass die Bank im Berichtszeitraum keine Sicherheiten einzog.

E. Ökonomisches Kapital für das Kreditrisiko

Die Bank berechnet das ökonomische Kapital für das Kreditrisiko mithilfe einer auf einem Portfolio-VaR-Modell basierenden VaR-Methode, unter Annahme eines Zeithorizonts von einem Jahr und eines Konfidenzniveaus von 99,995%. Die nachstehende Tabelle zeigt die Kennzahlen zum Kreditrisiko der Bank, gemessen in ökonomischem Kapital für die letzten beiden Geschäftsjahre.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März	2010				2009			
	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März
<i>Mio. SZR</i>								
Für das Kreditrisiko eingesetztes ökonomisches Kapital	5 653,2	6 072,9	5 110,5	5 659,8	6 080,1	6 596,3	5 389,1	5 673,7

F. Mindestkapitalanforderung für das Kreditrisiko

Forderungen an Staaten, Banken und Unternehmen

Für die Berechnung der risikogewichteten Aktiva bei den Forderungen an Banken, Staaten und Unternehmen verwendet die Bank überwiegend einen Ansatz, der dem fortgeschrittenen IRB-Ansatz entspricht.

Grundsätzlich werden in diesem Ansatz die risikogewichteten Aktiva so bestimmt, dass die Kreditpositionen mit den Risikogewichten multipliziert werden, die aus der einschlägigen Risikogewichtsfunktion von Basel II abgeleitet werden. Für die wichtigsten Parameter kommen bankeigene Schätzungen zur Anwendung, die auch für die Berechnung des ökonomischen Kapitals für das Kreditrisiko von Bedeutung sind.

Der maßgebliche Forderungsbetrag einer Transaktion oder Position wird als Forderung bei Ausfall („exposure at default“, EAD) bezeichnet. Die Bank ermittelt die EAD als Nominalbetrag aller Kreditforderungen in und außerhalb der Bilanz, ausgenommen Derivate. Für Derivate wird die EAD mithilfe eines Ansatzes berechnet, der der internen Modellmethode gemäß Basel II entspricht. Dabei werden die effektiven erwarteten positiven Forderungsbeträge ermittelt und – wie in der Rahmenvereinbarung angegeben – mit einem Faktor Alpha multipliziert.

Die wichtigsten Parameter der Risikogewichtsfunktion sind die geschätzte einjährige Ausfallwahrscheinlichkeit eines Schuldners sowie die geschätzte Verlustquote und die Restlaufzeit einer Transaktion.

Infolge der hohen Kreditqualität der Forderungen der BIZ und des konservativen Kreditrisikomanagements ist die Bank nicht in der Lage, Ausfallwahrscheinlichkeiten und Verlustquoten aufgrund eigener Daten zu schätzen. Die Bank kalibriert die Schätzungen der Ausfallwahrscheinlichkeiten daher mittels Zuordnung interner Ratingklassen zu externen Bonitätsbeurteilungen und Berücksichtigung externer Ausfalldaten. Ebenso werden die Schätzungen der Verlustquoten aus externen Daten abgeleitet und gegebenenfalls entsprechend der risikomindernden Wirkung von erhaltenen Sicherheiten angepasst. Dabei werden die Marktpreisvolatilität sowie die Häufigkeit von Nachschubberechnungen und Neubewertungen berücksichtigt.

Die nachstehende Tabelle zeigt die Berechnung der risikogewichteten Aktiva im Einzelnen. Die Positionen werden unter Berücksichtigung von Nettingvereinbarungen und Besicherungen gemessen. Im Gesamtbetrag der in der Tabelle aufgeführten Positionen am 31. März 2010 sind Zinskontrakte im Betrag von SZR 4 687,7 Mio. (2009: SZR 7 024,8 Mio.) sowie Währungs- und Goldkontrakte im Betrag von SZR 6 028,4 Mio. (2009: SZR 5 108,0 Mio.) enthalten.

31. März 2010

Interne Ratingklasse, angegeben als äquivalentes externes Rating	Maßgeblicher Forderungsbetrag	Forderungsgewichtete durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit	Forderungsgewichtete durchschnittliche Verlustquote	Forderungsgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht	Risikogewichtete Aktiva
Prozent/Mio. SZR	Mio. SZR	%	%	%	Mio. SZR
AAA	64 185,5	0,006	31,8	2,7	1 705,0
AA	70 006,0	0,02	28,3	3,8	2 689,4
A	70 804,3	0,06	21,0	5,9	4 147,2
BBB	1 916,2	0,31	16,9	12,0	230,8
BB und darunter	959,9	9,85	6,2	26,6	255,0
Insgesamt	207 871,9				9 027,4

31. März 2009

Interne Ratingklasse, angegeben als äquivalentes externes Rating	Maßgeblicher Forderungsbetrag	Forderungsgewichtete durchschnittliche Ausfallwahrscheinlichkeit	Forderungsgewichtete durchschnittliche Verlustquote	Forderungsgewichtetes durchschnittliches Risikogewicht	Risikogewichtete Aktiva
Prozent/Mio. SZR	Mio. SZR	%	%	%	Mio. SZR
AAA	73 642,3	0,005	30,8	2,4	1 803,0
AA	86 205,5	0,02	25,3	3,6	3 109,3
A	59 283,3	0,05	23,9	6,9	4 119,8
BBB	3 848,8	0,62	11,8	11,0	425,3
BB and below	2 037,8	11,34	7,7	32,3	657,4
Insgesamt	225 017,7				10 114,8

Verbriefungspositionen

Die Bank investiert nur in Verbriefungen mit hohem Rating, die von traditionellen, d.h. nicht synthetischen Verbriefungsvehikeln begeben werden. Die risikogewichteten Aktiva für diese Positionen werden mithilfe des Standardansatzes berechnet.

Angesichts der Art der Geschäfte der Bank werden die risikogewichteten Aktiva gemäß Basel II nach dem Standardansatz für Verbriefungen ermittelt. Dabei werden die relevanten Risikogewichte auf der Basis der externen Bonitätsbeurteilungen der Wertpapiere bestimmt. Für diesen Zweck herangezogen werden die Ratingagenturen Moody's Investors Service, Standard & Poor's und Fitch Ratings. Die risikogewichteten Aktiva ergeben sich aus der Multiplikation der Nominalwerte der Positionen mit den entsprechenden Risikogewichten.

Die folgenden Tabellen zeigen die Anlagen der Bank in Verbriefungen, gegliedert nach Art der verbrieften Forderungen.

31. März 2010

Mio. SZR	Externes Rating	Betrag der Positionen	Risikogewicht	Risikogewichtete Aktiva
Mit Wohnimmobilienhypotheken unterlegte Wertpapiere	AAA	471,6	20%	94,3
Mit Kreditkartenforderungen unterlegte Wertpapiere	AAA	857,6	20%	171,5
Mit sonstigen Forderungen unterlegte Wertpapiere (staatlich unterstützt)	AAA	747,2	20%	149,5
Insgesamt		2 076,4		415,3

31. März 2009

Mio. SZR	Externes Rating	Betrag der Positionen	Risikogewicht	Risikogewichtete Aktiva
Mit Wohnimmobilienhypotheken unterlegte Wertpapiere	AAA	649,3	20%	129,9
Mit Kreditkartenforderungen unterlegte Wertpapiere	AAA	1 176,8	20%	235,3
Mit sonstigen Forderungen unterlegte Wertpapiere (staatlich unterstützt)	AAA	737,9	20%	147,6
Insgesamt		2 564,0		512,8

4. Marktrisiko

Die Bank ist dem Marktrisiko in Form von negativen Entwicklungen von Marktpreisen ausgesetzt. Die wichtigsten Komponenten des Marktrisikos der Bank sind das Goldpreisrisiko, das Zinsänderungsrisiko und das Fremdwährungsrisiko. Die Bank misst das Marktrisiko und berechnet das ökonomische Kapital mithilfe einer VaR-Methode unter Anwendung von Monte-Carlo-Simulationen. Die Volatilitäten und Korrelationen von Risikofaktoren werden über einen Beobachtungszeitraum von einem Jahr geschätzt. Darüber hinaus berechnet die Bank die Sensitivität gegenüber bestimmten Marktrisikofaktoren.

Da die Bank bestrebt ist, ihre sehr hohe Bonität zu halten, wird das ökonomische Kapital mit einem Konfidenzniveau von 99,995% und einer Haltedauer von einem Jahr gemessen. Die Geschäftsleitung der Bank steuert das ökonomische Kapital für das Marktrisiko in einem vom Verwaltungsrat vorgegebenen Rahmen. Die VaR-Limits werden durch operationelle Limits ergänzt.

VaR-Modelle hängen von statistischen Annahmen und der Qualität der verfügbaren Marktdaten ab; sie sind zwar zukunftsgerichtet, extrapolieren jedoch aus historischen Daten.

Um sicherzustellen, dass die Modellierung verlässliche Angaben zu potenziellen Verlusten über den einjährigen Zeithorizont liefert, führt die Bank regelmäßig ein umfassendes Backtesting durch. In dessen Rahmen werden die Tagesergebnisse mit den entsprechenden VaR-Schätzungen verglichen. Die Resultate werden analysiert und der Geschäftsleitung gemeldet.

Die Bank ergänzt darüber hinaus sowohl ihre Messung des Marktrisikos mithilfe des VaR-Modells als auch die entsprechenden Berechnungen des ökonomischen Kapitals durch eine Reihe von Stresstests. Diese Stresstests beinhalten historische Krisen, hypothetische negative Wirtschaftsszenarien sowie Sensitivitätstests in Bezug auf Goldpreis-, Zins- und Wechselkursbewegungen.

A. Goldpreisrisiko

Das Goldpreisrisiko ist das Risiko, dass sich Veränderungen des Goldpreises negativ auf die Finanzlage der Bank auswirken.

Die Bank ist dem Goldpreisrisiko hauptsächlich durch ihre eigenen Goldanlageaktiva (120 Tonnen; 2009: 120 Tonnen) ausgesetzt. Diese Goldanlageaktiva werden in Verwahrung gehalten oder als Einlage bei Geschäftsbanken hinterlegt. Am 31. März 2010 betragen die Goldanlageaktiva der Bank netto SZR 2 811,2 Mio. (2009: SZR 2 358,1 Mio.), rund 18% ihres Eigenkapitals (2009: 17%). Ferner ist die Bank dem Goldpreisrisiko manchmal in geringem Umfang durch ihre Bankgeschäfte mit Zentral- und Geschäftsbanken ausgesetzt. Das Goldpreisrisiko wird mit der VaR-Methode der Bank, einschließlich der Berechnungen des ökonomischen Kapitals und Stresstests, gemessen.

B. Zinsänderungsrisiko

Das Zinsänderungsrisiko ist das Risiko, dass sich Zinsänderungen – einschließlich Kreditzinsaufschlägen – negativ auf die Finanzlage der Bank auswirken.

Die Bank ist dem Zinsänderungsrisiko ausgesetzt durch verzinsliche Aktiva, die im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals in den Anlageportfolios gehalten werden, sowie durch Anlagen im Zusammenhang mit ihren

Bankgeschäftsportfolios. Die Anlageportfolios werden unter Verwendung einer Anleihebenchmark mit fester Duration verwaltet.

Die Bank misst und überwacht das Zinsänderungsrisiko mithilfe einer VaR-Methode und anhand von Sensitivitätsanalysen; berücksichtigt werden dabei Veränderungen der wichtigsten Geldmarktsätze, Preise von Staatsanleihen, Swapsätze und Zinsaufschlägen.

In den folgenden Tabellen wird dargestellt, wie sich eine Verschiebung der relevanten Renditenstrukturkurve um 1 Prozentpunkt nach oben auf das Eigenkapital der Bank auswirkt (nach Laufzeitband).

31. März 2010

Mio. SZR	Bis 6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–4 Jahre	4–5 Jahre	Über 5 Jahre
Euro	(3,7)	(8,4)	(12,8)	(20,4)	(11,3)	(16,4)	(48,1)
Yen	0,3	(2,6)	(6,7)	(12,2)	(16,0)	(5,8)	(0,9)
Pfund Sterling	0,6	(1,0)	(4,9)	(7,3)	(12,8)	(6,3)	–
Schweizer Franken	0,2	(0,2)	(0,4)	(0,6)	(0,7)	(2,9)	4,6
US-Dollar	16,8	(18,4)	(17,4)	(34,1)	(49,0)	(20,7)	(19,4)
Sonstige Währungen	16,9	15,5	(9,4)	0,5	(0,4)	(0,4)	–
Insgesamt	31,1	(15,1)	(51,6)	(74,1)	(90,2)	(52,5)	(63,8)

31. März 2009

Mio. SZR	Bis 6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–3 Jahre	3–4 Jahre	4–5 Jahre	Über 5 Jahre
Euro	(5,4)	(5,5)	(11,9)	(16,5)	(24,0)	(15,1)	(13,9)
Yen	1,0	(1,3)	(6,6)	(11,3)	(14,6)	(5,1)	(1,7)
Pfund Sterling	0,2	(1,3)	(3,6)	(12,9)	(8,7)	(1,7)	(1,9)
Schweizer Franken	(0,1)	(0,2)	(0,6)	(0,6)	(0,7)	(1,4)	2,7
US-Dollar	(0,6)	(7,6)	(41,5)	(13,8)	(29,1)	(22,6)	(29,3)
Sonstige Währungen	(0,1)	(6,0)	(1,2)	(10,8)	(0,8)	–	–
Insgesamt	(5,0)	(21,9)	(65,4)	(65,9)	(77,9)	(45,9)	(44,1)

C. Fremdwährungsrisiko

Die Funktionalwährung der Bank, das SZR, ist eine Korbwährung, die sich aus festen Beträgen in USD, EUR, JPY und GBP zusammensetzt. Das Fremdwährungsrisiko ist das Risiko, dass sich Wechselkursveränderungen negativ auf die Finanzlage der Bank auswirken. Die Bank ist dem Fremdwährungsrisiko hauptsächlich im Zusammenhang mit der Anlage ihres Eigenkapitals ausgesetzt. Darüber hinaus geht sie bei der Verwaltung von Kundeneinlagen und in ihrer Funktion als Intermediär in Devisengeschäften zwischen Zentral- und Geschäftsbanken Fremdwährungsrisiken ein. Die Bank verringert ihre Fremdwährungsrisiken, indem sie die betreffenden Aktiva in Relation zur Zusammensetzung des SZR-Korbs in die Währungen des Korbs investiert und regelmäßig anpasst und bei

der Verwaltung von Kundeneinlagen und bei Devisengeschäften das Risiko begrenzt.

Das Fremdwährungsrisiko wird mithilfe der VaR-Methode der Bank und anhand von Sensitivitätsanalysen gemessen und überwacht; beobachtet wird dabei die Entwicklung der wichtigsten Wechselkurse.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die Aktiva und Passiva der Bank gegliedert nach Währungen und Gold. Die in den Tabellen ausgewiesene Nettoposition in Währungen und Gold schließt somit die Goldanlagen der Bank ein. Um die Nettowährungsposition der Bank zu ermitteln, müssen die Goldanlagen ausgeklammert werden. Die Nettowährungsposition auf SZR-neutraler Basis ergibt sich dann, indem die Nettowährungsposition ohne Goldanlagen um die SZR-neutrale Position verringert wird.

31. März 2010

Mio. SZR	SZR	USD	EUR	GBP	JPY	CHF	Gold	Sonstige Währungen	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	-	92,1	110,2	6,7	-	1 303,0	-	4,2	1 516,2
Gold und Goldleihegeschäfte	-	11,1	-	-	-	-	43 028,7	-	43 039,8
Schatzwechsel	-	226,1	37 727,4	3 309,1	40 642,0	374,8	-	2 435,4	84 714,8
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	-	164,8	33 618,8	3 744,4	4 777,9	-	-	-	42 305,9
Kredite und Darlehen	474,0	8 424,2	4 049,1	552,6	460,2	4 492,9	-	835,6	19 288,6
Staats- und andere Wertpapiere	-	24 646,8	22 876,5	3 088,0	1 587,0	32,6	-	1 456,8	53 687,7
Derivative Finanzinstrumente	3,3	92 178,4	(34 182,7)	455,8	(41 264,4)	(661,0)	(5 295,8)	(1 118,9)	10 114,7
Kurzfristige Forderungen	0,1	2 300,2	1 456,2	66,4	92,7	8,6	-	111,5	4 035,7
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	185,8	-	-	-	-	4,1	-	-	189,9
Insgesamt	663,2	128 043,7	65 655,5	11 223,0	6 295,4	5 555,0	37 732,9	3 724,6	258 893,3
Passiva									
Währungseinlagen	(1 821,3)	(132 064,1)	(43 134,8)	(10 403,6)	(4 423,6)	(1 240,5)	-	(2 667,2)	(195 755,1)
Goldeinlagen	-	(7,1)	-	-	-	-	(32 057,0)	-	(32 064,1)
Derivative Finanzinstrumente	12,1	12 211,3	(8 789,8)	515,2	99,4	(4 305,3)	(2 867,1)	(1 063,2)	(4 187,4)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-	(2 064,0)	(8 619,2)	(17,6)	(91,6)	-	-	-	(10 792,4)
Sonstige Verbindlichkeiten	-	(67,2)	(0,3)	-	-	(251,5)	-	-	(319,0)
Insgesamt	(1 809,2)	(121 991,1)	(60 544,1)	(9 906,0)	(4 415,8)	(5 797,3)	(34 924,1)	(3 730,4)	(243 118,0)
Währungs- und Goldposition netto	(1 146,0)	6 052,6	5 111,4	1 317,0	1 879,6	(242,3)	2 808,8	(5,8)	15 775,3
Bereinigung um Goldanlageaktiva	-	-	-	-	-	-	(2 808,8)	-	(2 808,8)
Währungsposition netto	(1 146,0)	6 052,6	5 111,4	1 317,0	1 879,6	(242,3)	-	(5,8)	12 966,5
SZR-neutrale Position	1 146,0	(5 866,7)	(5 145,9)	(1 272,2)	(1 827,7)	-	-	-	(12 966,5)
Fremdwährungsrisiko netto auf SZR-neutraler Basis	-	185,9	(34,5)	44,8	51,9	(242,3)	-	(5,8)	-

31. März 2009

<i>Mio. SZR</i>	SZR	USD	EUR	GBP	JPY	CHF	Gold	Sonstige Währungen	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	-	28,9	175,2	6,4	-	696,2	-	8,5	915,2
Gold und Goldleihegeschäfte	-	19,1	-	-	-	-	25 397,1	-	25 416,2
Schatzwechsel	-	7 752,5	43 738,8	1 802,4	43 128,2	-	-	-	96 421,9
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	-	797,6	27 986,9	5 536,0	4 273,9	-	-	-	38 594,4
Kredite und Darlehen	243,7	8 999,5	7 619,1	1 077,5	4,0	443,5	-	125,4	18 512,7
Staats- und andere Wertpapiere	-	27 233,4	22 706,3	2 704,9	1 437,8	30,6	-	1 650,7	55 763,7
Derivative Finanzinstrumente	21,0	65 576,9	(12 368,7)	370,2	(41 023,4)	191,4	-	981,7	13 749,1
Kurzfristige Forderungen	0,1	3 719,7	959,8	988,6	110,1	11,1	-	33,1	5 822,5
Grundstücke, Gebäude und Geschäftsausstattung	183,1	-	-	-	-	7,9	-	-	191,0
Insgesamt	447,9	114 127,6	90 817,4	12 486,0	7 930,6	1 380,7	25 397,1	2 799,4	255 386,7
Passiva									
Währungseinlagen	(2 015,5)	(134 278,9)	(41 524,2)	(11 597,5)	(3 935,6)	(1 220,8)	-	(2 649,7)	(197 222,2)
Goldeinlagen	-	(13,0)	-	-	-	-	(23 039,1)	-	(23 052,1)
Derivative Finanzinstrumente	2,2	26 485,3	(34 192,0)	2 970,0	(1 846,9)	(144,5)	-	(90,9)	(6 816,8)
Kurzfristige Verbindlichkeiten	-	(532,0)	(10 482,5)	(2 662,2)	(442,3)	-	-	(92,5)	(14 211,5)
Sonstige Verbindlichkeiten	-	(153,3)	(0,4)	-	-	(214,5)	-	-	(368,2)
Insgesamt	(2 013,3)	(108 491,9)	(86 199,1)	(11 289,7)	(6 224,8)	(1 579,8)	(23 039,1)	(2 833,1)	(241 670,8)
Währungs- und Goldposition netto									
	(1 565,4)	5 635,7	4 618,3	1 196,3	1 705,8	(199,1)	2 358,0	(33,7)	13 715,9
Bereinigung um Goldanlageaktiva									
	-	-	-	-	-	-	(2 358,0)	-	(2 358,0)
Währungsposition netto									
	(1 565,4)	5 635,7	4 618,3	1 196,3	1 705,8	(199,1)	-	(33,7)	11 357,9
SZR-neutrale Position									
	1 565,4	(5 472,6)	(4 718,3)	(1 122,7)	(1 609,7)	-	-	-	(11 357,9)
Fremdwährungsrisiko netto auf SZR-neutraler Basis									
	-	163,1	(100,0)	73,6	96,1	(199,1)	-	(33,7)	-

D. Ökonomisches Kapital für das Marktrisiko

Die Bank misst das Marktrisiko anhand einer VaR-Methode mit Anwendung von Monte-Carlo-Simulationen und Berücksichtigung von Korrelationen zwischen Risikofaktoren. Auch das ökonomische Kapital für das Marktrisiko wird mit diesem Verfahren berechnet, unter Anwendung eines Konfidenzniveaus von 99,995% und einer Haltedauer von einem Jahr. Die Bank misst ihr Goldpreisrisiko basierend auf Veränderungen des USD-Wertes von Gold. Die Wechselkurskomponente, die sich aus Veränderungen des Wechselkurses USD/SZR ergibt, ist im Messverfahren für das Fremdwährungsrisiko eingeschlossen. Die nachstehende Tabelle zeigt die Kennzahlen zum Marktrisiko der Bank, gemessen in ökonomischem Kapital für die letzten beiden Geschäftsjahre.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2010				2009			
	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März
Für das Marktrisiko eingesetztes ökonomisches Kapital	2 803,0	3 097,8	2 374,1	2 708,7	2 614,0	3 386,9	1 928,0	3 099,8

Die nachstehende Tabelle gliedert die Marktrisiken der Bank zusätzlich nach Risikokategorie auf.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2010				2009			
	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März
Goldpreisrisiko	1 870,9	2 013,0	1 721,9	1 900,9	1 690,5	2 325,1	1 312,6	2 009,1
Zinsänderungsrisiko	1 790,8	2 182,7	1 434,4	1 647,9	1 972,7	2 519,9	1 404,8	2 209,1
Fremdwährungsrisiko	715,2	800,4	651,3	658,4	502,7	769,0	301,6	769,0
Korrelations- und Diversifizierungseffekte	(1 573,9)	(1 815,3)	(1 454,9)	(1 498,5)	(1 551,9)	(2 073,7)	(1 164,2)	(1 887,4)

E. Mindestkapitalanforderung für das Marktrisiko

Für die Berechnung der Mindestkapitalanforderung für das Marktrisiko gemäß Basel II unterstellt die Bank ein Anlagebuch entsprechend Art und Umfang ihrer Geschäftstätigkeit. Folglich werden die risikogewichteten Aktiva für das Goldpreisrisiko und das Fremdwährungsrisiko ermittelt, nicht jedoch für das Zinsänderungsrisiko. Die entsprechende Mindestkapitalanforderung wird mithilfe der auf dem VaR beruhenden internen Modellmethode berechnet. Dabei wird der VaR gemäß der VaR-Methode der Bank berechnet, mit folgenden Annahmen: Konfidenzniveau 99%, Haltedauer 10 Tage und historischer Beobachtungszeitraum 1 Jahr.

Zur Bestimmung der tatsächlichen Mindestkapitalanforderung dient der höhere der folgenden beiden VaR-Werte als Grundlage: VaR am Berechnungstag bzw. Durchschnitt der täglichen VaR-Werte der vorangegangenen 60 Geschäftstage (einschl. Berechnungstag). Dieser Wert wird mit dem Faktor 3 multipliziert, und je nach Ergebnis des Backtesting wird noch ein Zuschlag addiert. Während des Berichtszeitraums blieb die Zahl der Backtesting-Ausreißer innerhalb der Bandbreite, bei der kein Zuschlag erforderlich ist. Die nachstehende Tabelle fasst die Entwicklung des Marktrisikos zusammen, die für die Berechnung der Mindestkapitalanforderungen im Verlauf des Berichtszeitraums relevant war, und zeigt die Mindestkapitalanforderung der Bank und die entsprechenden risikogewichteten Aktiva am 31. März 2010.

31. März

Mio. SZR	2010			2009		
	VaR	Risiko-gewichtete Aktiva (A)	Mindest-kapital-anforderung (B)	VaR	Risiko-gewichtete Aktiva (A)	Mindest-kapital-anforderung (B)
Marktrisiko: (A) berechnet als (B)/8%	287,1	10 768,1	861,4	420,9	15 783,5	1 262,7

5. Liquiditätsrisiko

Liquiditätsrisiko entsteht, wenn die Bank möglicherweise nicht in der Lage ist, erwartete oder unerwartete, gegenwärtige oder künftige Mittelflüsse und Besicherungserfordernisse zu befriedigen, ohne ihr Tagesgeschäft oder ihre Finanzlage zu beeinträchtigen.

Die ausstehenden Beträge der Währungs- und Goldeinlagen von Zentralbanken, internationalen Organisationen und sonstigen öffentlichen Institutionen sind die wichtigsten Bestimmungsgrößen für die Bilanzsumme der Bank. Die Bank hat sich verpflichtet, bestimmte Währungsinstrumente mit einer Kündigungsfrist von einem oder zwei Geschäftstagen zum Fair Value zurückzunehmen. Die Bank wird so geführt, dass ein hoher Grad an Liquidität gewahrt wird, damit sie jederzeit den Anforderungen ihrer Kunden entsprechen kann.

Die Bank hat ein Rahmenkonzept für die Liquiditätssteuerung entwickelt, das auf einem statistischen Modell mit konservativen Annahmen hinsichtlich Mittelzuflüssen und Liquidität der Passiva beruht. Innerhalb dieses Rahmens hat der Verwaltungsrat ein Limit für die Liquiditätsquote der Bank festgelegt; danach müssen die liquiden Aktiva mindestens 100% des potenziellen Liquiditätsbedarfs betragen. Darüber hinaus werden Liquiditätsstresstests mit Annahme extremer Mittelabflussszenarien durchgeführt. Diese Stresstests definieren zusätzliche Liquiditätsanforderungen, die durch liquide Aktiva gedeckt werden müssen. Die Liquidität der Bank liegt stets deutlich über der Mindestliquiditätsquote und den Anforderungen ihrer Stresstests.

Die Währungs- und Goldeinlagen bei der Bank, hauptsächlich von Zentralbanken und internationalen Organisationen, bilden 93% (2009: 91%) ihrer gesamten Verbindlichkeiten. Am 31. März 2010 bestanden Währungs- und Goldeinlagen von 174 Kunden (2009: 161). Diese Einlagen weisen erhebliche Einzelkundenkonzentrationen auf: Auf Basis des Erfüllungstags entfallen auf 6 Kunden je über 5% des Gesamtbetrags (2009: 7 Kunden).

Die folgenden Tabellen zeigen das Laufzeitprofil der Mittelflüsse für finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten. Die angegebenen Beträge entsprechen den nicht abgezinsten Mittelflüssen, zu denen die Bank verpflichtet ist.

31. März 2010

<i>Mio. SZR</i>	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–5 Jahre	5–10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	1 516,2	–	–	–	–	–	–	–	1 516,2
Gold und Goldleihegeschäfte	41 621,2	188,2	0,2	233,8	285,6	743,1	–	–	43 072,1
Schatzwechsel	18 983,6	44 817,9	10 718,1	10 160,9	–	–	–	–	84 680,5
Mit Rückgabvereinbarung angekaufte Wertpapiere	30 810,0	2 779,5	749,9	–	–	–	–	–	34 339,4
Kredite und Darlehen	8 977,2	9 138,4	132,8	3,7	17,2	957,9	–	–	19 227,2
Staats- und andere Wertpapiere	1 798,3	3 172,6	5 605,1	10 821,8	9 349,3	18 426,1	7 214,9	533,3	56 921,4
Insgesamt	103 706,5	60 096,6	17 206,1	21 220,2	9 652,1	20 127,1	7 214,9	533,3	239 756,8
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente									
	(7 600,9)	(15 852,5)	(10 355,5)	(9 688,4)	(16 571,6)	(27 601,1)	(3 398,3)	–	(91 068,3)
Sonstige Währungseinlagen	(78 823,0)	(17 938,3)	(6 997,4)	(1 095,1)	–	–	–	–	(104 853,8)
Goldeinlagen	(31 382,9)	–	–	(232,7)	(66,6)	(386,5)	–	–	(32 068,7)
Leer verkaufte Wertpapiere	(0,3)	(0,7)	(2,0)	(1,0)	(4,0)	(12,0)	(20,2)	(78,9)	(119,1)
Insgesamt	(117 807,1)	(33 791,5)	(17 354,9)	(11 017,2)	(16 642,2)	(27 999,6)	(3 418,5)	(78,9)	(228 109,9)
Derivate									
<i>Netto abgewickelt</i>									
Zinskontrakte	863,1	376,2	625,1	573,6	899,0	609,7	36,8	–	3 983,5
<i>Brutto abgewickelt</i>									
Wechselkurs- und Goldpreiskontrakte									
Zuflüsse	31 532,0	50 905,4	15 319,8	10 702,2	–	–	–	–	108 459,4
Abflüsse	(30 879,9)	(49 419,5)	(14 768,8)	(10 284,6)	–	–	–	–	(105 352,8)
Zwischensumme	652,1	1 485,9	551,0	417,6	–	–	–	–	3 106,6
Zinskontrakte – brutto abgewickelt									
Zuflüsse	35,7	219,0	203,8	136,1	110,8	1 013,0	373,9	–	2 092,3
Abflüsse	(42,9)	(248,5)	(253,6)	(166,4)	(139,2)	(1 148,2)	(417,0)	–	(2 415,8)
Zwischensumme	(7,2)	(29,5)	(49,8)	(30,3)	(28,4)	(135,2)	(43,1)	–	(323,5)
Derivate insgesamt	1 508,0	1 832,6	1 126,3	960,9	870,6	474,5	(6,3)	–	6 766,6
Zukünftige nicht abgezinst									
Mittelflüsse insgesamt	(12 592,6)	28 137,7	977,5	11 163,9	(6 119,5)	(7 398,0)	3 790,1	454,4	18 413,5

31. März 2009

<i>Mio. SZR</i>	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–5 Jahre	5–10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
Aktiva									
Kassenbestand und Sichtguthaben bei Banken	915,2	–	–	–	–	–	–	–	915,2
Gold und Goldleihgeschäfte	22 856,0	458,0	265,1	630,6	375,3	698,4	167,0	–	25 450,4
Schatzwechsel	17 346,9	48 193,3	15 306,8	15 178,4	–	–	–	–	96 025,4
Mit Rückgabevereinbarung angekaufte Wertpapiere	25 396,5	240,8	1 444,0	–	–	–	–	–	27 081,3
Kredite und Darlehen	9 533,3	7 931,7	804,1	–	–	–	–	–	18 269,1
Staats- und andere Wertpapiere	3 800,4	7 106,2	3 880,8	4 934,0	12 920,3	17 782,8	9 247,2	921,8	60 593,5
Insgesamt	79 848,3	63 930,0	21 700,8	20 743,0	13 295,6	18 481,2	9 414,2	921,8	228 334,9
Passiva									
Währungseinlagen									
Mit 1–2 Tagen Kündigungsfrist rückzahlbare Einlageninstrumente									
	(11 144,1)	(19 693,4)	(15 143,3)	(20 590,2)	(18 218,1)	(29 301,2)	(7 309,7)	–	(121 400,0)
Sonstige Währungseinlagen	(68 805,4)	(4 635,1)	(1 348,5)	(22,6)	–	–	–	–	(74 811,6)
Goldeinlagen	(21 768,0)	(200,1)	(216,8)	(296,7)	(195,7)	(216,3)	(165,4)	–	(23 059,0)
Leer verkaufte Wertpapiere	(0,8)	(1,7)	(2,5)	(4,9)	(9,8)	(29,7)	(49,9)	(185,4)	(284,7)
Insgesamt	(101 718,3)	(24 530,3)	(16 711,1)	(20 914,4)	(18 423,6)	(29 547,2)	(7 525,0)	(185,4)	(219 555,3)
Derivate									
<i>Netto abgewickelt</i>									
Zinskontrakte	(1 304,0)	588,3	940,4	1 049,2	1 483,8	1 486,7	187,4	0,1	4 431,9
<i>Brutto abgewickelt</i>									
Wechselkurs- und Goldpreiskontrakte									
Zuflüsse	29 504,3	53 304,7	8 576,4	10 940,4	–	–	–	–	102 325,8
Abflüsse	(28 771,1)	(52 297,6)	(8 568,4)	(11 221,9)	–	–	–	–	(100 859,0)
Zwischensumme	733,2	1 007,1	8,0	(281,5)	–	–	–	–	1 466,8
Zinskontrakte – brutto abgewickelt									
Zuflüsse	2,8	53,4	320,9	164,5	610,2	665,5	841,1	–	2 658,4
Abflüsse	(2,1)	(67,1)	(339,2)	(197,2)	(695,6)	(747,4)	(920,3)	–	(2 968,9)
Zwischensumme	0,7	(13,7)	(18,3)	(32,7)	(85,4)	(81,9)	(79,2)	–	(310,5)
Derivate insgesamt	(570,1)	1 581,7	930,1	735,0	1 398,4	1 404,8	108,2	0,1	5 588,2
Zukünftige nicht abgezinstе Mittelflüsse insgesamt	(22 440,1)	40 981,4	5 919,8	563,6	(3 729,6)	(9 661,2)	1 997,4	736,5	14 367,8

Die Bank geht im Rahmen ihres normalen Bankgeschäfts Stillhalterpositionen in Optionen ein. In der nachstehenden Tabelle wird der Fair Value der Stillhalterpositionen nach Ausübungstermin gezeigt.

Stillhalterpositionen in Optionen

Mio. SZR	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–5 Jahre	5–10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
31. März 2010	–	(5,9)	(8,4)	(32,0)	(1,2)	(1,4)	–	–	(48,9)
31. März 2009	(1,2)	(10,2)	(8,4)	(138,4)	(1,8)	(7,9)	(4,3)	–	(172,2)

Die nachstehende Tabelle zeigt das vertragliche Verfalldatum der am Bilanzstichtag bestehenden Kreditzusagen.

Vertragliches Verfalldatum

Mio. SZR	Bis 1 Monat	1–3 Monate	3–6 Monate	6–12 Monate	1–2 Jahre	2–5 Jahre	5–10 Jahre	Über 10 Jahre	Insgesamt
31. März 2010	2 683,8	–	–	375,2	–	–	–	1 860,8	4 919,8
31. März 2009	33,5	335,0	–	6 601,2	–	–	–	1 677,1	8 646,8

6. Operationelles Risiko

Die Bank definiert das operationelle Risiko als das Risiko, dass ihr durch einen oder mehrere der nachstehend beschriebenen Risikofaktoren finanzielle Verluste und/oder Reputationsschäden entstehen:

- Mitarbeiter: zu wenig Personal, Fehlen erforderlicher Kenntnisse, Qualifikationen oder Erfahrung, unzulängliche Schulung, unzulängliche Überwachung, Abgang wichtiger Mitarbeiter, unzulängliche Nachfolgeplanung, Mangel an Integrität oder ethischen Maßstäben
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Abläufen: Ein Ablauf ist schlecht konzipiert oder ungeeignet bzw. wird nicht richtig dokumentiert, verstanden, umgesetzt, befolgt oder durchgesetzt
- Versagen oder Unzulänglichkeit von Systemen: Ein System ist schlecht konzipiert, ungeeignet oder nicht verfügbar, oder es funktioniert nicht wie beabsichtigt
- Externe Ereignisse: Ereignisse, die sich negativ auf die Bank auswirken, über die sie aber keine Kontrolle hat

Das operationelle Risiko schließt Rechtsrisiken ein, aber nicht strategische Risiken.

Rahmenkonzept, Grundsätze und Verfahren der Bank für das Management des operationellen Risikos umfassen die Messung und Handhabung des operationellen Risikos, einschließlich der Bestimmung der wichtigsten Parameter und Inputfaktoren, sowie die Notfallplanung und die Überwachung der wesentlichen Risikoindikatoren.

Die Bank hat ein Verfahren für die unverzügliche Meldung von Zwischenfällen in Bezug auf das operationelle Risiko geschaffen. Die Abteilung Compliance und Operationelles Risiko erarbeitet mit den zuständigen Stellen Maßnahmenpläne und prüft regelmäßig deren Umsetzung.

Bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals für das operationelle Risiko und der risikogewichteten Aktiva verwendet die Bank einen VaR-Ansatz mit Monte-Carlo-Simulationen, der dem fortgeschrittenen Messansatz von Basel II entspricht. Entsprechend den Annahmen von Basel II wird bei der Quantifizierung des operationellen Risikos das Reputationsrisiko ausgeklammert. Die wichtigsten Parameter der Berechnungen sind interne und externe Verlustdaten, Szenarioschätzungen sowie Selbsteinschätzungen der vorhandenen Kontrollmechanismen („control self-assessments“), die den Veränderungen des Geschäfts- und Kontrollumfelds der Bank Rechnung tragen. Die Bank bezieht bei der Messung des operationellen Risikos keinen potenziellen Versicherungsschutz ein.

A. Ökonomisches Kapital für das operationelle Risiko

Entsprechend den Parametern, die bei der Berechnung des ökonomischen Kapitals für Finanzrisiken angewandt werden, berechnet die Bank auch das ökonomische Kapital für das operationelle Risiko unter Annahme eines Konfidenzniveaus von 99,995% und einer Haltedauer von einem Jahr. Die nachstehende Tabelle zeigt die Kennzahlen zum operationellen Risiko der Bank, gemessen in ökonomischem Kapital für die letzten beiden Geschäftsjahre.

Geschäftsjahr abgeschlossen am 31. März

Mio. SZR	2010				2009			
	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März	Durchschnitt	Höchst	Tiefst	Am 31. März
Für das operationelle Risiko eingesetztes ökonomisches Kapital	460,4	475,0	450,0	475,0	412,5	425,0	400,0	425,0

B. Mindestkapitalanforderung für das operationelle Risiko

Entsprechend den zentralen Parametern von Basel II werden bei der Berechnung der Mindestkapitalanforderung für das operationelle Risiko ein Konfidenzniveau von 99,9% und ein einjähriger Zeithorizont angenommen. Die nachstehende Tabelle fasst die Kennzahlen zum operationellen Risiko der Bank, gemessen in Mindestkapitalanforderungen, für die letzten beiden Geschäftsjahre zusammen.

31. März

Mio. SZR	2010			2009		
	VaR	Risiko-gewichtete Aktiva (A)	Mindest-kapital-anforderung (B)	VaR	Risiko-gewichtete Aktiva (A)	Mindest-kapital-anforderung (B)
Operationelles Risiko: (A) berechnet als (B)/8%	180,5	2 256,3	180,5	180,0	2 250,0	180,0

Bericht der Buchprüfer

an den Verwaltungsrat und die Generalversammlung
der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel

Wir haben den beiliegenden Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich geprüft. Der Jahresabschluss setzt sich aus der Bilanz vom 31. März 2010 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2009/10 zusammen, wie dies in den Statuten der Bank bestimmt wird, sowie aus der Mittelflussrechnung und den dazugehörigen Anmerkungen. Der Jahresabschluss ist von der Geschäftsleitung der Bank in Übereinstimmung mit den Statuten und den im Jahresabschluss unter „Rechnungslegungsgrundsätze“ wiedergegebenen Bewertungsmethoden erstellt worden. Die Geschäftsleitung der Bank ist verantwortlich erstens für die Gestaltung, Umsetzung und Pflege des internen Kontrollsystems, das für die Erstellung und eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung des Jahresabschlusses erforderlich ist, der frei von wesentlichen Fehlaussagen aufgrund von Betrug oder Fehlern ist, zweitens für die Auswahl und Anwendung geeigneter Rechnungslegungsgrundsätze und drittens für die Ermittlung von Schätzwerten, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind. Gemäß den Statuten der Bank besteht unsere Aufgabe darin, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine unabhängige Beurteilung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung abzugeben und Ihnen darüber Bericht zu erstatten.

Wir haben unsere Prüfung nach den International Standards on Auditing durchgeführt. Danach müssen wir ethische Anforderungen einhalten und die Prüfung so planen und durchführen, dass wir mit angemessener Gewissheit feststellen können, ob die Jahresrechnung frei von wesentlichen Fehlern ist. Eine Abschlussprüfung umfasst Verfahren, die Aufschluss über die Posten und Angaben in der Jahresrechnung geben. Die gewählten Verfahren hängen vom Ermessen der Buchprüfer ab, einschließlich der Einschätzung des Risikos von wesentlichen Fehlaussagen aufgrund von Betrug oder Fehlern in der Jahresrechnung. Bei dieser Risikoeinschätzung berücksichtigt der Revisor die internen Kontrollen, die für die Erstellung und angemessene Darstellung des Jahresabschlusses von Bedeutung sind, um Prüfverfahren festzulegen, die den Umständen angemessen sind, jedoch nicht, um sich zur Wirksamkeit der internen Kontrollen zu äußern. Ferner umfasst die Revision die Beurteilung der Angemessenheit der angewandten Rechnungslegungsgrundsätze und der Vertretbarkeit der von der Geschäftsleitung ermittelten Schätzwerte sowie eine Bewertung der Darstellung der Jahresrechnung als Ganzes. Wir haben alle erbetenen Auskünfte und Erklärungen erhalten, die wir benötigten, um festzustellen, dass die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung frei von wesentlichen Fehlern sind, und wir sind überzeugt, dass die von uns durchgeführten Prüfungshandlungen eine angemessene Grundlage für die Abgabe unseres Prüfberichts bilden.

Gemäß unserer Beurteilung ist der Jahresabschluss der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, einschließlich der Anmerkungen dazu, ordnungsgemäß erstellt worden und vermittelt für das am 31. März 2010 abgeschlossene Geschäftsjahr eine angemessene und getreue Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage entsprechend den im Jahresabschluss dargelegten Rechnungslegungsgrundsätzen und den Statuten der Bank.

Deloitte AG

Mark D. Ward

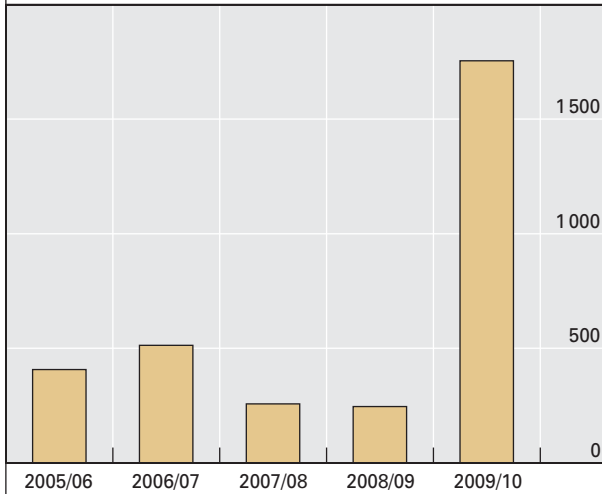
Erich Schaeerli

Zürich, 10. Mai 2010

5-Jahres-Überblick

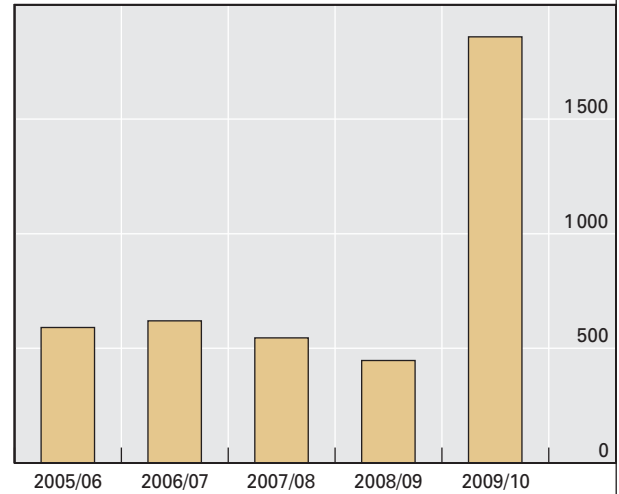
Operativer Gewinn

Mio. SZR



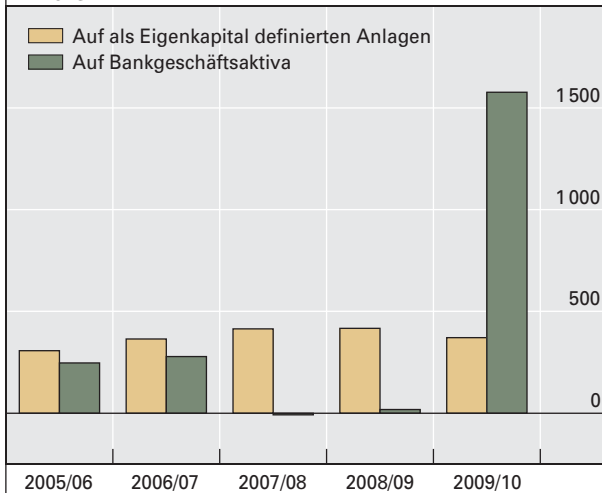
Reingewinn

Mio. SZR



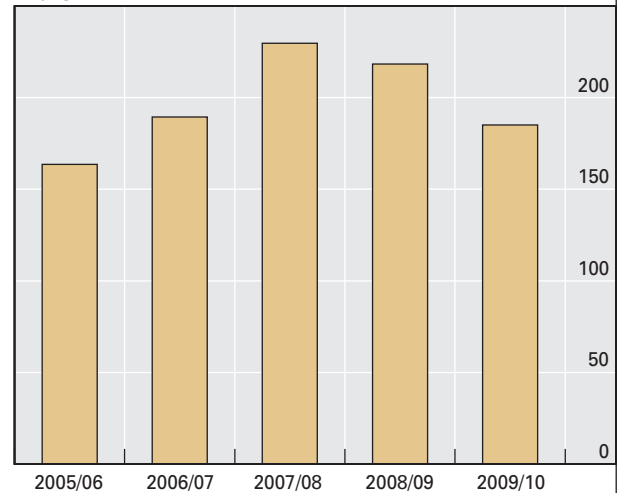
Nettozinsertrag auf Währungsanlagen

Mio. SZR



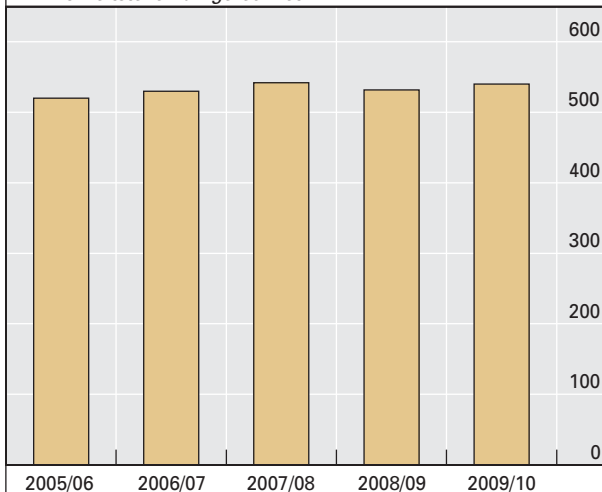
Durchschnittliche Währungseinlagen (Basis Abwicklungsdatum)

Mrd. SZR



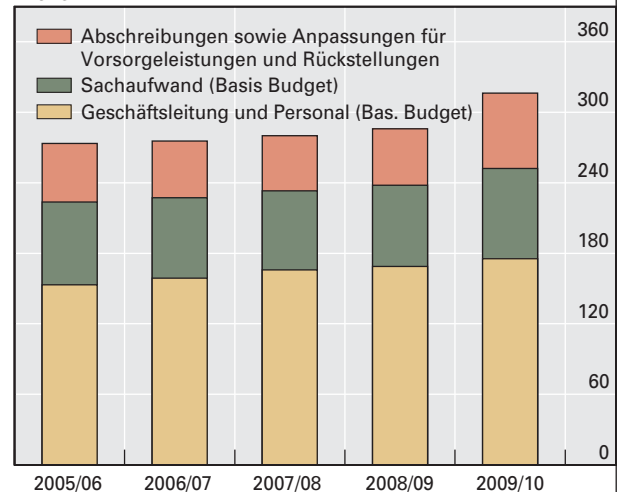
Durchschnittliche Anzahl Beschäftigte

In Vollzeitstellen umgerechnet



Geschäftsaufwand

Mio. CHF



Neuberechnung der Beträge in den oberen vier Grafiken wegen Änderungen des Rechnungslegungsverfahrens in vergangenen Geschäftsjahren.

